

## Schock und Gelassenheit nach dem Brexit-Votum

### WELTWEITE REAKTIONEN

**Am 23. Juni 2016 waren etwa 46,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreiches aufgerufen, über die Zukunft ihres Landes innerhalb oder außerhalb der Europäischen Union abzustimmen. Ein noch nie dagewesener Vorgang und in allen Belangen historischer Akt, der weit über die Grenzen Europas hinaus für Aufsehen gesorgt hat.**

Der Ausgang des britischen Referendums, das den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union zur Folge hat, hat in den Tagen danach weltweit Reaktionen hervorgerufen. Dabei ist die Ungewissheit über die nun anstehenden Verhandlungen innerhalb der Europäischen Union und die weitere Ausgestaltung der gegenseitigen Beziehungen allgegenwärtig.

Die Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung haben unmittelbar nach Bekanntgabe des Ergebnisses Äußerungen der Medien, der Politik sowie aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammengetragen und analysiert. Dieser Beitrag fasst diese Einschätzungen in ein globales Stimmungsbild von Reaktionen zusammen. Stimmungslagen aus 28 Auslandsbüros aus allen Regionen der Welt geben somit einen Eindruck, wie die Entscheidung der Briten global aufgenommen worden ist.

Die Betroffenheit in den jeweiligen Ländern ist dabei tendenziell abhängig von der Lage des Landes, seiner Geschichte mit dem Vereinigten Königreich und seinen wirtschaftlichen Anknüpfungspunkten. Es überrascht daher nicht, dass die Reaktionen differenziert ausfallen. Dies zeigt allerdings auch, vor welchen großen Herausforderungen Großbritannien bei der zukünftigen Ausgestaltung und teilweise auch Neuformulierung seiner bilateralen Beziehungen weltweit stehen wird. Für die Europäische Union und damit auch für Deutschland gilt dies in besonderem Maße. Die Sichtweise auf Europa als Ganzes wird sich womöglich ändern – auch dies geht aus den weltweiten Stimmungsbildern hervor. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird diesen Prozess auch zukünftig weiter mit ihren Auslandsbüros vor Ort begleiten.

## VORWORT

Das Vereinigte Königreich hat sich dazu entschlossen, aus der Europäischen Union auszutreten. Dass sich eine Mehrheit der britischen Bevölkerung dafür entschieden hat, bedauere ich sehr, doch muss diese Entscheidung nun akzeptiert und auch umgesetzt werden. Formal wird dieser Schritt erst beantragt werden müssen, um dann die Ausgestaltung des Austritts sowie die künftige Zusammenarbeit Großbritanniens mit der Europäischen Union und mit Drittstaaten zu verhandeln.

Der Austritt Großbritanniens ist nicht das Ende der Europäischen Union. Er ist aber mehr als nur ein Warnschuss: Innerhalb der letzten sieben Monate ist dies - nach Abstimmungen in Dänemark und den Niederlanden - die dritte und folgenreichste Niederlage für die europäische Idee in einem Referendum. Dies zeigt deutlich, wie sehr die Europäische Union Reformen benötigt, die letztlich auch wieder das Positive an einer Europäischen Integration hervorheben sollten. Das heißt, wir müssen uns alle, die Europa als Vernunft- und Herzensangelegenheit sehen, dafür anstrengen, die Zusammenarbeit in Europa wieder wirksamer und vor allem erfahrbarer für die Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.

Dazu bedarf es erstens eines mutigeren Bekenntnisses zur Europäischen Union. Das britische Referendum hat gezeigt: Die Entschlossenheit der Gegner Europas setzte sich zu oft gegenüber einer nur halbherzigen Verteidigung der Europäischen Union durch. Man kann nicht glaubwürdig für die Europäische Union werben, wenn man zuvor über Jahre Brüssel als Quell allen Übels dargestellt hat. Wir müssen auch die Erfolge Europas besser vermitteln. Dazu gehört, energischer bewusst falschen Behauptungen der Gegner Europas zu widersprechen. Zweitens muss die Europäische Union nun anhand von konkreten Ergebnissen zeigen, dass sie Teil der Lösung für aktuelle Herausforderungen, etwa die Migrationskrise, ist. Wenn die Europäische Union für Sicherheit, Solidarität und Zukunftsfähigkeit steht, dann wird sie auch das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen. Dabei muss klar sein, dass sich die Europäische Union mehr auf die wichtigen politischen Herausforderungen konzentrieren muss, für die die gemeinschaftliche Zusammenarbeit unabdingbar ist.

Die weltweiten Reaktionen, wie sie in diesem Stimmungsbild zusammengefasst sind, verdeutlichen wie sehr das Schicksal Europas darüber hinaus auch außerhalb unseres Kontinents wahrgenommen wird. Die Globalisierung lässt eine allein europäische Sichtweise nicht mehr zu. Dies bedeutet auch, dass sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten über ihre Rolle in der Welt bewusst werden müssen. Der Austritt Großbritanniens sollte dafür Anlass geben, diese Rolle neu zu definieren.

Dr. Hans-Gert Pöttering  
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.  
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Medien: Sobald das Ergebnis des Brexit-Referendums bekannt wurde, hat das Thema die mediale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. In vielen Online-Medien war Brexit das „Thema des Tages“. Es gab nicht nur Artikel von Journalisten, die über den Ausgang des Referendums berichteten, sondern auch viele Analysen und Kommentare von den renommiertesten Analysten, Publizisten und Wissenschaftlern. Es wurde auch viel darüber berichtet, was die internationalen Medien darüber geschrieben hatten.

Die meisten Medien plädierten für einen Verbleib Großbritanniens in der EU und haben nach dem Ausgang des Referendums hauptsächlich die negativen Folgen eines Austritts hervorgehoben. Insbesondere die negativen Folgen für die EU, Großbritannien, aber vor allem auch für Albanien, wo Fragen in Bezug den Integrationsprozess Albaniens im Vordergrund standen.

Politik: Der Premierminister Albaniens Edi Rama kommentierte den Brexit mit den Worten, dass die EU nun zwar schwächer sei, Großbritannien dafür aber nicht stärker. Für Albanien gäbe es jedoch keinen anderen Weg als die Integration in die EU. Der Außenminister Ditmir Bushati sagte in einem Interview, dass der Brexit eine schlechte Nachricht ist und fügte hinzu, dass der Brexit als Phänomen und Geist der populistischen Parteien Auswirkungen auf den Fortschritt des Integrationsprozesses Albaniens haben wird.

Der Ausgang der britischen Volksbefragung über den Verbleib oder Austritt aus der EU war für die oppositionelle Demokratische Partei (DP) sehr bedauerlich. Die Folgen und Nachentwicklungen in Europa werden mit Sorge verfolgt. Es besteht jedoch die Hoffnung oder eher die Erwartung, dass Lösungen mit Augenmaß gefunden werden, um weitere Eskalationen zu vermeiden. Ben Blushi, Abgeordneter der Sozialistischen Partei und der Gegner des aktuellen Premierministers, äußerte sich ebenfalls: „Als Europäer bin ich traurig, als Albaner bin ich besorgt.“ Er kritisiert vor allem die starke Rolle Deutschlands.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Wirtschaftsexperten wie Adrian Civici und Arben Malaj sind der Meinung, dass die Länder, die enge Wirtschaftsbeziehungen mit Großbritannien haben, die ersten direkten Folgen tragen werden. Sie sind aber sehr besorgt, was die ökonomische Kettenreaktion auf die Wirtschaft der Balkanländer und spezifisch auf die bescheidene kleine albanische Wirtschaft betrifft. Die wichtigsten Folgen könnten die Senkung der ausländischen Direktinvestitionen und die Reduzierung der Entwicklungsprojekte seitens der EU sein. Auch der Wirtschaftsexperte Selami Xhepa ist der Meinung, dass der Brexit kurzfristig keine Folgen auf die albanische Wirtschaft haben wird, da die Verbindungen des albanischen finanziellen Marktes mit dem des Marktes von Großbritannien minimal sind. Die Handelsbeziehungen zwischen Albanien und Großbritannien betragen nur 0,7 % des Handelsvolumens. Langfristig könnte man aber die Folgen spüren, vor allem, wenn man an die Integrationsperspektive Albaniens denkt. Er weist auch darauf hin, dass die Stimme für den Brexit eine Stimme für die Politiken gegen die Emigration ist. Folglich werden sich diese Politiken negativ auf die vielen albanischen Emigranten in Großbritannien auswirken.

Bewertung: Der Brexit hat alle im Land ein wenig überrascht. Aber alle relevanten verantwortlichen Politiker aus allen unterschiedlichen Lagern

betonen übereinstimmend, dass der Brexit am Weg Albaniens in die EU nichts ändern wird. Das ist das Ziel und dem soll alles untergeordnet werden. Auch die sich in der Opposition befindliche Demokratische Partei hält an dem Ziel der weiteren EU-Integration fest. Der Brexit wird nach heutiger Kenntnis für die Konrad-Adenauer-Stiftung keine Auswirkungen auf die Auswahl der Ansprechpartner in Albanien haben. Im Gegenteil: Die KAS wird mit den Maßnahmen und Veranstaltungen zur EU-Integration noch mehr gefragter Ansprechpartner werden, als sie es ohnehin schon ist.

### **Australien / Neuseeland (Dr. Beatrice Gorawantschy)**

Medien: Der Brexit findet starken Widerhall in den Medien in Australien und Neuseeland, wo 1,2 Mio. bzw. 250.000 englische Staatsbürger, die teilweise auch abstimmungsberechtigt waren, leben. In Australien, das am 2. Juli vorgezogene Neuwahlen abhält, ist der britische EU-Austritt das bestimmende Thema neben dem Wahlkampf. Die Berichterstattung deckt ein breites Themenspektrum ab und beschreibt die Folgen des Referendums für Britannien, die EU, die globale Wirtschaft, Australiens bzw. Neuseelands Wirtschaft und das Verhältnis der beiden Länder zu England sowie der EU. Mit China als Australiens wichtigstem Handelspartner richtet sich der Blick auch auf die Folgen für das Verhältnis zu China. In der Endphase des Wahlkampfes gilt zudem den Einschätzungen der beiden Spitzenkandidaten Malcom Turnbull (amtierender Premierminister der Liberal Party) und Bill Shorten (Labour Party) besondere mediale Aufmerksamkeit.

Die Berichterstattung in Australien und Neuseeland ist ausgewogen. Die Tageszeitungen und Radio- bzw. TV- Nachrichten berichten vielfältig von den Ergebnissen des Referendums und den Folgen. Populistische oder nationalistische Reaktionen, die aus dem Votum profitieren wollen, sind in den Hauptmedien nicht zu vernehmen. Die Mehrheit der Kommentare bewertet den Brexit als kritisch und warnt vor den Folgen für Großbritannien sowie die EU in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht und beschwichtigt mit Bezug auf die Konsequenzen für Australien und Neuseeland.

Politik: *Australiens* Premierminister Turnbull und Finanzminister Morrison waren bemüht, die „very strong and intimate“ Beziehungen zu Großbritannien sowie die „very strong“ Beziehungen zu Europa – insbesondere den „very strong support“ Deutschlands und Frankreichs – in den Vordergrund zu stellen. Zwar herrsche Unsicherheit auf den Märkten, die australische Wirtschaft sei aber stark, widerstandsfähig und auf derartige externe Schocks gut vorbereitet. Der direkte Einfluss sei somit sehr begrenzt. Nun strebe die Regierung Freihandelsabkommen mit der EU und den Briten an.

Alle Parteien Australiens waren nach dem Referendum bemüht, für Beschwichtigung zu sorgen und hervorzuheben, dass die Auswirkungen auf Australien gering sind. Zwischen den großen Parteien – Liberal und Labour – herrscht hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit und Stärke der heimischen Wirtschaft Eintracht. Dies muss jedoch im Angesicht der kommenden Wahlen am 2. Juli gesehen werden, für welche beide Seiten versuchen, das Ergebnis zu ihren Gunsten zu interpretieren. Die Grüne Partei zeigte sich indes besorgt, dass radikale und diskriminierende Kräfte auch in Australien an Zulauf gewinnen könnten.

Der *neuseeländische* Premierminister John Key (National Party) und Handelsminister McClay unterstrichen, dass die direkten und unmittelbaren Folgen begrenzt seien und Firmen sich keine Sorgen machen müssten. Nun wolle das Land den Beginn der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU wie geplant beginnen und würde auch „in the longer term“ ein Abkommen mit Großbritannien suchen. Zudem zeige das Referendum den Wert politischer Stabilität und ermögliche eine Rückbesinnung auf die eigene Stärke Neuseelands.

Auch in Neuseeland waren alle Parteien bemüht, die Bürger und Märkte zu beruhigen. Oppositionsführer Andrew Little unterstrich, dass nun Verhandlungen über Freihandel und Migration mit der EU und Großbritannien aufgenommen werden müssten, mit den Briten jedoch der stärkste Fürsprecher in der EU verloren ginge. Die Grüne Partei hob die Rolle der EU als zentralem geopolitischem Akteur hervor, weshalb jede dortige Entwicklung Einfluss auf den Weltmarkt habe. Der Einfluss auf Neuseeland sei aber minimal, da das Land hauptsächlich im Pazifikraum Handel betreibt. Die regierende National Party stellte heraus, dass es keine signifikanten Auswirkungen auf Neuseeland geben würde, die EU als Partner wichtiger als Großbritannien sei, aber mit beiden Seiten ein Freihandelsabkommen angestrebt werden würde.

Nationalkonservative Politiker beider Länder wie Tony Abbott, John Howard (beide Liberal Party Australia) und Winston Peters (New Zealand First Party), betonten ihre Unterstützung für den Brexit, die Option nun mit den Briten allein zu verhandeln und zugleich das Commonwealth neu zu beleben. Dem widersprach jedoch der frühere Commonwealth Generalsekretär, Sir Don McKinnon, der die Isolation Englands, die höhere Bedeutung der EU gegenüber Großbritannien und die Unvergleichbarkeit des Commonwealth mit der EU unterstrich.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Erste Reaktionen gab es vor allem seitens *australischer* Think-Tanks: Das Australian Institute for International Affairs weist auf die Folgen des britischen EU-Austritts für die internationale Politik und die Kräfteverteilung innerhalb Europas hin. Eine Zersplitterung Europas sei auch eine Zersplitterung der wertebasierten Gemeinschaft des Westens im Auftreten gegenüber aufstrebenden Regionen wie Asien und insbesondere China. Auch bei globalen Herausforderungen, wie dem Klimawandel oder dem Kampf gegen den Terrorismus, wo EU und Australien mit einer Stimme sprechen, haben diese Positionen weniger Gewicht ohne Großbritannien. Nachdem England hier stets der erste Ansprechpartner war, gilt nun die Devise: „It's time for Australia to make new friends in Europe“. Das Centre for European Studies an der Australian National University sieht Chancen für eine neue Intensivierung des australisch-britischen Handels, wie er im Rahmen des Commonwealth vor Englands Beitritt zur EU stattfand. Für Australiens Wirtschaft verursachte der damalige englische Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zunächst einen Einbruch der Exporte, führte in der Folge jedoch zu einer Diversifizierung der australischen Handelsbeziehungen.

Der Tag des Referendums blieb an den australischen Märkten nicht ohne Folgen. Der australische Aktienindex ASX 200 verzeichnete einen Verlust von 3,3 %, der Australische Dollar fiel von 0,76 US\$ auf 0,73 US\$. Am ersten Handelstag nach dem Referendum stiegen die Kurse wieder leicht. Für Australien ist der Blick in Richtung der beiden wichtigsten Handelspartner China und USA entscheidender, wo die Verluste nicht so stark zu Buche schlugen. Grundsätzlich verliert die EU ohne England als

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Handelspartner für Australien massiv an Attraktivität: England war 2014 auf Platz 8 der Exportmärkte für Australien. Dies trifft auch auf die zur Verhandlung anstehenden Freihandelsabkommen zwischen der EU, Australien und Neuseeland zu, die jeweils getrennt von beiden Ländern verhandelt werden. Malcom Turnbull kündigte an, im Falle eines Wahlsieges gemeinsam mit seinem neuseeländischen Kollegen John Key über neue Abkommen mit den Briten verhandeln zu wollen – etwa zu den Themen Handel und Einwanderung. Seitens der Wirtschaft sind die Reaktionen im Ton beschwichtigend. Der „Australian“ beispielsweise zitiert den Analysten Paul Danes, der mit einem Rückgang des Handels mit der EU und dem Vereinigten Königreich von 10 % rechnet. Dies würde eine Reduzierung des australischen Wachstums um 0,1 % bedeuten. Als Gewinner des Brexit und damit eines zerschlagenen europäischen Marktes bezeichnet ein Kommentator China. Seiner Marktmacht hat eine verkleinerte EU nunmehr weniger entgegenzusetzen.

Dasselbe gilt auch für die *neuseeländische* Wirtschaft, die ebenfalls bis zu Beginn der 70er Jahre sehr stark vom englischen Markt abhing. Der britische Beitritt zur Wirtschaftsgemeinschaft führte auch hier zu einer Diversifizierung und Neuausrichtung der Handelsbeziehungen und zudem zur Herausbildung einer eigenen neuseeländischen nationalen Identität. Die Neuseeländische Börse reagierte vergleichsweise moderat auf das Brexit-Votum, der NYX Top 50 Index schloss am Tag des Referendums mit minus 2,3 %. Chefvolkswirte von Neuseelands Banken ANZ und ASB sehen ihre Wirtschaft wenig anfällig für Verwerfungen. Rückgänge werden allerdings im Tourismusbereich durch sinkende Besucherzahlen aus Großbritannien befürchtet. Nach einer Phase der Unsicherheit, gerade auch auf den internationalen Finanzmärkten, betonen Experten auch die Chancen, die sich für Neuseeland als langjährigem Partner Englands im Commonwealth ergeben, wenn England nun international neue Verbündete sucht. Ein bilaterales Handelsabkommen mit England erleichtere zudem den Export von neuseeländischen Gütern, gerade auch neuseeländischem Lamm- und Rindfleisch. Es gibt jedoch auch Stimmen, die warnen, dass ein solches bilaterales Handelsabkommen erst in Jahren verabschiedet würde, da England zunächst seine Beziehungen mit der EU neu definieren müsse und Verhandlungen mit Neuseeland entsprechend geringere Priorität hätten.

Bewertung: Traditionell sind die Beziehungen von Australien und Neuseeland zur Europäischen Union sehr gut. Es gibt zahlreiche Gemeinsamkeiten in der wertebasierten Grundorientierung und enge historische Verbindungen. 2015 hat sich die EU sowohl mit Australien als auch mit Neuseeland über neue Partnerschaftsabkommen verständigt, die in diesem Jahr in Kraft treten, welche auch die Aufnahme der Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit beiden Ländern besiegelten. Mit Australien kommt die Etablierung des sog. EU-Australia Leadership Forums hinzu – einer Plattform zum Austausch von europäischen und australischen Führungskräften aus Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft zur Vertiefung der Beziehungen. Mit Neuseeland setzt sich beispielsweise das gemeinsame entwicklungspolitische Engagement im Südpazifik fort.

Das Interesse an einem besseren Verständnis der EU hält an – vor allem mit Blick auf die gemeinsamen außenpolitischen Herausforderungen – und an einer vertieften Zusammenarbeit mit der EU in verschiedenen Politikfeldern wird sich auch nach dem Brexit mittelfristig nichts ändern. Es ist zwar keine veränderte Politik gegenüber der EU als solche zu

erwarten, indes eine noch intensivere Wahrnehmung der Führungsrolle Deutschlands in Europa. Die engen deutsch-neuseeländischen/deutsch-australischen Beziehungen – trotz der großen geographischen Distanz – und die Arbeit und Empfehlungen der deutsch-australischen Beratergruppe sind das Fundament für eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit.

### **Baltische Länder (Elisabeth Bauer)**

In *Estland* ist der Tenor in den Medien eher negativ. Aber man sieht im Brexit auch eine Möglichkeit, stärker zu werden. Das Wichtigste momentan sei die Einheit der 27 Mitgliedsländer. Ministerpräsident Taavi Rõivas (Reformpartei) und die Außenministerin Marina Kaljurand äußerten das Bedauern, dass die Briten für den Austritt gestimmt haben. „Natürlich ehren wir die demokratische Entscheidung der Briten, aber die Entscheidung aus der EU auszutreten, ist zweifellos eine Enttäuschung. Wir sollten für das ganze Europa Folgerungen ziehen und uns anstrengen, um die Einheit Europas nicht zu verlieren“, so Rõivas. Der Vorsitzende der EKRE (Estonische Konservative Volkspartei – Oppositionspartei) Mart Helme: „Wenn die Souveränität der Staaten nicht vergrößert wird, wird die Auflösung der EU sich fortsetzen.“ Er hat das Ergebnis des Referendums begrüßt und gesagt, dass diese Entscheidung eine symbolische Wichtigkeit bei der Wiederherstellung der Demokratie und Souveränität der Völker in Europa hat. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Parlament, Sven Mikser (Sozialdemokraten), meinte: „Der Austritt von Großbritannien gibt solchen Spielern Mut, die sagen, dass man die Beziehungen mit Russland aufwärmen sollte.“ Die Wirtschaftsexperten fürchten, dass der Austritt der Briten ein Dominoeffekt haben wird. Mehr Bewegungen prophezeit man auf dem Währungs-, Schuldschein- und Aktienmärkten. Man ist einig daran, dass es mehr Verlierer als Gewinner geben wird.

Trotz Feiertagen in *Lettland* am 24. und 25. Juni wurde in den Medien intensiv über den Brexit berichtet, besonders in elektronischen Medien. Der Tenor der Berichterstattungen war eher negativ bezüglich des Referendum-Ergebnisses. Es wurde über die Grundlagen der europäischen Einigung und Bedeutung der europäischen Werte und Ideen gesprochen. Aber es ist auch wichtig über die Probleme in der EU zu reden. Man muss verstehen, was für Probleme das sind und wie man sie lösen kann. Der Parteivorsitzende von „Vienotība“ (EVP), Andris Piebalgs, sagte, dass Lettlands Priorität dem Schutz der Rechte der lettischen Landsleute im Vereinigten Königreich gelte sowie der Berücksichtigung lettischer Wirtschaftsinteressen. Gleichzeitig betonte er, dass Großbritannien weiter ein wichtiger internationaler Partner für Lettland bleibe. Seiner Meinung nach muss man jetzt die effektivste und harmloseste Situationslösung finden und man sollte sich auf Veränderungen vorbereiten, die „uns nicht nur allgemein in geopolitischer Hinsicht betreffen werden, sondern auch jeden Einzelnen individuell.“ Der Minister des Auswärtigen Edgars Rinkevics (Vienotība) betont, dass Lettland sich für die Interessen der in Großbritannien lebenden Letten einsetzen wird, aber da noch nichts fest entschieden ist, muss man abwarten. Der Ökonom Peteris Strautins sagt, dass man ungefähr ahnen kann, wie der Brexit die Wirtschaftssituation von Lettland beeinflussen wird. Es wird erwartet, dass es in der Zukunft schwieriger wird, nach Großbritannien zu reisen, um dort zu arbeiten. Da aber der Export aus Lettland nur 5 % beträgt, sollte das die Wirtschaft nicht sehr beeinflussen. Doch wenn der Brexit als ein Signal für Instabilität der EU

zu deuten ist, dann wird es auch den Investitionsmarkt in Lettland beeinflussen.

Den Berichten in den Medien zufolge, war das Ergebnis vom Brexit-Referendum für viele in *Litauen* (eher für diejenigen, die nach Großbritannien aus wirtschaftlichen Gründen ausgewandert sind und dort arbeiten) unerwartet. Die Staatspräsidentin, Dalia Grybauskaitė, traf sich am Montag, 27. Juni mit den EU-Botschaftern zu einem jährlichen Treffen. Sie äußerte ihre Meinung auch zum Brexit-Votum: Sie meinte, es sei ein Fall ohne Präzedenz, aber nach dem Ausfall eines Mitgliedstaates bleibe die Europäische Union einig. Wichtig sei, daraus Lehren zu ziehen, das Vertrauen der Bürger aufrechtzuerhalten und populistische antieuropäische Kräfte zu verhindern. Die Reaktion des Ministerpräsidenten, Algirdas Butkevicius, wurde durch den Pressedienst der Regierung veröffentlicht: „Litauen ist an engen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auch weiterhin interessiert, besonders in Bereichen Außenpolitik, Sicherheit und Binnenmarkt. Wir kümmern uns um unsere Mitbürger im Ausland und werden uns bemühen während künftigen Verhandlungen zwischen EU und Vereinigtem Königreich die Interessen der Bürger Litauens zu schützen“. Nach der Meinung des Ministerpräsidenten ist es noch zu früh, über eventuelle Auswirkungen der Entscheidung von Briten für die Wirtschaft konkreter zu sprechen, weil noch ein langer Prozess über Nuancen der Zusammenarbeit zwischen der EU und Großbritannien bevorsteht. Die Regierung wird sich bemühen, die Wirtschaft einzubeziehen, um in den künftigen Gesprächen und Beratungen die Interessen des Landes zu schützen. Es gibt auch erste Äußerungen aus der Wirtschaft und den Banken. Dr. Nerijus Mačiulis, Chefvolkswirt von Swedbank, schreibt, dass nach dem eventuellen Austritt Großbritanniens sowohl Großbritannien, als auch die EU schwächer und geopolitisch verletzlicher würden. Litauen würde einen Teil eines seiner größten Exportmärkte verlieren, der jetzt 7 % Warenexportes beträgt, dies würde aber keine wirtschaftliche Rezession hervorrufen. Das Schlimmste aber wäre in diesem Szenario nicht der Verlust des Marktes oder Verringerung des EU-Haushalts und direkter finanziellen Unterstützung für Litauen. Schlimmer wäre, wenn das Referendum zum EU-Austritt im Vereinigten Königreich die populistischen und opportunistischen Kräfte in weiteren EU-Mitgliedsstaaten ermutigen würden. Der Chefanalyst von der SEB Bank meinte dagegen, Litauen und die litauische Wirtschaft werden die Auswirkungen des Brexit direkt spüren. Die ersten Verluste werden (haben schon) aufgrund der Abwertung vom Pfund Sterling Auswirkungen auf über 150.000 litauische Emigranten haben sowie auf nach Großbritannien Waren und Dienstleistungen exportierende litauische Wirtschaftsunternehmen.

### **Belarus (Dr. Wolfgang Sender)**

Medien: Alle Medien sowohl staatliche als auch nicht staatliche berichteten über das Votum der Briten und nachfolgende Reaktionen der Politiker in Großbritannien und in der EU, auch Reaktionen von russischen Spitzenpolitikern wurden geschildert. Es gab aber keinen einzigen Kommentar bezüglich Brexit seitens eines Offiziellen aus Minsk.

Die in Belarus bestehende, ziemlich deutliche Spaltung zwischen den staatlichen und entsprechend pro-staatlich eingestellten und den nicht staatlichen pro-demokratischen Medien findet sich auch in der Berichterstattung über den Brexit wieder: Während die staatlichen

Medien einfach über Tatsachen berichten, wie Anteile pro und contra bei der Abstimmung, Erklärung von Cameron, Forderungen der EU an Großbritannien, den Austritt möglichst schnell einzuleiten und zu erledigen, usw. sowie gegebenenfalls auszugsweise über ausgewählte neutrale Meinungsäußerungen der russischen Politiker, wobei eine fast sterile Neutralität der Berichterstattung auffällt, versuchen sich die unabhängigen pro-demokratischen Medien mit den Folgen des britischen Referendums für Belarus auseinanderzusetzen. Der Tenor der nicht staatlichen Medien kann als Bedauern über die Entscheidung der Briten mit Akzent auf negative, vor allem politische Folgen des Austritts für Belarus bewertet werden.

Politik: Es gab keine Reaktionen der (pro-)staatlichen Politiker. Dafür kommentierten Politiker aus oppositionellen Parteien den Brexit: Mikola Statkewitsch, Vorsitzender einer der Sozialdemokratischen Parteien, kritisierte die EU, dass sie sich immer weniger an ihre Werte halte und immer mehr an Geld denke und wegen Geld gäbe es immer Streit. Alexej Janukewitsch, Vorsitzender der Partei der Belarussischen Volksfront (einer der EVP-Partnerparteien in Belarus), befürchtet, dass die EU und vor allem ihre mächtigsten Mitglieder nun mit ihren internen Problemen zu intensiv beschäftigen würden und weniger auf die Situation im europäischen Osten achten, was angesichts des wegen niedrigen Gas- und Öl-Preisen agonisierenden Russlands die kleinen osteuropäischen Länder einschließlich Belarus einem hohen Risiko aussetze.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Es bestehen keine engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Belarus und Großbritannien, daher konnte das Votum in Großbritannien nur indirekt die wirtschaftliche Situation in Belarus beeinflussen, vor allem durch die verursachten Kurs- bzw. Preisschwankungen auf dem Devisen- bzw. Ölmarkt. Wirtschafts- und Finanzanalytiker in Belarus sind sich vorläufig einig, dass sich der Brexit-Einfluss auf Belarus im wirtschaftlichen Bereich darauf auch beschränken wird.

Wenn man Experten und Korrespondenten der pro-demokratischen Medien und pro-demokratische Abonnenten in den Sozialen Netzen bedingt als gesellschaftliche Gruppe betrachtet, so kann man den Kommentaren und Beiträgen bzw. Posts in den Sozialen Netzwerken entnehmen, dass man die Entscheidung der Briten bedauert und sich mit der EU-Devise à la „Wenn schon raus, dann bitte möglichst schnell“ zum großen Teil solidarisiert. In einem der Expertenkommentare wird vermutet, dass Deutschland, das nun in der EU dominieren werde und in Bezug auf Belarus immer eher zu Real- als Wertepolitik geneigt habe, nun ohne Gegengewicht Großbritanniens seinen Realpolitik-Ansatz gegenüber Belarus ausweitete, was die demokratischen Kräfte in Belarus schwächt. Von anderen gesellschaftlichen Gruppen gab es keine Äußerungen.

Bewertung: Es besteht keine direkte Einflussnahme des Brexits auf Belarus. Gegebenenfalls könnte sich der Austritt Großbritanniens negativ auf die Finanzierungen europäischer Förderprogramme auswirken, in deren Genuss sowohl staatliche als auch nicht staatliche/demokratische Akteure kommen, was sich wiederum an einer Abschwächung der pro-europäischen Stimmung in Belarus bemerkbar machen könnte.

Die Regierung in Minsk zeigt sich gegenüber zahlungs- und investitionsbereiten Handelspartnern stets aufgeschlossen. Demnach ist sie an einer starken EU potentiell interessiert und würde dabei die erwähnte eventuelle Ausweitung des Realpolitik-Ansatzes begrüßen. Es

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

www.kas.de

ist zu erwarten, dass sich die Regierung mit den Ländern in der EU intensiver politisch annähert, die diesen Ansatz verfolgen. Auch mit Großbritannien, unabhängig von seiner auswärtigen Politik gegenüber Belarus, wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit fortgesetzt, soweit und solange es wirtschaftlichen Sinn für die belarussische Regierung hat. So war Großbritannien eine Zeit lang, als Belarus noch mit westlichen Sanktionen für Menschenrechtsverletzungen belegt war, einer der in der EU größten Abnehmer der belarussischen Erdölprodukte, die Belarus in großem Stil aus dem russischen Öl produziert und nach Westen exportiert, um sich mit Devisen zu versorgen.

### **Belgien / Niederlande / Luxemburg (Dr. Stefan Gehrold)**

Medien: Das Medienecho in den Benelux-Staaten ist enorm. Sowohl in Belgien als auch in den Niederlanden wird er als negativ und schädlich für die Wirtschaft aufgenommen.

Insgesamt wird zur Ruhe aufgerufen, wobei in den *Niederlanden* auch Stimmen zu vernehmen sind, die eine schnelle Reaktion fordert. Kritisiert wird zudem, dass Premierminister Mark Rutte beim Spitzentreffen in Berlin, zwischen Merkel, Hollande und Renzi nicht anwesend war und stattdessen eine Coca-Cola-Fabrik eröffnet hat. Einige niederländische Kommentatoren interpretieren den Brexit als eine Chance für Großbritannien. In den Niederlanden wird über weitere Referenden in Europa diskutiert und die Frage aufgeworfen, inwieweit diese Stimmung die Niederlande betreffen könnte. Auf der anderen Seite werden die möglichen Referenden in Schottland und Irland als positives Beispiel für eine „Europazugewandtheit“ gedeutet. Insgesamt wird es als ein Weckruf für Europa gedeutet.

Auch in *Belgien* wird Gelassen- aber vor allem Geschlossenheit gefordert. Gleichzeitig werden die Risiken von weiteren Referenden aufgezeigt. Auch werden mögliche positive Effekte, wie die Umsiedlung britischer Unternehmen nach Belgien, besprochen. Unter dem Motto „Willkommen in Belgien“ startete der Premierminister Charles Michel eine Medienkampagne. Diese wurde zu großen Teilen positiv aufgenommen. In Belgien ist man skeptisch, ob mit dem Referendum die Büchse der Pandora geöffnet worden ist. Die Zusammenarbeit der verbleibenden 27 muss gestärkt werden. Um die Dauer der Unsicherheit so kurz wie möglich zu halten, wird eine schnelle Entscheidung aus Großbritannien gefordert.

Auch in *Luxemburg* ist die Berichterstattung in den Medien immens. Neben den Tageszeitungen sind vor allem die Onlineportale voll von neuesten Nachrichten aus London. Neben der Berichterstattung, wie es mit Europa nun weitergeht, spielt insbesondere der Blick auf den Finanzplatz London City und dessen potentielle Verlagerung ins Großherzogtum eine Rolle. Mehrheitlich kann davon gesprochen werden, dass die Luxemburger per se enttäuscht über den Ausgang des Referendums sind und die gute Vernetzung zu Großbritannien innerhalb der EU vermissen werden. Während in manchen Nachbarländern wie Frankreich populistische Stimmen laut werden, die nach einem eigenen Referendum rufen, verweilt das ur-europäische Großherzogtum weiterhin in seiner pro-europäischen Stimmung. Die Mehrheit der Luxemburger will ein starkes Luxemburg in einem starken Europa. Insbesondere die Luxemburger wissen die Vorteile der europäischen Gemeinschaft sehr wertzuschätzen, auf die sie nicht verzichten wollen.

Politik: "Wir müssen alles tun, ein neues Kooperationsabkommen mit Großbritannien zu finden, so schnell wie möglich. Ich will nicht, serielle politische und wirtschaftliche Instabilität." So der Premierminister *Belgiens*, Charles Michel (MR). Der Vorsitzende der flämischen Christdemokraten (CD&V), Wouter Beke, reagierte bestürzt auf das Ergebnis: „Wir wachen in einem neuen Europa auf. Nun ist es Zeit, die bestehende Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken. Mehr denn je brauchen wir eine starke EU!“ Der belgische Europaabgeordnete Ivo Belet (CD&V; EVP) sagte, dass das Ergebnis des Referendums eine „lose-lose-Situation“ sei. Die Auswirkungen auf rechtspopulistische Parteien innerhalb Belgiens werden als gering bewertet. Die flämisch-rechtsextreme Vlaams Belang ist zu schwach aufgestellt; höchstens könnte die flämisch-regionalistische N-VA einen Gewinn hieraus ziehen. Ein Referendum in Belgien über einen EU-Austritt, steht derzeit nicht zur Debatte.

Der Premierminister der *Niederlande*, Mark Rutte, spricht davon, dass das erste Gebot nun Ruhe und Gelassenheit lauten müsse. Dies bezieht sich vor allem auf die Forderungen der Rechtspopulisten um Geert Wilders (PVV) sowie die Sozialisten um Emile Roemer (SP). Mark Rutte betonte den Aspekt der nunmehr nötigen Stabilität: „Wir sind dabei, die Europäische Union zu reformieren; dieses Ergebnis ist ein Anreiz, damit fortzufahren und hart daran zu arbeiten, mehr Wohlstand, mehr Arbeitsplätze und mehr Sicherheit zu schaffen.“

Der Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidat der CDA für die Parlamentswahlen 2017, Sybrand van Haersma Buma, bezeichnete das Ergebnis als enttäuschend. Aus Sicht der Partei geht es nunmehr vor allem um Deutlichkeit. Deutlichkeit von Seiten Großbritanniens, was sie genau wollen. Dies ist für die unbedingt notwendige Sicherheit der EU und im Speziellen der Niederlande von großer Bedeutung. „Rechtlich wird sich kurzfristig nicht viel ändern, es bedarf nunmehr jedoch eines klaren politischen Schritts“, so die Europaabgeordnete Esther de Lange (CDA; EVP).

In den Niederlanden köchelt die Debatte über ein mögliches Referendum weiterhin – allerdings auf kleiner Flamme. Geert Wilders (PVV) wie auch Emile Roemer (SP) versuchen die gegenwärtige Stimmung zu ihren Gunsten zu nutzen. Im Parlament wird angeblich bereits an einem Gesetzesvorschlag für den „Nexit“ gearbeitet. Bei einer Unterschriftenaktion wurden hierfür 56.000 Unterschriften gesammelt. Eine Mehrheit im Parlament wird jedoch nicht erwartet. In einer aktuellen Umfrage sprachen sich 56 % gegen die Durchführung eines Referendums über die EU-Mitgliedschaft aus. Gerade im Nachgang des im April abgehaltenen „Ukraine-Referendums“ betrachten viele Bürger ein solches Instrument als gefährlich und stehen ihm mit mehr Bedacht gegenüber. Sie sind sich den daraus entstehenden Nachteilen stärker bewusst. Während die linksliberale D66 für eine zügige Klarstellung seitens Großbritanniens über den Austrittsentscheid ist, mahnt die liberale Regierungspartei VVD, um Premier Mark Rutte, eher zur Besonnenheit.

Auch im Großherzogtum *Luxemburg* ist die Nachricht des Tages mit Entsetzen aufgefasst worden. Die sich in der Opposition befindenden Christdemokraten äußerten sich am Morgen des 24. Juni. CSV Fraktionsvorsitzender Claude Wiseler bedauert den Entscheid, respektiert diesen jedoch. Er plädiert dafür „Ruhe zu bewahren und noch stärker zusammenzustehen, aber auch Europa neu zu erzählen und wieder auf

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

www.kas.de

die Menschen zuzugehen.“ Die Regierung Bettel berief am Morgen des 24. Juni eine außerordentliche Pressekonferenz ein, in der der Premierminister sich betrübt über den Ausgang des Referendums äußert: „Als Europäer hätten wir uns einen anderen Ausgang gewünscht“. Bettel betont, dass sich die verbleibenden 27 Mitgliedstaaten nun neu ausrichten müssen. An den Beziehungen des Großherzogtums zu Großbritannien würde sich jedoch bis auf weiteres nichts ändern.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: *Belgien* kostet der „Brexit“ fast eine Milliarde Euro. Die mit am stärksten betroffenen Institutionen sind die Banken. Gerade der Verlust von BNP Paribas führt zu einem Minus von 3 Milliarden Euro.

*Niederländische* Unternehmen wie Shell, Unilever oder Royal Flora Holland schätzen die wirtschaftlichen Folgen als negativ ein, hoffen jedoch, dass die guten Geschäftsbeziehung mit dem Vereinigten Königreich bestehen bleiben. Der niederländische Präsident des Arbeitgeberverbandes, Hans de Boer, betonte den optimistischen Aspekt des Ergebnisses: „Es sollte ein Impuls für Europa sein, sich neu zu erfinden.“ Wirtschaftlich nimmt auch die Handelsnation Niederlande Schaden am Ausscheiden Großbritanniens aus der EU. Ersten Berechnungen zufolge kostet es die Niederlande bis zu zehn Milliarden Euro. Ein Freihandelsabkommen zwischen beiden Ländern würde den Betrag um ca. 20 % mindern. Der niederländische Arbeitgeberverband (VNO-NCW) äußerte sich im Verbund mit weiteren Wirtschaftsverbänden (MKB Nederland und LTO) gelassen.

Darüber, wie sich der Brexit für den Finanzplatz *Luxemburg* auswirken wird, herrscht noch Ungewissheit. Zum Teil erhofft man sich, dass Luxemburg vom Wegzug von Banken aus London profitieren kann. Allerdings war die wirtschaftspolitisch liberalere Stimme der Briten zum Beispiel im Bereich der Finanzmarktregulierung den Luxemburgern genehmer als der wirtschaftspolitische Staatsinterventionismus anderer europäischer Staaten. Mit dem Brexit verliert Europa an wirtschaftspolitischer Liberalität, was Luxemburg in keinerlei Hinsicht behagt.

Bewertung: Nach der Ablehnung des Referendums über den Assoziierungsvertrag der EU mit der Ukraine vom 6. April 2016, wird den Niederländern mit dem „Brexit-Votum“ der Briten, nunmehr ein weiterer Aspekt der Europaablehnung präsentiert. Dies könnte die Europafreundlichkeit in der Bevölkerung beeinträchtigen. Als konkretes Problem für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung wird dies jedoch nicht betrachtet. Die Zusammenarbeit mit den Christdemokraten in den Niederlanden, wie auch in Belgien und Luxemburg ist sehr gut und wird hiervon nicht maßgebend tangiert.

### **Bosnien-Herzegowina** (Dr. Karsten Dümmel)

Medien: Brexit war das Hauptthema in fast allen Medien in Bosnien-Herzegowina. Einige haben nur die Berichterstattung aus den ausländischen Medien übertragen, ernsthaftere Medien hatten eigene Analyse dazu erstellt. Viele Sendungen wurden zu diesem Thema gesendet. Die Frage der Zukunft der EU wurde überall diskutiert.

Die Öffentlichkeit war neugierig, wie sich Brexit auf die EU Zukunft auswirken wird. Vor allem haben sich die Medien dafür interessiert, ob

die EU weiterhin Interesse haben wird, weitere Mitglieder in der EU aufzunehmen. Der Ausstieg von Großbritannien aus der EU könnte möglicherweise wirtschaftliche, politische und soziale Folgen auf den Weg Bosnien-Herzegowinas in die EU haben. Aus Sicht von Bosnien-Herzegowina sind Europafragen bereits Teil der wirtschaftlichen und politischen Reformen der letzten zehn Jahre. Die letzte Initiative für Bosnien-Herzegowina, die aus der EU gekommen ist, war die britisch-deutsche Initiative, die den Akzent von der Verfassungsreform auf die sozialen und wirtschaftlichen Reformen gesetzt hat. Deswegen haben sich viele gefragt, was aus der deutsch-britischen Initiative nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU wird.

Politik: Die bosnische Außenpolitik bewahrt aufgrund interner Interessenkonflikte eine gewisse Neutralität. Die meisten Politiker haben ihre Überraschung und Besorgnis geäußert. Keiner kritisierte die Briten wegen ihrer Entscheidung. Die Politiker waren sehr zurückhaltend und neutral. Sie betonten, dass es für Bosnien-Herzegowina weiterhin wichtig sei, Teil der EU zu werden.

Die ersten Stellungnahmen von Seiten der Regierungen waren, dass der Ausstieg von Großbritannien aus der EU nicht den Prozess der EU-Erweiterung verlangsamen oder anhalten darf und dies auch nicht wird. Alle Regierungsvertreter haben kurz und neutral die Entscheidung der Briten kommentiert und sich sogleich mit dem Weg von Bosnien-Herzegowina in die EU beschäftigt. Alle haben betont, weiterhin die EU-Bedingungen zu erfüllen und die Verhandlungen für den Beitritt fortzusetzen. Milorad Dodik, der Präsident der Republik Srpska, hat sich dieses Mal zurückgehalten. Bisher hatte er solche Möglichkeiten genutzt, um zu erläutern, dass auch die Republik Srpska unabhängig sein werde. Dieses Mal jedoch hat gezeigt, dass der EU-Weg für Bosnien-Herzegowina fraglich sei. Er hat allerdings beiläufig erwähnt, dass die Republik Srpska weiterhin plant 2018 ein Referendum für die Unabhängigkeit der Republik Srpska durchzuführen.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Wirtschaftliche Auswirkungen wird es nicht geben, weil Großbritannien nicht in der Europäischen Währungsunion ist und die wirtschaftlichen Beziehungen Bosnien-Herzegowinas mit Großbritannien nicht besonders entwickelt sind. Äußerungen gesellschaftlicher Gruppen wie NGO's und Gewerkschaften gibt es noch nicht. Es gibt vereinzelt Aussagen von Experten aus verschiedenen Gruppen, dass der Brexit keine großen Folgen für das Land haben wird.

Bewertung: Der Brexit wird ein harter Schlag für die Idee von Europa sein. Neben der Stärkung euroskeptischer Stimmen auf dem Balkan, ist zu befürchten, dass der Brexit Beitrittsbestrebungen von Balkan-Outsidern zusätzlich behindern könnte. Der Gesamteindruck ist, dass die EU ohne Großbritannien, wirtschaftlich und politisch geschwächt ist. Die Regierung der zweiten Entität in Bosnien-Herzegowina, die Regierung der Republik Srpska, wird in ihrer Behauptung gestärkt, "bevor Bosnien-Herzegowina der EU beitreten wird oder könnte, habe sich die EU selbst aufgelöst" (Milorad Dodik).

Medien: Zwar sorgte die Entscheidung der Bevölkerung Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, auch im größten Land Lateinamerikas für Schlagzeilen auf den Titelseiten der wichtigsten Tageszeitungen. Doch wegen der massiven wirtschaftlichen und politischen Krise im Land bleiben Brasiliens Medien und Politik insgesamt weiterhin stark binnenorientiert. Innenpolitik spielte auch am Tag nach dem Brexit die Hauptrolle in der Berichterstattung.

Im Vordergrund der brasilianischen Berichterstattung standen zunächst Zukunftsszenarien für das partnerschaftlich verbundene Europa und die etwa 300.000 in Großbritannien lebenden Brasilianerinnen und Brasilianer. 2015 stand die EU im internationalen Vergleich der brasilianischen Im- und Exporte an zweiter respektive erster Stelle, dementsprechend wurden besonders die wirtschaftlichen Konsequenzen des Brexits thematisiert. Ein mögliches Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem regionalen Bündnis Mercosul verliert mit Großbritannien an Attraktivität. Ausserdem rief der Erfolg der Leave-Kampagne der rechtspopulistischen UKIP-Partei in Teilen Brasiliens Sorge mit Blick auf die Zukunft des eigenen Landes hervor - fürchten doch einige, dass die wirtschaftlichen Verwerfungen und die politische Instabilität, die insbesondere durch das laufende Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff (Arbeiterpartei PT) hervorgerufen wurde, den Boden für den Aufstieg populistischer Kräfte bereiten.

Politik: Michel Temer (PMDB), der das Präsidentenamt Brasiliens während der temporären Suspendierung von Dilma Rousseff bekleidet, gab an, er werde "die politische Entscheidung nicht diskutieren", sondern zusammen mit seinem Kabinett die wirtschaftlichen Folgen für Brasilien analysieren. Sein Außenminister José Serra (PSDB) "bedauerte" die Entscheidung der Briten, geht aber davon aus, dass sie keine weitreichenden Auswirkungen auf die brasilianische Wirtschaft haben werde. Mit Blick auf das geplante Handelsabkommen zwischen dem Mercosul und der EU verwies er auf die Notwendigkeit einer starken EU als wichtigen Partner. Zuletzt hatte sich die brasilianische Übergangsregierung für eine Stärkung bilateraler Abkommen ausgesprochen – wohl auch, da das Abkommen zwischen Mercosul und EU inzwischen seit mehr als zwei Dekaden ergebnislos verhandelt wird. Das Wirtschaftsministerium betonte unterdessen in einer Stellungnahme, dass Brasilien die Folgen dieses externen Schocks wohl kaum spüren werde.

Aloysio Nunes von der KAS-Partnerpartei PSDB (Partido da Social Democracia Brasileira, dt.: Partei der brasilianischen sozialen Demokratie), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des brasilianischen Senats, äußerte seine Sorge über die Auswirkungen des Austritts Großbritanniens als "moderate Kraft" aus der EU auf die internationale Politik, besonders mit Blick auf das Erstarken populistischer und extremistischer Parteien weltweit. Angesichts der zahlreichen internationalen Herausforderungen, vor denen die EU stehe, werde diese durch den Austritt Großbritanniens auch militärisch geschwächt. José Agripino, ebenfalls Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Senats und Parteivorsitzender der konservativ-liberalen KAS-Partnerpartei Democratas (ODCA-Mitglied), bedauerte die Entscheidung der Briten wegen der möglichen negativen Konsequenzen für die zukünftige Kooperation und Solidarität zwischen Staaten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Stimmen aus der brasilianischen Wirtschaft betonten die Unsicherheit angesichts des bevorstehenden Brexits, etwa für brasilianische Unternehmen in Großbritannien. Der Wert der Landeswährung Real hingegen blieb zunächst stabil und der Kursrückgang an der brasilianischen Börse fiel im internationalen Vergleich moderat aus. Teilweise dürfte dies auf die wegen der massiven Wirtschaftskrise bereits am Boden liegende Wirtschaft zurückzuführen sein. Auf brasilianische Exporte nach Großbritannien könnte sich der Brexit sogar positiv auswirken, da die Verhandlungsposition Brasiliens in einem bilateralen Abkommen stärker ist als gegenüber der EU als Ganzes. So könnten die noch geltenden EU-Handelsbeschränkungen besonders für Lebensmittel, wichtiger Exportsektor Brasiliens, aufgeweicht werden. Andererseits wurden Sorgen bezüglich zukünftiger ausländischer Direktinvestitionen im Land laut.

Bewertung: Die Europäische Union wird nach dem Brexit-Referendum in Brasilien als geschwächt wahrgenommen. Im Gegenzug wird davon ausgegangen, dass Deutschland künftig noch stärker und einflussreicher sein wird. In Bezug auf die Konrad-Adenauer-Stiftung ist der zuletzt genannte Aspekt nicht ganz unerheblich. Immer wieder wird uns im Einsatzland vermittelt, dass die Stiftung aus brasilianischer Sicht vorrangig als deutsche und nicht so sehr als europäische Institution von Interesse ist - als Brücke nach Deutschland und insbesondere in die deutsche Politik. Auswirkungen auf die Auswahl von Ansprechpartnern in Europa sind bisher nicht absehbar.

### **Bulgarien (Christian Spahr)**

Medien: Der Tenor in den bulgarischen Medien ist neutral, man zeigt sich eher schockiert und besorgt über die auf einmal unsicher gewordene Zukunft. Vorhersagen über eine Kettenreaktion als Folge des Referendums und andere Formen von Separatismus in Europa beeinflussen die Analysen verschiedener Experten. „Die Hoffnungen der Populisten sind die Alpträume der nüchtern Denkenden“, fasst die Wochenzeitung „Kapital“ zusammen. Wenn man hört, wie in Bulgarien und in Großbritannien über die EU gesprochen wird, denkt man, das sind zwei verschiedene EU's – die Briten wollen gerade das nicht, was die Bulgaren begehren: EU-Fonds, Kontrolle über die politische Klasse, freier Personenverkehr. Tenor der Medien: Bulgarien und seine politische Klasse sind nicht auf die kommenden Veränderungen vorbereitet. Jede Gefahr für die EU ist eine Gefahr für Bulgarien: Kleines Land am Rande Europas, mit alternder Bevölkerung, in der Nachbarschaft der imperialistischen Länder Türkei und Russland. Der bulgarische Ausweg: fest an die EU gebunden sein und richtige Reformen durchführen. Kanzlerin Merkel wird in allen Tageszeitungen zitiert, ein großes Foto ist immer dabei. Die Tageszeitungen fassen die westlichen Reaktionen zusammen, dass der große Gewinner Putin ist, und weisen auf die Abtrennungswünsche Schottlands und Nordirlands hin. Die Medien beschreiben die Sorgen über bulgarische Exporte und die Pläne junger Leute, die in Großbritannien studieren wollen (Bulgarien ist in den Top 10 bei der Zahl der ausländischen Studenten an britischen Universitäten). Viele Bulgaren in England wollen nun nach Schottland übersiedeln.

Politik: Dunkel sieht Staatpräsident Rosen Plevneliev die Lage, der meint, dass ein Krieg in Europa ausbrechen wird, wenn die EU zerfällt. Jedoch fordert er, nach vorne zu blicken. „Eine Großmacht, Symbol für Freihandel und liberale Demokratie, hat entschieden, sich auf ihrer

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

eigenen Insel zu isolieren“, so Plevneliev. Ministerpräsident Boyko Borisov sagte, das sei ein sehr schlechter Tag für Europa. Wenn es einen Domino-Effekt gäbe, würden in der EU nur Bulgarien, Griechenland und Rumänien bleiben. Er hat sich scharf gegen jegliche Ideen für einen britischen Sonderstatus ausgesprochen. Zutiefst enttäuscht zeigt sich Außenminister Daniel Mitov, der zum Kampf gegen Populismus und Nationalismus aufruft.

Der ehemalige bürgerlich-konservative Ministerpräsident Ivan Kostov meinte, die Risiken für Bulgarien seien, dass nunmehr weniger Aufmerksamkeit und Unterstützung seitens der EU für die Reformen des Landes kommen werden. Kostov meinte, eine der notwendigen Reformen nach dem britischen Abgang sei, die Politik der Subventionen aufzugeben und sie in Investitionen umzuwandeln. Aus dem sozialistischen Lager kommen ebenfalls Bedauern und Bedenken: Der PES-Vorsitzende Sergei Stanishev sagte, Großbritannien habe der Zukunft den Nacken gezeigt. Die Vorsitzende der Bulgarischen Sozialistischen Partei, Kornelia Ninova, weist auf die Notwendigkeit von Reformen in den europäischen Institutionen hin und sagte, dies sei eine Lehrstunde für die EU.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Aus der Wirtschaft prognostiziert man, dass Bulgarien 550 Mio. Euro verlieren wird, etwa fünf Prozent des Geldes aus dem EU-Budgetrahmen für die nächsten Jahre. „Wir sind in der letzten Phase des Zerfalls des Britischen Reiches und in der ersten Phase der Restrukturierung der EU“, so der einflussreiche Bankier Levon Hampartzoumian. Er meint, die EU-Institutionen würden von Menschen ohne Charisma und mit korrekter, aber unverständlicher Sprache geführt. Deswegen sei es für Populisten sehr leicht geworden, ihre Thesen zu verbreiten. Der ehemalige Wirtschaftsminister Nikolay Vasilev meint, es sei nicht die große Frage, wie tief das Pfund gesunken ist, sondern wie Politiker wie Marine Le Pen die Lage ausnutzen werden. Im Allgemeinen befürchtet die Wirtschaft aber keine neue Rezession wegen der britischen Entscheidung.

### **China (Thomas Awe)**

Medien: Das in Europa viel diskutierte Referendum der Briten zum Austritt aus der Europäischen Union erfuhr in China vergleichsweise wenig Beachtung. Stattdessen bestimmten die Besuche des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Zentralasien und Osteuropa die Schlagzeilen der staatlich gelenkten Medien. Im Vorfeld der Abstimmung waren aus Regierungskreisen und den parteinahen Nachrichtenagenturen lediglich Verlautbarungen zu vernehmen, die die guten bilateralen Beziehungen zwischen China und Großbritannien betonten, aber sich ansonsten – wie in China üblich – zurückhaltend zu innenpolitischen Angelegenheiten anderer Staaten äußerten.

Die chinesische Tageszeitung China Daily fasste als eine der wenigen Leitmedien die Folgen des Brexits für die größere Allgemeinheit der Chinesen zusammen: Demzufolge können die 130.000 chinesischen Studenten und jährlich etwa 270.000 Touristen vom Austritt Großbritanniens aus der EU profitieren, indem das britische Pfund abgewertet wird und somit die Kosten eines Aufenthalts im Vereinigten Königreich sinken. Da Großbritannien nicht zum Schengenraum gehört, bliebe die Visa-Situation für Chinesen in Europa vermutlich unverändert. Weiterhin wurde eine konstante chinesische Nachfrage auf dem Häusermarkt prognostiziert; darin sähen wohlhabende Chinesen nicht

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

eine Wertanlage sondern einen alternativen Wohnsitz, um ihren Kindern den Zugang zum englischen Bildungssystem zu ermöglichen. Der Brexit tue der Beliebtheit Londons keinen Abbruch, da Großbritannien das einzige Land in Europa sei, in dem Englisch als Muttersprache gesprochen werde und London eine Stadt mit einem unvergleichlich hohen Maß an Internationalität sei. Darüber hinaus bestünde die Aussicht auf Gespräche zum Abschluss eines Freihandelsabkommens mit China, wodurch Großbritannien langfristig global wettbewerbsfähig bliebe. Aufgrund enger wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen seien hier schnelle Erfolge möglich.

Politik: Nach der öffentlichen Bekanntgabe des Ergebnisses der Volksabstimmung verkündete das chinesische Außenministerium die offizielle Regierungsmeinung zum Brexit: Demzufolge respektiere Peking die Wahl des britischen Volkes und hoffe auf eine schnelle Einigung zwischen der EU und Großbritannien. Ferner betonte die Sprecherin, dass China weiterhin die Beziehungen zum Vereinigten Königreich und zur EU, welche von China im europäischen Integrationsprozess unterstützt werden würde, stärken möge, wenngleich der Austritt aus der EU mit signifikanten Folgen verbunden sei. Nach Angaben des Vorsitzenden der staatlichen Entwicklungs- und Reformkommission, Xu Shaoshi, rechnet die KPCh mit nur begrenzten Konsequenzen für China. Dennoch seien Kapitalabflüsse und ein damit verbundener kurzfristiger Abwertungsdruck auf den Renminbi sowie schwankende Wechselkurse als mögliche Marktreaktionen denkbar. Neben steigender Unsicherheit und Volatilität der Weltwirtschaft könnten chinesische Unternehmen in Großbritannien vor neue Probleme hinsichtlich der Arbeitsmobilität, Gesetzgebung oder in Steuerfragen gestellt werden.

Weiterhin meldete sich von offizieller Seite ein Funktionär des chinesischen Handelsministeriums zu Wort. Dieser befürchtet einen protektionistischeren Ansatz der EU gegenüber China, wodurch sich neue Problemfelder für wirtschaftliche Kooperationen auftun könnten. Er prognostizierte, dass den im Vereinigten Königreich angesiedelten chinesischen Firmen der zollfreie Zugang zum europäischen Binnenmarkt verwehrt werden könne, wenn Großbritannien die EU verlässt. Deswegen müsse China in Zukunft seine Anstrengungen gegenüber den europäischen Partnern weiter verstärken.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: In den vergangenen Jahren hat Großbritannien eine ausschlaggebende Rolle bei der Vertiefung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China gespielt. Die Briten galten hierbei als Ansprechpartner Chinas, um dem Erlangen des Status einer Marktwirtschaft näher zu kommen, welcher die chinesische Wirtschaft vor EU-Zöllen schützen würde. Die nun aufkeimende Sorge, dass die Unterstützung dafür, aber auch für ein Freihandelsabkommen zwischen China und der EU, schwinden wird, ist berechtigt. Angesichts des Verlusts ihres Fürsprechers Großbritannien rechnet die Parteiführung mit steigenden Zeit- und Ressourcenkosten der bilateralen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union. Großbritannien profitierte im Gegenzug von milliardenschweren chinesischen Direktinvestments in Flughäfen oder die Londoner Taxi Company. Eine steigende Abhängigkeit der Briten von der externen Finanzierung ihrer Infrastrukturprojekte wird bei der 16 Mrd. Euro teuren Hochgeschwindigkeitszugstrecke im Norden Englands oder dem Bau des Atomkraftwerks Hinkley Point C für 7 Mrd. Euro deutlich. Von Vorteil war außerdem, dass sich Unternehmen wie die Bank of China, Huawei oder Tencent in London niederließen oder gar eigene Forschungseinrichtungen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

in Großbritannien eröffneten. Hier wird sich zeigen, ob die Firmenzentralen chinesischer Unternehmen in andere Teile Europas abwandern. Offen ist nun auch, ob die europäischen Finanzplätze Frankfurt, Paris und Luxemburg die Rolle des Bankenstandorts London übernehmen oder ob die britische Hauptstadt trotz Brexit weiterhin als attraktiv genug gelten kann. Auch auf Seiten der Privatwirtschaft wird weiter über die Folgen des Brexits für Europa und die Volksrepublik China spekuliert. Chen Long, Volkswirt der Dongguan Bank, erwartet eine höhere Belastung Deutschlands in der EU, da mit Großbritannien ein Nettozahler die Staatengemeinschaft verlässt. Letztlich würde dies besonders mittel- und osteuropäische Staaten dazu bewegen, sich verstärkt in die Seidenstraßeninitiative der Chinesen zu integrieren, die milliardenschwere Investitionen in Infrastrukturprojekte vorsieht.

Bewertung: Politisch gesehen wünscht sich Peking ein starkes Europa, welches international Verantwortung übernimmt und gleichzeitig als Gegengewicht zu den USA in einer multipolaren Weltordnung fungiert. Diese Rolle kann weder die EU noch Großbritannien in Zukunft so erfolgreich wie zuvor einnehmen. An dieser Stelle jedoch sichert sich China schon seit Jahren mit einer zweigleisigen Strategie ab, indem es gleichzeitig intensive bilaterale Kontakte zu den wichtigsten Ländern der EU pflegt. Auch hier gilt nun: Ohne die Position innerhalb der EU ist das Vereinigte Königreich in einer schlechteren Verhandlungsposition. So heißt es in China, dass Großbritannien zwar nicht vollständig aufgegeben aber von nun an als das behandelt werde, was es sei: Eine mittelgroße Volkswirtschaft, ohne große Industriezweige, mit einem starken Fokus auf die Finanzwirtschaft. China beurteilt die neue Situation pragmatisch: Nicht Großbritannien, sondern die EU ist der wichtigste Partner in Europa, da die EU als Ganzes einen deutlich größeren Markt bietet. Insgesamt ist somit auch in China eine wirtschaftliche Unsicherheit zu spüren, da die ökonomischen Folgen nur schwer absehbar sind. Jedoch mehren sich Stimmen, die den Vorteil des Brexits für China in Aussicht stellen, da von einer Schwächung der Verhandlungspositionen der EU und Großbritannien mit China ausgegangen wird. Ob sich dies bewahrheitet, ist noch unsicher. Nichtsdestotrotz lassen sich daraus für die chinesischen Verantwortlichen zwei Schlüsse ziehen: Erstens, Großbritannien wird ein weniger wichtiger Partner sein, insbesondere wenn Schottland und Nordirland die Unabhängigkeit anstreben, um in der EU zu bleiben. Zweitens, die Briten machen sich abhängiger von alternativen Märkten, falls sie nicht zeitnah Handelsabkommen mit der EU und den USA abschließen. Diese Lücke könnte China füllen. In der Vergangenheit war das Vereinigte Königreich vor allem attraktiv für chinesische Investitionen, da es als Sprungbrett in die EU galt. Die bessere Verhandlungsposition ist klar auf chinesischer Seite. Deshalb könnte das pragmatische China die Briten ziemlich bald spüren lassen, was es bedeutet, in einer hart umkämpften Welt auf sich alleine gestellt zu sein.

#### **Frankreich** (Dr. Nino Galetti)

Medien: Das Votum der Briten wurde in den französischen Medien groß aufbereitet: schließlich ist Großbritannien ein großes Nachbarland Frankreichs. Die großen Zeitungen berichteten mit zahlreichen Sonderseiten. Die Hauptnachrichtensendung im französischen Fernsehen, „Le Journal télévisé de 20 heures“ widmete die gesamte Sendung dem Votum der Briten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Die katholische Tageszeitung La Croix schreibt: „Großbritannien findet sich mit einer Summe von Problemen wieder, die definitiv größer sind, als sie es bei einem umgekehrten Wahlausgang gewesen wären. Hätte der britische Wähler allein an seine wirtschaftlichen Vorteile gedacht, hätte er für „Remain“ gestimmt.“ Die linke „Libération“ spricht von einer „révolte populaire“. Die Mehrheit der Wähler habe gegen den Internationalismus der Eliten und die Öffnung zum Kontinent gestimmt. Angesichts der „Exzesse der Globalisierung“ würden sich immer mehr Wähler der Nation als dem einzig glaubwürdigen Schutz zuwenden. Als geeignetes Instrument zur Lösung der Krise sieht die Libération eine Stärkung des Europäischen Parlaments, als dem einzigen direkt gewählten Organ auf europäischer Ebene.

Die liberale „Le Monde“ weist darauf hin, dass Deutschland mit Großbritannien zwar einen Partner verlöre, mit dem es eine gemeinsame wirtschaftspolitische Orientierung teile. Frankreich aber verliere mit Großbritannien einen Partner, mit dem es die diplomatischen Erfahrungen und die gleichen Sichtweisen in sicherheitspolitischen Fragen teile. Der konservative „Le Figaro“ veröffentlichte am 28. Juni eine aktuelle Umfrage. Danach würden gegenwärtig 33 Prozent der Franzosen für einen „Frexit“, den Austritt Frankreichs aus der Europäischen Union, stimmen, 45 Prozent sind dagegen. Für einen „Frexit“ sprechen sich 74 Prozent der FN-Wähler, 43 Prozent der „Front de gauche“-Wähler, 17 Prozent der Wähler der Sozialisten und 19 Prozent der Wähler der Républicains aus.

Politik: „Les extrêmes se touchent“ – die Ränder berühren sich. So könnte man die Reaktionen von Frankreichs Politik auf das Ergebnis des britischen Referendums vom 24. Juni 2016 beschreiben. Während das Entsetzen und Bedauern bei den meisten Politikern groß ist, hört man von Rechts- und Linkspopulisten Verständnis, ja sogar Beifall für die Entscheidung der Briten. Dabei ist Frankreich als direkter Nachbar Großbritanniens unmittelbar von der Entscheidung betroffen.

Ein „schmerzhaftes Wahlergebnis“ nennt Staatspräsident François Hollande den Brexit. Sein Premierminister Manuell Valls findet drastischere Worte: „Ein Elektroschock“. Beide lassen öffentlich keinen Zweifel daran, dass die Europäische Union nun rasch handeln muss. Die im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Maßnahmen zum Austritt müssten unverzüglich Anwendung finden. Eine zögerliche Reaktion der EU und eine in die Länge gezogene Debatte über die Modalitäten des Austritts Großbritanniens werde die kritische Haltung zahlreicher Bürger zu den Brüsseler Institutionen nur verstärken. In seiner ersten Stellungnahme am Freitag nach dem britischen Referendum erklärt Präsident Hollande, Europa könne nicht so weitermachen wie zuvor. Der Brexit sei das Symptom für tiefgreifende Fehler in der europäischen Konstruktion. Hollande sieht auch die Chancen, die ihm diese historische Situation bietet: sich an die Spitze einer Bewegung stellen, die grundsätzlich pro-europäisch ist, aber eine andere Europäische Union wünscht. Hollande sieht im Brexit und den nun folgenden Konsequenzen die Chance, die Populisten zu stellen. Denn ihm und seiner Partei bläst seit langem ein scharfer Wind entgegen: vom Front National einerseits, dem immer mehr ehemalige Wähler der Sozialisten ihre Stimme geben, und von der eigenen Parteilinken, die immer offensiver auftritt, die Politik ihres Präsidenten offen kritisiert und ihm die Unterstützung zunehmend offen verweigern.

„Europa verändert man, oder man verlässt es“ – mit diesen Worten hat der Vorsitzende der „parti de gauche“, Jean-Luc Mélenchon, das Ergebnis

des Referendums kommentiert. Die Idee einer Europäischen Union sei seit mehreren Jahren durch die „Kaste der Eurokraten“ und die „von der deutschen Regierung oktroyierten Austeritätspolitik“ abgetötet worden. Mélenchon, der für seine Partei bei der Präsidentschaftswahl 2017 antreten wird, verspricht: Sollte er an die Macht gelangen, werde er ein Referendum über die europäischen Verträge abhalten. Mit diesem Referendum gestärkt werde er diese Verträge mit den europäischen Partnern neu aushandeln. Wenn dies nicht gelinge, sei es Zeit für einen „Plan B“. Der Front National (FN) ist hier etwas direkter: Marine Le Pen hat angekündigt, aus der EU auszutreten, sobald sie zur Präsidentin gewählt worden ist. Vom gegenwärtig wachsenden Erfolg der populistischen Bewegungen in Europa erhofft sie sich Rückenwind für die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017.

Auch die Républicains nutzen die Chance des Brexit, um die Populisten zu stellen. Bei ihnen ist der Vorwahlkampf zur Präsidentschaftswahl 2017 bereits seit langem eröffnet. Entsprechend machen die inzwischen 14 Bewerber für die im November stattfindende „primaire“ nun aus der europäischen Frage ein zentrales Element ihrer Kampagne. Der frühere Minister Bruno Le Maire erneuerte seinen Vorschlag mittels eines Referendums über „ein neues europäisches Projekt“ abzustimmen. Der frühere Premierminister François Fillon hingegen legt die Betonung auf die Souveränität der EU-Staaten. Den einzelnen Staaten müsste wieder mehr Gewicht gegeben werden, da es die EU nicht geschafft habe, ein wirklich föderaler Staat zu werden. Er kritisiert die Forderung nach einem Referendum in Frankreich als demagogisch und unverantwortlich. Wer ein solches fordere, spiele russisches Roulette auf Kosten der Zukunft der Europäer. Von einem neuen Vertrag für Europa spricht auch der Vorsitzende der Républicains, Staatspräsident a.D. Nicolas Sarkozy. Wie in den vergangenen Wochen bereits, wiederholt er seine Forderung nach einer Revision von Schengen und einer Stärkung der Euro-Zone durch eine Wirtschaftsregierung. Auch er lehnt ein Referendum ab.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Aus den zahlreichen Erklärungen französischer Politiker und Kommentatoren ragt die Mitteilung von Valérie Pécresse, der Präsidentin der Region Paris, heraus: „Welcome to Paris-Region“ rief sie den britischen Unternehmern zu, die sich jetzt einen neuen Standort innerhalb der EU suchen müssen. Paris sei bereit, jungen, kreativen und talentierten Köpfen ein neues Zuhause zu bieten. Paris könnte somit profitieren.

### **Ghana** (Burkhardt Hellemann)

Medien: Am Samstag, 25.06., berichteten die meisten Medien vom „Brexit“ mit einem Umfang von einer halben Seite bis zu einer Seite, die Berichterstattung wurde auch am Montag, 27.06., fortgeführt. Am Dienstag, 28.06., waren allerdings nur noch in zwei Zeitungen kurze Artikel über die weiteren Entwicklungen in Europa zu finden. Folgende Punkte tauchen in den meisten Artikeln in unterschiedlicher Intensität auf:

- Kurze Beschreibung der Wahlen pro oder gegen den Austritt Großbritanniens aus der EU; auf Hintergründe der Debatte wird nicht eingegangen; die ohnehin recht kurzen Artikel zu internationalen Ereignissen sind oft u.a. vom BBC übernommen, geben beschreibend die Situation in Europa zum Brexit wider. Nur zwei Zeitungen berichten am Samstag ausführlicher von der Wahl in Großbritannien und versuchten, Hintergrundinformationen anzubieten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

- Es wird in allen Medien auf ein Interview vom British High Commissioner (Jon Benjamin) am Freitag hingewiesen, dass noch nicht absehbar sei, welche Folgen der Austritt habe; es werde aber wohl auch Veränderungen in den Verträgen zu Ghana geben.
- Weiterhin fragt man sich, welche konkreten Auswirkungen der Brexit auf Ghana haben könnte. Diese Frage bleibt jedoch meist allgemein gehalten, es wird nicht auf konkrete Fragestellungen spezifisch eingegangen.
- Einige Zeitungen werfen die Frage auf, inwieweit das fehlgeschlagene Experiment der europäischen Einheit nun auch auf afrikanische (Wirtschafts-) Bündnisse sich auswirken möge, die jedoch sowieso oft an der Realität in und zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten gescheitert seien.

Politik: Sowohl die ghanaische Außenministerin Hannah Tetteh als auch der ghanaische Finanzminister Seth Terkper haben sich am vergangenen Freitag zum Ausstieg Großbritanniens aus der EU geäußert, indem sie betonten, dass dieser durchaus auf Ghana Auswirkungen habe. Das jährliche Handelsvolumen zwischen Ghana und GB betrage derzeit 1,3 Milliarden Pfund, wahrscheinlich müsse aber bald ein bilaterales Handelsabkommen geschlossen werden. Das solle sobald wie möglich erfolgen, da man sich von ghanaischer Seite Verbesserungen davon erhoffe. Gleichzeitig scheint sich die ghanaische Ministerin Sorgen zu machen, dass auch andere EU-Länder, die ebenfalls von wirtschaftlicher Wichtigkeit für Ghana seien, auch austreten könnten.

Von Seiten der Parteien in Ghana gibt es keinerlei Reaktion auf den Brexit. Das liegt vermutlich u.a. daran, dass es zum einen im Mehrparteiensystem Ghanas nur zwei wirklich große Parteien (der National Democratic Congress, der die Regierungsgeschäfte führt, sowie die New Patriotic Party) gibt, die das entsprechende Know How und die (zeitlichen) Ressourcen hätten, auf dieses Thema zu reagieren. Zum anderen befinden sich diese wie auch die anderen Parteien im Vorwahlkampfmodus zu den im November diesen Jahres stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Die innenpolitischen Fragestellungen beherrschen also das Tagesgeschäft. In den politischen Debatten auch anderer Akteure spielt der Brexit ebenfalls keine öffentlichkeitswirksame Rolle. Auch bei diesen spielen die diesjährigen Wahlen die wesentliche Rolle.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Bei den bisher bekannten Reaktionen sind die Wirtschaftsakteure eher abwartend.

Bewertung: Die politischen und wirtschaftlichen Akteure warten hier erst einmal sehr nüchtern die Verhandlungen ab, die in den nächsten Monaten stattfinden werden. Sie sind sich im Klaren darüber, dass es nicht nur politische, sondern vor allem auch wirtschaftliche Veränderungen zwischen Großbritannien und „Resteuropa“ geben wird. Inwieweit sich das dann aber auf Ghana auswirken wird, wird noch nicht so stark in Betracht gezogen. Natürlich blicken einige jedoch erstaunt nach Europa, dass die Europäische Union nun vor einer gewissen Zerreißprobe steht. Hier dominiert schließlich die geschichtlich bedingte Beziehung zu Großbritannien die Gefühle: Die einen meinen, Großbritannien habe gut daran getan, sich wieder selbständiger zu entwickeln und die anderen blicken mit einer gewissen Häme auf diese, aus ihrer Perspektive nicht nachvollziehbare, Entscheidung der britischen Bevölkerung.

Medien: Griechenlands Bande mit Großbritannien sind eng – und dies nicht nur in der verwandten Namensgebung der beiden Drohszenarien „Grexit“ und „Brexit“. Nach der gemeinhin als abgewendet wahrgenommenen Option des Grexit ist es nun das Vereinigte Königreich, das seine Drohung wahrgemacht hat – und die supranationale Gemeinschaft verlassen wird. In Griechenland löste diese Entwicklung gleichermaßen Erstaunen wie Unruhe aus. Grundlage bieten dafür sowohl die eigene, jüngste europapolitische Vergangenheit Griechenlands wie auch die engen ökonomischen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Wie im Rest Europas reagierten auch die Medien in Griechenland überrascht auf das Ergebnis des britischen Referendums. Nach allgemeiner Annahme war man von einem Votum für „Brexit“ ausgegangen. Als dies ausblieb, wurden in den griechischen Medien schnell Parallelitäten und „Domino-Effekte“ diagnostiziert: Szenarien einer möglichen Nachfolge Griechenlands auf dem britischen Weg wurden und werden ausführlich beleuchtet. Darüber hinaus konzentrieren sich die Medien weniger auf die unmittelbaren Effekte für Griechenland selbst, sondern eher auf die Analyse der gesamteuropäischen Auswirkungen des britischen Vorgehens, sowie auf den europaweiten Zustrom zu populistischen Parteien und Bewegungen.

Politik: Für den griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras war das Brexit-Votum ein willkommener Anlass, erneut seine Forderung nach einem anderen Europa zu stellen: ein Europa ohne „Austeritäts-Politik“ und Prozesse ferner Entscheidungen in Brüssel. Eine „gerechtere, sozialere und demokratischere“ Union wird von der SYRIZA nicht erst zu diesem Anlass angemahnt. Der Brexit steht für sie in der Logik des gescheiterten „neoliberalen“ Modells in Europa – wie es nach Ansicht von SYRIZA von Deutschland der EU „oktroziert“ wurde. Diese Einschätzung wurde im linken Parteispektrum mit der Hoffnung auf einen nachgiebigeren Kurs der Institutionen der Kreditgeber gegenüber Griechenland verbunden: in der Perspektive, dass die EU keinen weiteren Mitgliederverlust erleiden dürfe. Währenddessen konzentrierte sich die oppositionelle Nea Dimokratia (ND) in ihren Reaktionen auf die Frage des Zuwachses populistischer und extremistischer Strömungen und die dadurch bedrohte Zukunft des europäischen Projekts. Der ND-Parteivorsitzende Kyriakos Mitsotakis forderte ein neues europäisches Narrativ, das die Ziele der europäischen Integration mit dem Alltagsleben der Bürger sichtbarer verbinden müsse.

Der entscheidende Unterschied zwischen den sich verbindenden „Brexit“-/„Grexit“-Szenarien ist die Verankerung eines wirklich antieuropäischen Kurses in Griechenland derzeit nur noch an den parteipolitischen Rändern des Spektrums: Griechenland hat im Kreise der etablierten Parteien diesbezüglich in den letzten sechs Jahren eine 360 Grad-Wende hinter sich gebracht. Mit der „Kehrtwende“ der regierenden SYRIZA im Sommer 2015 und der Vereinbarung eines dritten Rettungspakets ist der antieuropäische sowie anti-„Memorandums“-Kurs marginalisiert. Zwar mag der Austritt Großbritanniens Wasser auf die Mühlen der sich letztes Jahr von der SYRIZA abgespalteten Partei „Volksfront“ und ihrer Argumentation zur Rückkehr zur Drachme geben. Insgesamt steht das europapolitische Bekenntnis der Griechen zur Zugehörigkeit zur EU jedoch noch voran – und wird von Regierung wie Opposition politisch getragen. Das ist im siebten Jahr der Rezession und im dritten, mit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

www.kas.de

strengen Spar- und Reformauflagen für das Land verbundenen Kreditpaket alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Aber diese Basis droht zu bröckeln: Auch in Griechenland greifen vor dem Hintergrund tiefer innenpolitischer sowie wirtschafts- und parteipolitischer Frustration immer stärker Enttäuschung und Skeptizismus in Bezug auf die EU um sich. Die Ansätze hierfür sind immer deutlich schmalere als in Großbritannien gewesen – doch sie verbreitern sich, inzwischen bis in die etablierten Parteien der Mitte hinein, deutlich. So zeigen Umfragen ein immer negativer werdendes Bild der EU aus Sicht der Griechen; dabei wird vor allem der Umgang der Gemeinschaft mit den Themen Wirtschaftspolitik und Migration sehr negativ eingeschätzt.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Die – ohnehin nach wie vor sehr fragile – griechische Wirtschaft ist stark in Richtung Großbritannien orientiert: Allein im Jahr 2015 kamen über 2 Millionen britische Touristen nach Griechenland. Sie trugen damit rund 2 Milliarden Euro zur Tourismuswirtschaft bei, die wiederum rund 20 Prozent des gesamten griechischen BIP ausmacht. Es steht zu befürchten, dass sich ein Rückgang in den Touristenzahlen hier ähnlich bemerkbar machen wird wie bei den russischen Touristen in den letzten beiden Jahren – diesmal jedoch mit erheblicheren ökonomischen Einbußen. Die Exporte Griechenlands auf die Insel belaufen sich jährlich auf einen Gegenwert von rund 1 Milliarde Euro. Im schlechteren Szenario geht der IWF von wirtschaftlichen Auswirkungen bis zu 0,5 Prozent des BIP aus: das klingt nach wenig, würde aber reichen, um Griechenland seine mit den internationalen Kreditgebern vereinbarten Haushaltsziele verpassen zu lassen. In diesem Fall würde die zuletzt beschlossene Haushaltssperre für Griechenland greifen, mit entsprechenden politischen Implikationen. Die Athener Börse verzeichnete am Tag nach dem Referendum mit 13,7 Prozent einen Einbruch so tief wie kein anderes Land auf dem Kontinent. Auch die griechischen Banken sind immer noch in einer sehr prekären Lage – und ihre Aktien stürzten am Freitag nach der Abstimmung um 30 Prozent, sowie noch am nachfolgenden Montag um weitere 10,5 Prozent ab. Die wirtschaftspolitische Diskussion in Griechenland dreht sich, genau zum Jahrestag der Einführung der Kapitalverkehrskontrollen im Land, nun um den möglichen bevorstehenden Schaden durch den Brexit. Sowie darum, dass genau jene Kapitalverkehrskontrollen letztlich den Schaden durch den Brexit für Griechenland begrenzt haben – Ironie der griechischen Geschichte 2015.

Auch für die griechischen Arbeitskräfte und Studierenden in Großbritannien dürften sich die Verhältnisse negativ entwickeln: über 52.000 Griechen arbeiten in Großbritannien; Visa und Arbeitsgenehmigungen werden für sie ein neues Hindernis darstellen. Griechische Studierende machen die fünftgrößte Gruppe nicht-britischer Studenten an den Universitäten Großbritanniens aus – insgesamt beläuft sich ihre Zahl auf über 10.000. Ihnen drohen nun die größtenteils deutlich höheren Studiengebühren, die auf der Insel von nicht aus der EU stammenden Studierenden entrichtet werden müssen.

Bewertung: Der bevorstehende Brexit hat – auf der Basis sehr populistischer Argumente – zum ersten Mal Optionen zur Desintegration der Europäischen Union aufgezeigt. Griechenland ist mit seiner seit sieben Jahren wirtschafts-, innen- und parteipolitisch anhaltend fragilen Lage ein besonders exponiertes EU-Mitglied. Ein Grexit wurde in der Vergangenheit auch immer wieder mit dem Argument abgewendet, dass ein solches Ereignis ohne bisheriges Beispiel wäre. Diese Gewissheit hat Großbritannien durch sein Votum nun aufgehoben.

**Indien** (Dr. Lars Peter Schmidt)

Medien: Indien ist historisch und wirtschaftlich eng mit Großbritannien verbunden und stellt insbesondere wegen der gemeinsamen Sprache den Zugang Indiens zum europäischen Binnenmarkt dar. Entsprechend wurde das Ergebnis des Referendums in erster Linie mit Blick auf die Folgen für Indien diskutiert. Alle großen indischen Zeitungen befassten sich am Samstag in ihren Leitartikeln mit dem Brexit und dessen möglichen Folgen. Oftmals berichteten sie auch in ihrem Wirtschaftsteil über die Auswirkungen der Entscheidung. Auch im Fernsehen war und ist der Brexit zentrales Thema. Obwohl das Thema am Sonntag und Montag nicht mehr auf den Titelseiten thematisiert wurde, waren weiterhin ausführliche Analysen – insbesondere hinsichtlich des schottischen Umgangs mit dem Referendum – in allen wichtigen Tageszeitungen zu finden.

Die Verwerfungen auf den internationalen Märkten, insbesondere den Wertverfall des Pfunds waren Thema in allen Medien. In den Wirtschaftsteilen wurde über die Entwicklungen an der Mumbaier Börse berichtet, wo der Sensex zunächst um 605 Punkte gefallen war, sich in der Folge jedoch fing und stabilisierte. Die Wirtschaftszeitung *The Economic Times* widmete dem Wahlverhalten indischstämmiger Briten einen eigenen Artikel auf der Titelseite. Konservative indischstämmige Politiker hätten für den Verbleib geworben und Wahlkreise mit großer indischstämmiger Wahlbevölkerung mehrheitlich für einen Verbleib in der EU gestimmt.

Politik: Wichtiges und viel diskutiertes Thema war die erste Reaktion von Finanzminister Arun Jaitley. Dieser betonte, dass durch hohe Währungsreserven und Wachstumsraten sowie eine begrenzte Inflation, ein niedriges Bilanzdefizit und Fiskaldisziplin die Auswirkungen des Brexits auf Indien „nicht signifikant“ seien. Finanzministerium und Notenbank setzten in ihren Stellungnahmen auf eine Beruhigung der indischen Wirtschaft. Das Finanzministerium hatte am Freitag eine Pressemitteilung herausgegeben, in der betont wurde, dass Indiens bestens auf turbulente Zeiten eingestellt sei. Die Regierung wolle die Mehrwertsteuerreform voranbringen, um die Wirtschaft weiter zu stärken. Premierminister Narendra Modi verwies auf die enge Verbundenheit Indiens und Großbritanniens, betonte aber ebenso wie Jaitley, dass Indien gerüstet sei. Zentralbankpräsident Raghuram Rajan betonte, dass kein Grund zur Beunruhigung bestünde und dem Land genügend Währungsreserven zur Verfügung stünden, um bevorstehenden Volatilitäten begegnen zu können. Der ehemalige Handelsminister Khullar drückte aber seine Befürchtung aus, dass sich die sowieso stockenden Verhandlungen über ein indisch-europäisches Freihandelsabkommen nun weiter erschweren würden und eventuell eines Neustarts bedürften.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Der Vorsitzende des Verbands der indischen Wirtschaft (CII) brachte die Befürchtung zum Ausdruck, indische Unternehmen müssten ihr Europageschäft neu justieren. Die britisch-indischen Beziehungen seien jedoch unabhängig von dem Votum besonders. Eine Studie von CII habe gezeigt, dass indische Unternehmen Großbritannien als Zugang zum europäischen Binnenmarkt nutzten und dass Indien mehr in das Vereinigte Königreich investiere als in alle anderen EU-Länder zusammen. Der Handels- und Industrieverband FICCI betonte die Wichtigkeit von Stabilität für die Wirtschaft. Man hoffe, dass

sich die Weltmärkte bald beruhigen würden. Sunil Kanoria, Präsident der Associated Chambers of Commerce of India riet indischen Unternehmen sowohl für die Europäische Union als auch für Großbritannien Strategien zu entwickeln, wenn sie in beiden Märkten aktiv sein wollten. Dies ginge aber notwendigerweise mit Kosten einher.

17 % der indischen IT-Exporte gehen nach Großbritannien. Großbritannien ist nicht zuletzt wegen der gemeinsamen Sprache Zugang nach Europa. Wird britischen Unternehmen der Zutritt zum europäischen Markt versagt, könnten diese u.a. bei Softwareeinkäufen sparen, was Auswirkungen auf die indische Computerindustrie hätte. Teilweise befürchten indische Unternehmer, dass weitere Mitgliedsstaaten die Europäische Union verlassen könnten und rechnen für diesen Fall für Schwierigkeiten. Die indische Tata-Gruppe, zu der 19 Unternehmen (darunter auch Land Rover und Jaguar) gehören, gab bekannt, dass man für seine britischen Töchter nun die Strategie überprüfen möchte. Das Unternehmen setze zudem den geplanten Verkauf seiner Tochter Tata Steel in Großbritannien zunächst aus. Insgesamt zeigen die Reaktionen aus der Wirtschaft Sorge, jedoch auch, dass eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der EU und Großbritannien gewünscht wird. Neben Großbritannien bestehen gute Beziehungen zu einzelnen Mitgliedsstaaten wie Deutschland. Das indisch-europäische Freihandelsabkommen, das bereits seit längerem nicht vorankommt, wird allerdings noch schwerer voranzubringen sein.

Bewertung: Nach Ansicht vieler indischer Denkfabriken und Analysten ist es derzeit noch zu früh für eine abschließende Bewertung des Brexit, sowohl hinsichtlich der Auswirkungen auf Großbritannien und die EU, wie auf Indien und die Welt. Da noch nicht klar sei, unter welchen Bedingungen Großbritannien die Europäische Union verlasse, sei es insgesamt noch zu früh, über die indische Perspektive zu diskutieren. Politisch werde sich zwischen der EU und Indien kaum etwas verändern.

### **Indonesien / Malaysia (Jan Senkyr)**

Medien: Die ersten Reaktionen auf das Ergebnis des Referendums in Großbritannien über den Austritt aus der Europäischen Union waren sowohl in Indonesien als auch in Malaysia zurückhaltend. Führende Politiker bemühten sich um die Vermittlung von Ruhe und Zuversicht, in dem sie die Auswirkungen des Brexit für ihre Länder als nur kurzfristig und überschaubar bezeichneten. Wirtschaftsexperten verweisen vor allem auf die möglichen längerfristigen Folgen, die zu einem geringeren globalen Wachstum und einem Anstieg der Rohstoffpreise führen könnten. Angesichts der geringen wirtschaftlichen Verflechtungen und dem niedrigen Handelsvolumen mit Großbritannien ist das Interesse in Indonesien und Malaysia an den letzten Entwicklungen in Europa aber eher gering.

Politik: In *Malaysia* bezeichnete Premierminister Datuk Seri Najib Tun Razak die Entscheidung der britischen Wähler als „historischen und beispiellosen Schritt“. Najib sagte, dass eine Phase der Volatilität an den Finanzmärkten zu erwarten sei und dass die Folgen des Ergebnisses des Referendums erst während der Verhandlungen über den EU-Austritt Großbritanniens richtig erkennbar sein werden. Dennoch erwarte er keine große Auswirkung auf die malaysische Wirtschaft. „Mit unseren starken Fundamenten, einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur und ausreichender Liquidität an unseren Finanzmärkten ist Malaysia gut

aufgestellt, um jegliche Turbulenzen zu bewältigen“. Der Premierminister wies darauf hin, dass Großbritannien nicht unter den 10 wichtigsten Handelspartnern Malaysias sei und der bilaterale Handel nur 1 Prozent des Gesamtvolumens ausmache. Er sagte ebenfalls, dass Malaysia und das Vereinigte Königreich enge Verbündete seien und bekräftigte das Interesse an guten Beziehungen zwischen beiden Ländern auch in der Zukunft.

Für *Indonesien* kam das Votum der britischen Wähler für den EU-Austritt überraschend. Finanzminister Bambang Brodjonegoro räumte ein, dass die indonesische Regierung mit einem Verbleib Großbritanniens in der EU gerechnet habe. Die Regierung erwartet Auswirkungen auf den Finanzmärkten, insbesondere auf die Wechselkurse, die Aktienmärkte und Staatsanleihen. Diese Symptome seien aber nur vorübergehend. Der Koordinierende Minister für Wirtschaft, Darmin Nasution, sagte, dass sich die Lage auf den Finanzmärkten in zwei bis drei Tagen wieder beruhigen könnte. Die Auswirkungen auf Indonesiens Exporte und Importe werden seiner Einschätzung nach gering sein. Großbritannien gehöre nicht zu den 13 wichtigsten Handelspartnern, der bilaterale Handel mache nur 1 Prozent des Gesamtvolumens aus. Zudem würde ein Großteil des Handels mit dem Vereinigten Königreich direkt und ohne Mitwirkung der EU abgewickelt. Die indonesische Außenministerin Retno LP Marsudi erwartet keine großen Veränderungen in den bilateralen politischen Beziehungen nach einem EU-Austritt Großbritanniens: „Indonesien ist der Meinung, dass das Ergebnis des britischen Referendums keine negative Auswirkung auf die bilateralen Beziehungen mit Großbritannien haben wird, da es im Interesse beider Länder liegt, die Zusammenarbeit in vielen strategischen Bereichen fortzusetzen.“ Die seit 2012 bestehende strategische Partnerschaft zwischen Indonesien und Großbritannien bleibe unverändert.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Wirtschaftsexperten erwarten keine großen Erschütterungen für die *malaysische* Wirtschaft infolge des Brexits. Kurzfristig sei mit einer Abwertung des malaysischen Ringgit gegenüber dem US-Dollar und dem Yen und mit einem Rückgang von Investitionen in den „Emerging Markets“ zu rechnen. Dies könne aber durch bessere Wettbewerbsfähigkeit und höhere Exporte malaysischer Produkte kompensiert werden. Entscheidend für Malaysias Wirtschaft sei die Entwicklung der Rohstoffpreise, wobei ein Anstieg insbesondere der Preise für Rohöl einen positiven Effekt haben würde.

Am Freitag nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Abstimmung stürzte zunächst der *indonesische* Aktienindex JCI um 2,28 Prozent ab, erholte sich dann aber wider und schloss mit einem Minus von 0,82 Prozent. Die indonesische Rupiah fiel gegenüber dem US-Dollar um 1,08 Prozent. Indonesien verhandelt derzeit mit der Europäischen Union ein Freihandelsabkommen (Comprehensive Economic Partnership Agreement, CEPA), das in ein bis zwei Jahren abgeschlossen werden soll. Dieser Termin könnte sich jetzt durch die Austrittsverhandlungen der EU mit Großbritannien verzögern. Die Auswirkung auf die verschiedenen Abkommen zwischen Indonesien und der EU und Großbritannien, einschließlich des Status Großbritanniens im Rahmen von CEPA und FLEGT (Forest Law Enforcement, Governance and Trade), werden erst nach dem Abschluss der Austrittsverhandlungen mit der EU abzusehen sei.

Bewertung: Die direkten Auswirkungen des Brexit werden sowohl in Malaysia als auch in Indonesien als gering und verkraftbar eingeschätzt.

Experten weisen auf die längerfristigen indirekten Folgen für die globale Wirtschaft hin, deren genaues Ausmaß noch nicht vorausgesagt werden kann. Die Politik vermittelt Ruhe und Zuversicht. Malaysia ist Mitglied des Commonwealth of Nations und somit enger mit Großbritannien verknüpft als Indonesien. Die politischen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind nicht zuletzt aufgrund der kolonialen Vergangenheit nach wie vor stark. Viele malaysische Unternehmen und auch Personen haben in Großbritannien, vor allem in London, in Immobilien investiert und machen sich nun Sorgen über die weitere Entwicklung. Indonesien als größter Flächenstaat, größte Wirtschaft und Land mit größter Bevölkerung in Südostasien wird vom Brexit nur marginal betroffen sein. Die Auswirkungen auf die Beziehungen Indonesiens und Malaysias mit der Europäischen Union lassen sich derzeit noch nicht genau abschätzen. Vieles wird vom Ausgang der Austrittsverhandlungen mit Großbritannien und der weiteren Entwicklung innerhalb der Europäischen Union abhängen. Auch wird der zunehmende Einfluss nationaler und rechtsextremer Parteien in Europa mit Sorge verfolgt. Sollte die EU den Brexit ohne größere Erschütterungen überstehen und sich danach politisch und wirtschaftlich konsolidieren, wird ihr Einfluss in der ASEAN-Region weiter zunehmen. Es ist plausibel anzunehmen, dass Deutschland dabei eine wichtige Rolle spielen wird.

### Italien (Caroline Kanter)

Medien: Die Kommunalwahlen in Italien beherrschten die Medien bis zum Vorabend des Referendums in Großbritannien. Natürlich war ein möglicher Ausstieg des Vereinigten Königreiches immer wieder Thema und wurde auch in hochrangig besetzten Konferenzen in der italienischen Hauptstadt diskutiert. Hauptlinie der vergangenen Wochen war jedoch das innenpolitische Gleichgewicht, das durch die Bürgermeisterwahlen zumindest für kurze Zeit aus den Fugen geriet und Premierminister Matteo Renzi nach der Niederlage bei der Stichwahl in den beiden wichtigsten Städten, Rom und Turin, unter Druck setzte.

Betrachtet man die Medienberichterstattung nach dem schicksalshaften Freitag, an dem das Ergebnis bekannt wurde, hat Brexit den italienischen Premier quasi gerettet: Dass Angela Merkel zu dem in Berlin einberufenen Krisentreffen neben Francois Hollande auch Matteo Renzi eingeladen hat, sehen die italienischen Medien als äußerst positiv: Man hofft, dass der Austritt Großbritanniens für eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse sorgen könnte und Italien, als Gründerstaat der Europäischen Union, wieder eine wichtigere Rolle einräumt. In den vergangenen Jahren hat Italien immer wieder über mangelnde Anerkennung innerhalb der Europäischen Union geklagt. Offensichtlich wurde die fehlende Rezeption italienischer Probleme unter anderem bei dem lange von den anderen Mitgliedsstaaten überhörten Hilferuf in der Flüchtlingskrise.

Politik: Zuversichtlich nach der historischen Entscheidung zeigte sich der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella. In einem Interview mit der italienischen Tageszeitung "La Stampa" sagte er, in dieser delikaten Phase des Übergangs sehe er Italien als ein Land, das "den Unterschied macht": "Wir können diejenigen sein, die Stabilität bringen und Verantwortung zeigen". Für Italien sei der Moment gekommen, als Protagonist in Europa aufzutreten. Man müsse nun klar machen, dass die Union mit überzeugter Entschiedenheit den Weg der Integration weiter verfolge.

In einer Pressekonferenz sagte der italienische Premierminister Matteo Renzi: „Europa ist unser Zuhause – das unserer Kinder und unserer Enkel“. Er sei überzeugt davon, dass dieses Haus renoviert und etwas aufgefrischt werden müsse. Aber, so Renzi, „es ist das Haus unserer Zukunft“. Man müsse stärker die Gemeinsamkeiten betonen und nicht die Differenzen. Von Seiten der italienischen Regierung wird in erster Linie ein schnelles Ausscheiden Großbritanniens gefordert. Neben Matteo Renzi meldete sich der italienische Innenminister, Angelino Alfano, Chef der Koalitionspartei NCD (Mitglied der EVP-Fraktion im EP), zu Wort: „Man kann nicht so tun als ob man aussteige und es dann nicht tun. Das wäre zu bequem“, sagte Alfano.

Das Echo italienischer Politiker erscheint äußerst unterschiedlich und sehr persönlich geprägt. Eine Parteilinie der einzelnen politischen Kräfte ist in den ersten Reaktionen nicht zu erkennen. Für den Gründer und Vorsitzenden von Forza Italia, Silvio Berlusconi, scheitert vor unseren Augen der „schönste Traum unserer Generation“. Dringend müsse Europa als politische Gemeinschaft, auf einem gemeinsamen Wertefundament basierend, rekonstruiert werden. Berlusconi kündigte an, er werde der Europäischen Volkspartei einen außerordentlichen Kongress vorschlagen, um ein Manifest zur Neugründung der Europäischen Union zu lancieren.

Andere Töne schlägt der Fraktionsvorsitzende von Forza Italia in der italienischen Abgeordnetenversammlung, Renato Brunetta, an. Er wiederholte seine bereits bekannten Aussagen gegen die deutsche Politik: „Deutschland könne nicht den eigenen wirtschaftlichen Wachstum auf dem Unglück der anderen aufbauen“, so Brunetta. Auch der Forza-Italia Senator und ehemalige Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Paolo Romani, sagte in einem Statement am 27. Juni im Senat: „Deutschland selbst ist ein Problem für die anderen europäischen Partner“. Romani forderte von Renzi, dass er „das Deutschland Angela Merkels zur Vernunft bringe bevor man – mit Recht – von einem ‚vierten Reich‘ spreche“.

Der ehemalige Ministerpräsident, Romano Prodi (PD), sieht ebenfalls die Verantwortung für Brexit in erster Linie bei den Deutschen: „Die europäische Politik der deutschen Austerität ruiniert die Europäische Union“, so Prodi in einem Interview. Auch die Partei-Chefin der rechten Partei „Fratelli d'Italia“, Giorgia Meloni, bemerkte mit Blick auf das Krisentreffen zwischen Merkel, Hollande und Renzi: „Anstatt eine ernsthafte nationale Reflexion über unsere Zukunft und die der Europäischen Union anzustoßen, fliegen die Kasperle der Lobby nach Berlin, um Befehle von ihren Puppenspielern zu erhalten“, so Meloni. Die schärfste Kritik jedoch aus den Reihen ihrer Rechts-Partei richtet sich gegen den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker. Ihn bezeichnete die rechte Hand von Giorgia Meloni, Fabio Rampelli, als „Angeklagter der aktuellen europäischen Katastrophe“. Juncker sei „eine Marionette in den Händen Deutschlands“, so Rampelli.

Die Fünf-Sterne-Bewegung (Movimento Cinque Stelle M5S) hat sich am Tag des Referendums in einem Blogbeitrag auf der Internetseite der Bewegung sichtlich europafreundlicher als früher gegeben: „Die Fünf-Sterne-Bewegung ist in Europa und hat kein Interesse daran auszusteigen“, steht seither geschrieben. Außerdem, so die Anti-Partei weiter: „Wir sind gegen Brexit weil wir davon überzeugt sind, dass die Europäische Union eine Ressource sein könnte. Ein anderer Diskurs ist der Euro“. Seither beschäftigt sich die Presse mit dem Gesinnungswandel der Bewegung. Die Positionierung zu Europa gehört offensichtlich zu den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT**

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

sensibelsten Themenbereichen, die im Transformationskurs der Bewegung diskutiert werden: Der Vize-Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer, Luigi Di Maio, möglicher Spitzenkandidat der Fünf-Sterne-Bewegung bei den nächsten Wahlen, reiste jüngst durch Europa, um die Bewegung und ihre Ziele zu erklären. Beppe Grillo bemüht sich derweil, glaubhaft zu machen, dass die "Anti-Euro-Hetze" seine "persönliche Meinung" und nicht Linie der Bewegung gewesen sei. M5S hat offensichtlich Probleme, eine klare Position zu finden und einen offenen Europa-Diskurs innerhalb der Bewegung zu führen.

Die Einstellung der Lega-Nord erscheint diesbezüglich eindeutiger: "Es lebe der Mut der freien Bürger Großbritanniens. Herz, Hirn und Stolz haben Lügen, Drohungen und Erpressungen besiegt", sagte Matteo Salvini. In einer Pressekonferenz fügte der Lega-Chef hinzu: Wichtig sei, dass Italien nicht als Letzter das sinkende Schiff verlasse.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Mit Blick auf die einstürzende Börse, versuchte Premierminister Matteo Renzi die italienische Bevölkerung zu beruhigen: „Italien ist wieder solide“. Vor seiner Reise nach Berlin zum Gipfeltreffen mit Angela Merkel und Francois Hollande, hatte er eine Besprechung einberufen. Ziel war es, die Folgen des Brexit für die italienische Wirtschaft auszuloten. Der Austritt des Vereinigten Königreiches habe nur bedingt Auswirkungen auf die Realwirtschaft Italiens, heißt es in einem nach der Sitzung veröffentlichten Schreiben. Die Solidität der Basis italienischer Unternehmen werde sich schon bald gegen die Instabilität der Finanzmärkte durchsetzen. Auch die Basis der italienischen Bankensystems bleibe weiterhin solide, so die Experten. Die Bankenkrise in Italien ist seit Monaten Thema. Man spricht von ca. 360 Milliarden Euro Problemkrediten, weil viele Unternehmen aufgrund der langen Rezession ihre Raten nicht mehr bezahlen können.

2015 war Italien mit Blick auf die bilateralen Handelsbeziehungen auf Platz sieben der Exporteure ins Vereinigte Königreich. Für Großbritannien ist Italien der zehnte Absatzmarkt für britische Exporte. Der bilaterale Warenhandel zwischen Italien und Großbritannien belief sich 2015 auf 33,1 Milliarden Euro. Dies bedeutete eine Erhöhung um 5,9 Prozent im Gegensatz zum Vorjahr. Wenn Großbritannien für den Verbleib in der Europäischen Union gestimmt hätte, wären die italienischen Exporte nach Angaben von SACE (Öffentliche Gesellschaft zur Sicherstellung des Exports) um 5,5 Prozent in der Handelsperiode 2017-2019 gestiegen. Die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone scheint sich gerade von der längsten Rezession der Nachkriegsgeschichte zu erholen. Doch Herausforderungen bleiben bestehen: Italien zeigt das niedrigste Wachstum in der Europäischen Union und hat nach Griechenland den höchsten Schuldenberg abzubauen. Auch auf dem Arbeitsmarkt zeigten sich schwache aber positive Entwicklungen. Der Industriesektor zeige hingegen ein unverändertes Nullwachstum.

Ministerpräsident Renzi zeigt sich dennoch optimistisch: Der Brexit-Schock könnte sich paradoxerweise als positiver Faktor erweisen, so Renzi. Voraussetzung sei das Einverständnis der europäischen Partner, die Wette auf sich zu nehmen und ein fähiges Europa aufzubauen, das eine Seele habe und nicht nur auf den Geldbeutel schaue, so der italienische Premier. Brexit kann für Rom also zur Chance werden: Italien sei endlich in der Kommandozone der Europäischen Union angekommen. Dank des Brexit-Schocks könne es auf eine Wende in der europäischen Wirtschaftspolitik hoffen und damit auf mehr Flexibilität, so Angela Mauro von Huffingtonpost Italia. Außerdem denke man bereits

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

www.kas.de

darüber nach, wie man multinationale Firmen, die sich aus der englischen Hauptstadt verabschieden wollen, nach Italien locken könnte: Eine "No-Tax-Area" in Mailand auf dem ehemaligen Expo-Gelände und in Bagnoli in der Nähe Neapels, wo einst die größte Industrieanlage Süditaliens stand, die nun seit vielen Jahren vergammelt, könnten diesbezüglich attraktive Lösungen sein. Davide Serra, Geschäftsführer von einem Londoner Hedgefond, lanciert in einem Interview die Idee, die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) von London nach Mailand zu holen. Dies hätte eine große Symbolwirkung und bedeute eine Riesenchance für Mailand, so Serra: Europa müsse einen Schritt nach vorne wagen und "Italien Gas geben", so Serra.

Nach Einschätzung der italienischen Gewerkschaft Cgil ist das Referendum Ausdruck für das absolute Versagen der sozialen und Finanzpolitiken in der Europäischen Union: "Die Lebens- und Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert, es herrschen Ungleichheit und Armut. Wenn die Marschrichtung nicht geändert wird, muss sie scheitern". Der christliche Gewerkschaftsbund CISL wünscht sich "die Vereinigten Staaten Europas". Sie erinnert in erster Linie an den Geist der Gründerväter, den es wieder zu entdecken gelte. Außerdem fordert CISL ein europäisches Wirtschaftsministerium.

Auch der diesjährige Karlspreisträger, Papst Franziskus, hat sich zu dem Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union geäußert: „In Europa herrscht längst Krieg“, so Franziskus. „Es herrscht eine Atmosphäre der Spaltung, und zwar nicht nur in Europa. All das muss uns zum Nachdenken bringen; wir müssen kreativ sein und auch eine gewisse gesunde „Des-Union“ zulassen, also den Ländern der Union mehr Unabhängigkeit und Freiheit geben. Und eine andere Form der Union.“

Bewertung: Auf die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Italien hat Brexit keinen direkten Einfluss. Die Partner der Stiftung sind alle pro-europäisch eingestellt. Die historische Komponente im Sinne von Vergleichen oder Rückgriffen auf die Europa-Vision der Gründerväter ist in der täglichen Arbeit mit den Partnern sehr präsent. Der Rolle Italiens bei der Gründung der Europäischen Union gebührt Anerkennung. Die besondere Beziehung zwischen Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi gilt dabei als Ausdruck der politischen Freundschaft zwischen beiden Ländern und der guten deutsch-italienischen Zusammenarbeit. Dies zeigt sich insbesondere bei den Themenvorschlägen, die von italienischer Seite an die Stiftung herangetragen werden. Im kommenden Jahr bietet das 60. Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge einen guten Anlass, über die Neubelebung und die Gestaltung der Europäischen Union mit hochrangigen Gesprächspartnern zu diskutieren. In diesem Zusammenhang können deutsch-italienische Entscheidungsträger gemeinsam wichtige Zeichen setzen.

**Kenia** (Dr. Angelika Klein)

Medien: Das Ereignis des "Brexit" hat in allen nationalen kenianischen Medien Reaktionen ausgelöst. So war die Berichterstattung breit, wenngleich nicht in dem Maße (und in der Vielzahl sowie Differenziertheit), wie in den europäischen Medien - verständlicherweise - der Fall). In der Regel spiegelte die Berichterstattung das Ereignis an sich wider (Hergang, Zahlen, Reaktionen) und bediente sich dabei überwiegend Informationen von Nachrichtenagenturen (Reuters, AFP u.a.). Analysen und/oder Expertenmeinungen waren rar und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

unterschieden sich wenig von gängigen und aus der internationalen Presse bereits bekannten Argumenten. Insgesamt lässt die Berichterstattung eine eigenständige kenianische Note bzw. politische Haltung weitgehend vermissen. In den sozialen Netzwerken wird das Ereignis zwar diskutiert, dies allerdings eher am Rande und nicht über Gemeinplätze hinaus. Reflektierte, fundierte Meinungsäußerungen sind auch hier selten, meist wird auf Berichte in den konventionellen Medien verwiesen bzw. mit diesen verlinkt.

Der Tenor wird von dem Versuch bestimmt, möglichst "neutral" und indirekt (Sicht der anderen) auf die Sachlage einzugehen, ohne Stellung zu beziehen. Insgesamt überwiegt in den größeren Tageszeitungen die Überraschung über den Ausgang des Referendums, die Befürchtung negativer Folgen für Großbritannien (insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht) und Unsicherheit über die potentiellen Auswirkungen (auch) bzgl. der direkten möglichen Folgen für die Zukunft Kenias und Ostafrikas. Dennoch zeigt sich ein Bild der Gelassenheit: Der Tonfall ist zwar gelegentlich bedauernd, doch immer gemäßigt und überwiegend bemüht, sich Wertungen und Prognosen zu enthalten. Eine Emotionalisierung (oder gar Hysterisierung) der Debatte ist nicht zu spüren. Der Hauptfokus der Betrachtungen richtet sich auf die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, mit einer überwiegend skeptischen Note, was die Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung der Weltwirtschaft anbelangt. Für Kenia werden - nach einer stufenweisen Neuorientierung mit Großbritannien und Nordirland im Bereich der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen - keine unkontrollierbaren Folgen befürchtet. Die politischen Beziehungen zu Großbritannien auf der einen bzw. der EU (nun) auf der anderen Seite, werden als gleichbleibend stabil und nicht gefährdet betrachtet. Ein Diskurs zu Europa als politischer Idee und Wertegemeinschaft, oder auch strukturelle/institutionelle Betrachtungen der Europäischen Union (Beschaffenheit, Reformpotential o.ä.) finden kaum statt. Ebenso wenig werden etwaige Überlegungen für den künftigen Zuschnitt der Afrikanischen Union angestellt oder Zukunftsszenarien diesbezüglich reflektiert. Als Hauptmotivation für den Ausgang des Referendums wird eine Überforderung durch die Flüchtlingsproblematik und der Wunsch nach mehr nationaler Selbstbestimmung angenommen, doch ohne dass dies näher spezifiziert oder mit der Rolle der Bundesregierung in Verbindung gebracht werden würde. Trotz o.g. gelegentlichem Bedauern über diese Entwicklung wird auch Verständnis für die Entscheidung und vor allem für den demokratischen Prozess, der hierzu geführt habe, sehr deutlich.

Politik: Stellungnahmen kamen von Präsident Uhuru Kenyatta, dem Gouverneur der Kenianischen Zentralbank sowie aus dem Finanzministerium. Der Präsident ließ sein Statement erst zwei Tage nach Bekanntgabe des Ausgangs des Referendums durch seinen Sprecher verlauten – und zwar im Rahmen einer (ohnein geplanten, wohl aber mit Bedacht auf dieses Datum angesetzten) Pressekonferenz zu Kenias internationalen Beziehungen im Allgemeinen. Dabei betonte er die anhaltend starke Bindung zu Großbritannien vor dem Hintergrund historischer Beziehungen und versicherte das Fortbestehen stabiler Handelsbeziehungen Kenias und der Afrikanischen Union mit Großbritannien wie mit der EU. Durch den Brexit würden zwar neue, bilaterale Verhandlungen bzgl. der Handelsbeziehungen mit Großbritannien notwendig, doch hätte dies keine oder nur begrenzte Auswirkungen auf Kenia. Insgesamt ließ Präsident Uhuru Kenyatta seine Unterstützung für die Entscheidung Großbritanniens kundtun und positive Signale in die Zukunft senden.

Oppositionsführer Raila Odinga bedauerte in einer Pressekonferenz den Wahlausgang und brachte das Ergebnis mit "Nationalismus" in Verbindung, der weltweit "auf dem Vormarsch" sei. Auch zog er die Notwendigkeit des Referendums in Zweifel, bezeugte jedoch Respekt vor der Entscheidung. Darüber hinaus gab es kaum nennenswerte Äußerungen. Die Reaktionen der Parteien ähneln sich sehr: Es wird geschätzt, dass der Brexit indirekt zwar Auswirkungen auf Kenias Wirtschaft und Finanzmarkt haben wird, diese im Moment jedoch nicht absehbar seien bzw. aufgefangen und bewältigt werden können. Die Beziehungen zwischen Kenia und dem Vereinigten Königreich oder auch der EU werden von keiner Seite in Frage gestellt oder im Kern als verändert betrachtet.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Aus Wirtschafts- und Finanzkreisen kamen die meisten Reaktionen: Als EAC-Mitglied sind die kenianischen Handelsbeziehungen mit Großbritannien durch die Rahmenbedingungen des Economic Partnership Agreements (EPAS) geregelt und müssen nun bilateral neu ausgehandelt werden. Dies schürt Unsicherheit und benötigt Zeit. Da Großbritannien (nach den Niederlanden) der zweitgrößte Importeur kenianischer Produkte ist (insbesondere im Blumengeschäft, einer der führenden Exportmärkte Kenias), wird ein Rückgang der Verkaufszahlen befürchtet. Neben Handelseinbußen bereitet auch der mögliche Verlust von Begünstigungen und Privilegien (wie etwa die Zollfreiheit im Floralhandel), die im Rahmen des EPAS auch für den Absatzmarkt in Großbritannien gegolten haben, einige Sorge.

Des Weiteren wird auch der Finanzfluss von Großbritannien nach Kenia beeinträchtigt werden - wie sehr, muss sich in den nächsten Monaten noch zeigen. Die Nervosität an der Börse übertrug sich erwartungsgemäß auch auf den kenianischen Markt, was zunächst für Verunsicherung sorgte. Der Gouverneur der Zentralbank jedoch entwarnte und betonte, dass Kenia für alle Szenarien gewappnet sei und genügend Währungsreserven und Fonds hätte, um jegliche Auswirkungen zu überstehen, außerdem einen zweijährigen Beistandskredit des IWF (1,5 Milliarden USD) im Falle eines wirtschaftlichen Schocks. Die Auswirkungen, so Gouverneur Dr. Patrick Njoroge, seien vor allem indirekter Natur, insgesamt sei jedoch eine „komfortable“ Position Kenias zu vermerken, da die kenianische Wirtschaft eng an die Weltwirtschaft und der Kenianische Schilling an den Dollar gebunden sei.

Spürbare Folgen dürften sich dennoch zeigen: viele kenianische Unternehmen sind in britischer Hand, wie zum Beispiel die größten Teeexporteure Williamson und Kapchorua Tea. Großbritannien ist Dreh- und Angelpunkt für den Teemarkt, die Einfuhr von Zöllen und Zuschlägen steht nun zu befürchten. Zudem besitzt Großbritannien zahlreiche Anteile wichtiger kenianischer Unternehmen wie u.a. Safaricom, Standard Chartered Bank, Barclays Bank und East Africa Breweries bzw. britische Unternehmen operieren von Kenia aus (British Airways, Tullow Oil, Unilever etc.). Vom Britischen Pfund abhängige Unternehmen sehen dessen Verfall mit Sorge. In der kenianischen Presse rufen jedoch afrikanische Ökonomen zu Besonnenheit auf und warnen vor "diffuser Angst" vor einer weiteren Entwertung des Pfunds, die womöglich zu einer Kapitalflucht aus Kenia (in Länder mit einer stabileren Währung) führen könnte. Als Reaktion auf diese mögliche Entwicklung nahm die Zentralbank auch hierzu Stellung und kündigte an, alles Notwendige zu unternehmen, um negative Auswirkungen des Brexits auf den Kenianischen Schilling zu vermeiden. Fazit: Auch im Wirtschaftsbereich

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

sind zwar vereinzelte Befürchtungen, vielmehr aber eine grundsätzliche Gelassen- und Besonnenheit zu verzeichnen. Übertriebene Ängste oder gar Panikreaktionen kommen nicht vor.

Als (vielleicht einzige) emotionale Note in einem recht pragmatischen Umgang mit dem Ereignis wäre lediglich die Reaktion von Jugendlichen in den sozialen Netzwerken auf das Wahlverhalten der Generationen in Großbritannien herauszuheben: Die Tatsache, dass es die Stimmen der Älteren waren, die mehrheitlich über den Ausgang des Votums (und damit die Zukunft "der anderen", Jüngeren) entschieden haben, ist von jungen Kenianern durchaus bemerkt und kritisch kommentiert worden (und die unter ihnen vorherrschende Auffassung bestärkt, dass die Stimme der Jugend nicht "gehört" werde oder einen Einfluss habe – selbst dort nicht, wo gewählt werden darf). Vereinzelt wurden auch Sorgen um die Zukunft von Entwicklungsgeldern und -projekten zum Ausdruck gebracht, die jedoch als irrelevant (und nicht im Zusammenhang mit dem Brexit stehend) untergingen.

Bewertung: Die Wahrnehmung Europas in Kenia wird durch den Brexit wohl kaum beeinträchtigt oder beeinflusst werden: im öffentlichen Diskurs gilt das Augenmerk überwiegend den Nationalstaaten. Die Europäische Union wird - außer in wirtschaftlichen Fragen - relativ leidenschaftslos gesehen. "Europa" als politische Idee, als Wertegemeinschaft, beschäftigt die kenianische Öffentlichkeit und Politik nur marginal. Die diesbezügliche Entwicklung wird aus großer Distanz heraus betrachtet, etwaige Parallelen zu einer künftigen (über Wirtschaftsfragen hinausgehenden) Afrikanischen Union werden kaum angestellt.

Analytische, kritische Stimmen sind daher in der Minderheit. Einige konstatieren zwar eine (weltweite) "Zunahme an Nationalismus", dies jedoch auch ungeachtet des Brexit. Dass die Beziehungen zu Großbritannien oder zur EU gefährdet sein könnten oder würden, steht nicht zu befürchten - zumindest nicht durch das Ereignis des Brexit. Wenn, so ist die kenianische Öffentlichkeit eher mit wirtschaftlichen oder pragmatischen, Kenianer direkt betreffenden Fragen (etwa zu Einwanderungs- und Visafragen, Reisemodalitäten usw.) beschäftigt. Dass die Auswahl von Ansprechpartnern durch den Brexit beeinflusst werden könnte, steht nicht zu befürchten: Der Brexit gilt als "europäisches Phänomen", das höchstens Wirtschaftsbeziehungen beeinträchtigt, ansonsten aber geringe bis gar keine Auswirkungen auf die Wahrnehmung Europas, Deutschlands oder auch der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung haben wird.

### **Mexiko / Kuba (Prof. Dr. Stefan Jost)**

Medien: In Mexiko wurde die Nachricht über den Ausgang des britischen Referendums ungewöhnlich interessiert verfolgt. Es erschienen zahlreiche Artikel in namhaften Zeitungen, was bei anderen Ereignissen in der EU nur selten zu beobachten ist. Neben kurzen Meldungen zum Ausgang des Referendums, wurden zahlreiche Berichte zu möglichen Konsequenzen eines Austritts Großbritanniens aus der EU veröffentlicht. Drei Dinge stehen dabei im Fokus: die negativen Auswirkungen für Großbritannien, für die EU und für die Weltwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung Mexikos, das seit dem Referendum einen immensen Kurverlust der Landeswährung hinnehmen musste.

Auf die Frage wie die nächsten Schritte Großbritanniens und der EU aussehen könnten, ist die Bandbreite des Berichteten mit der Debatte in Deutschland und in der EU zu vergleichen. Mögliche Trennungsszenarien werden genauso dargestellt und analysiert wie Möglichkeiten das Referendum zu wiederholen oder zu entkräften. Kommentiert wurden insbesondere Trumps Äußerungen zum Brexit. Dass sich Trump der europäischen Populisten und ihrer anti-europäischen, nationalistischen Parolen bedient, um Rückenwind für seine eigene Präsidentschaftskampagne zu erhalten, wird besonders kritisch gesehen. Die Journalisten stellen mit Erstaunen fest, dass sich Großbritannien, entgegen vieler Erwartungen für den Populismus entschieden hat, ein Szenario, dass auch im US-Wahlkampf denkbar ist. Da Trump bereits ankündigte als Präsident die Freihandelszone NAFTA die seit 1994 zwischen Kanada, USA und Mexiko geschlossen wurde einer kritischen Revision zu unterwerfen, kommen auch Ängste bezüglich einer instabilen Wirtschaftslage auf. Entsprechend geschlossen stellten sich die drei aktuellen Präsidenten der betroffenen Länder – Peña Nieto, Obama und Trudeau – unlängst bei einem Treffen der sogenannten „Three Amigos“ hinter ihre bestehenden Wirtschaftsbeziehungen.

Die mexikanischen Zeitungen halten sich bei der Benennung konkreter Anlässe für den Ausgang des Referendums sehr zurück. Angedeutet wird eine als zu stark empfundene Bevormundung und Bürokratisierung durch die EU sowie eine als falsch empfundene Flüchtlingspolitik Europas. Sicherlich werden aber besonders die unrealistischen und rückwärtsgewandten Versprechungen der populistischen UKIP als Katalysator der Leave-Bewegung angesehen. Entsprechend kritisch werden die nun vom Brexit profitierenden rechtspopulistischen Parteien Frankreichs, Englands, der Niederlanden, Österreichs und Italiens betrachtet. Eine positive Berichterstattung über das Ergebnis des Referendums konnte nicht aufgefunden werden.

Der Tenor der Berichterstattung ist neutral bis vorsichtig alarmiert. Dies hat vor allem zwei Gründe. Auf der einen Seite wirkt sich der Brexit unmittelbar auf die mexikanische Wirtschaftsentwicklung aus, da diese bekanntlich stark von der US-amerikanischen Wirtschaft abhängt. Nach Bekanntgabe des britischen Votums verlor der mexikanische Peso abrupt an Wert, insbesondere gegen den als stabil empfundenen US-Dollar. Auf der anderen Seite wird das Risiko, das von einer populistischen Politik ausgeht, stärker in den Fokus gerückt. Die Tatsache dass in Europa populistische Parteien erreichen können, dass politische Entscheidungen, die unlängst als unmöglich eingestuft wurden, mit der Zustimmung der Bevölkerung getroffen werden können, lässt die „Gefahr“ einer erfolgreichen Wahl Trumps in den USA wesentlich konkreter und reeller erscheinen.

In Kuba war die offizielle Berichterstattung (Granma), sowohl im Vorfeld des Referendums als auch danach ausführlich und sehr neutral. Vor dem 23. Juni wurden der Inhalt des Referendums und mögliche Hintergründe beleuchtet. Nach der Verkündung des Wahlausgangs wurde über die sich abzeichnenden Konsequenzen des Brexits für GB und die EU sowie über die Regrexit-Bewegung berichtet. Das offizielle Presseorgan der Kommunistischen Partei Kubas verfolgt mit Interesse die Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU. Auswirkungen für Kuba wurden nicht betrachtet, jedoch findet sich dieses Thema in den Kommentaren der Leser unter den Artikeln wieder. Es wird befürchtet, dass der Tourismusbereich auf Kuba unter den wirtschaftlichen Konsequenzen des Brexit leiden könnte. In den regierungskritischen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

www.kas.de

kubanischen Zeitungen wird ebenfalls recht neutral über die Vorgänge rund um das Referendum in Großbritannien berichtet. In Meinungsartikeln wird auch über die möglichen Ursachen der Entscheidung zugunsten eines EU-Austritts berichtet. Hauptargument ist die Tatsache, dass die EU ein künstliches, rationales Konstrukt sei, das aus einem Vernunftgedanken entstanden sei, aber keine emotionale Bindung aufbauen könnte, wie es der Nationalstaat vermag, der von den Populisten angepriesen wird.

Darüber hinaus wird jedoch positiv über die einigende Wirkung der EU reflektiert, die in Lateinamerika durch die existierenden regionalen Verbände (CELAC, ALBA, MERCOSUR, OEA) nie erreicht werden konnte. Die regierungskritische Presse nutzt den Brexit daher zur Selbstreflektion, auch in Bezug auf ein Referendum in Bezug auf die Fortsetzung des Einparteiensystems. Der Tenor der Berichterstattung ist sehr neutral. In den direkten Kommentaren der Leser wird das Votum mehrheitlich als ein großer Fehler mit schweren Folgen eingeschätzt. In der Minderzahl sind die positiven Reaktionen einiger Leser, die behaupten das Vereinigte Königreich habe seine Unabhängigkeit wiedererlangt.

Politik: Mexikos Staatspräsident Enrique Peña Nieto betonte am Tag nach dem Referendum, dass mit Blick auf die Volatilität der internationalen Märkte die makroökonomische Stabilität Mexikos zentral sei. Dies war von Bedeutung, da nach Bekanntgabe des Votums der Bürger Großbritanniens, der Druck auf den Peso so stark anstieg, dass der Kurs auf Talfahrt ging. Um die Märkte zu beruhigen, hatte Finanzminister Luis Videgaray kurzerhand erneute Haushaltskürzungen beschlossen. Auf kurzfristige Kursschwankungen werde die Regierung mit weiteren Maßnahmen reagieren, um die Stabilität zu wahren. Diese Maßnahme wurde von den Oppositionsparteien kritisiert. Sie behaupten die Regierung habe den Brexit genutzt, um längst fällige Kürzungen durchzusetzen. Die Fraktion der Partido Acción Nacional (PAN) beklagte ebenso, dass die Kürzungen die Bereiche der Gesundheit und der Bildung betreffen und verlangte genaue Erklärungen. Margarita Zavala, Ehefrau des ehemaligen Präsidenten Calderón und eine der beiden voraussichtlichen Präsidentschaftskandidaten der PAN, mahnte vor dem Populismus, der sich auch in Mexiko ausbreiten könnte.

In *Kuba* gab es keine Reaktionen oder direkten Stellungnahmen von offizieller Seite.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Mexikos Handelsbeziehungen mit Großbritannien machen nur etwa 0,7 % des mexikanischen Handels aus. Das gravierendere Problem der Wirtschaft ist jedoch der schwache Peso. Um die Währung zu stabilisieren wurde mit Haushaltskürzungen reagiert, die sich langfristig – so der Industrieverband Instituto para el Desarrollo Industrial y el Crecimiento Económico - weiter auf das eher schwache Wirtschaftswachstum auswirken werden. Darüber hinaus werden negative Auswirkungen auf die US-Amerikanische Wirtschaft vermutet, die sich auf die mexikanische Wirtschaftsentwicklung auswirken könnten. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang die Haushaltspolitik der Regierung der letzten vier Jahre, die zu einem Ansteigen der Staatsschulden geführt hat. Auf wirtschaftspolitische Konjunkturen müsse derzeit ständig mit Krisenmaßnahmen reagiert werden, was sich negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Der Präsident des Unternehmensverbands Consejo Coordinador Empresarial, Juan Pablo Castañón, bewertete die Unruhen auf dem globalen Markt als eine normale Reaktion, die sich schnell normalisieren werde. Pragmatisch forderte er, dass Mexiko als

eines der ersten Länder ein Handelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich abschließen solle. Aus *Kuba* sind keine Reaktionen von Wirtschaftsakteuren oder aus der Zivilgesellschaft bekannt.

Bewertung: Das Ansehen der Europäischen Union ist in Mexiko besonders groß. Es wird als Wohlstand generierender Verbund von Staaten angesehen. Auch wenn die politischen Schwierigkeiten der EU in Mexiko nicht unbekannt sind (Finanzkrise, Griechenlandkrise, Flüchtlingskrise), geht man allgemein davon aus, dass die EU die Krisen langfristig lösen werden kann. Sie wird in der politischen Entscheidungsfindung als pragmatisch empfunden. Der Brexit könnte jedoch Zweifel an der Einheit der in der EU befindlichen Staaten aufkommen lassen. Auch wird vereinzelt über eine mögliche überbordende Bürokratie der EU reflektiert, die nach innen schädlich wirken könnte. Derzeit wird jedoch vielmehr die Konjunktur der populistischen Parteien in den Fokus gerückt, die in der EU aber auch in den USA für politische Destabilisierung sorgen kann.

### **Nigeria** (Hildegard Behrendt-Kigozi)

Medien: Fast alle Zeitungen, Radio und Fernsehsender berichten über das Ergebnis des Referendum und die eventuell zu erwartenden Auswirkungen auf Nigerias Wirtschaft, auf die entwicklungspolitischen Beziehungen und Leistungen des Vereinigten Königreichs für Nigeria sowie welche Konsequenzen das für nigerianischen Bürger, welche in Großbritannien leben, arbeiten und studieren, bedeuten könnte. Die Berichterstattung widmet sich den eventuellen Nachteilen, aber auch eventuellen Vorteilen, die Nigeria durch den Brexit erwarten könnte. Die Stellungnahmen sind größtenteils ausgewogen.

Politik: Politiker und Parteien sind so sehr beschäftigt mit Korruptionsfällen, niedrigen Staatseinnahmen und dem bewaffneten Konflikt mit Boko Haram sowie mit Ölpipelines bombardierenden Milizen im Süden des Landes, dass es keine bemerkenswerten Reaktionen auf die Brexit-Entscheidung gab. Es ist anzunehmen, dass Politiker und Parteien sich dann zu Wort melden, wenn erste große Auswirkungen des Brexit Nigeria erschüttern. Der Sprecher von Präsident Muhammadu Buhari, Garba Shehu, twitterte allerdings offizielle Stellungnahmen der Regierung, welche zeigen, dass Nigeria über den Brexit nicht erfreut ist, gleichzeitig aber die guten Beziehungen zum Vereinigten Königreich nicht gefährdet sieht und Premierminister David Cameron Respekt zollt.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Grundsätzlich befürchtet man negative Auswirkungen auf den ohnehin schwach gewordenen Naira und man bangt, dass aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit Nigeria keine Euro Bonds verkaufen kann und keine Investoren nach Nigeria kommen. Ansonsten wägt man auch hier Vor- und Nachteile ab. Von gesellschaftlichen Gruppen gibt es keine bedeutenden Äußerungen zum Brexit direkt, aber geäußerte Befürchtungen, dass Separatisten in Nigeria lauter und stärker die Unabhängigkeit einzelner Staaten fordern, insbesondere die Gruppen, welche den unabhängigen Staat Biafra fordern. Insofern hofft man, dass Schottland und Nordirland sich nicht vom Vereinigten Königreich abspalten.

Bewertung: Die EU wird auch ohne Großbritannien die gleiche Bedeutung in Nigeria haben. Wahrscheinlich ist, dass die EU ihre Zusammenarbeit ausweiten wird, um entstehende Lücken durch nachlassende Leistungen des Vereinigten Königreiches zu füllen. Nigeria wird wahrscheinlich

versuchen mit der EU, aber auch einzelnen Mitgliedstaaten, neue Kooperationen und Abkommen zu schließen.

### Nordische Länder (Elisabeth Bauer)

*Dänemark*, das vom Brexit-Architekten Nigel Farage bereits als nächster Ausstiegskandidat genannt wurde, besitzt Erfahrungen mit EU-Referenden. Zuletzt wurde im Dezember eine engere Zusammenarbeit in Fragen der Justiz abgelehnt. So wurden auch gleich nach dem Brexit-Referendum die Rufe nach einer „Dexit“-Abstimmung in Dänemark laut. Einige Mitglieder der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei haben dem Regierungschef Lars Lokke Rasmussen ein Ultimatum gestellt: Er soll entweder ein Referendum ansetzen oder zurücktreten. Auch wenn der Vorsitzende der Volkspartei ein Referendum für verfrüht hält, zeigt dies, dass es in Dänemark zu einer Debatte über die Volksabstimmung kommen könnte. Die von Rasmussen angeführte Minderheitsregierung ist auf Stimmen von der Volkspartei angewiesen. Rasmussen selbst hat die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, bedauert.

Das von einer anhaltenden Wirtschaftskrise geplagte *Finnland* fürchtet die wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexits. Großbritannien ist der zweitgrößte Absatzmarkt für finnische Exporte. Sowohl der Premierminister Juha Sipilä, als auch sein Vorgänger Alexander Stubb bedauerten die Entscheidung der Briten. Stubb sagte weiterhin, man sollte langsam vorgehen und bei der Ausscheidung Großbritanniens nichts überstürzen. Das finnische Parlament wurde aus den Sommerferien zurückgerufen, um über die Lage zu beraten. Der Außenminister Finnlands, Timo Soini von der rechtspopulistischen Partei der Basisfinnen, sagte man müsse die Entscheidung des Volkes respektieren. Großbritannien werde weiterhin ein enger Verbündeter Finnlands bleiben.

Auch wenn Großbritannien für *Schweden* ein enger Verbündeter innerhalb der EU ist, sehen die Skandinavier ihre Zukunft auch nach dem Brexit in der EU, der sie seit 1995 angehören. Der sozialdemokratische Regierungschef Stefan Löfven betonte noch am Freitag die festen Wurzeln Schwedens in der EU und wies die Forderung der linken Opposition nach einer Neuverhandlung der schwedischen Mitgliedschaft ab. Alle großen Parteien bedauern den Ausgang der Volksabstimmung, Umfragen zufolge wollen 70% der Schweden in der EU bleiben. Am Montag trafen sich Vertreter der Regierungs- und Oppositionsparteien, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Dabei wollen die Schweden nichts überstürzen und die Briten nicht zum raschen Handeln zwingen.

*Island*, das 2010 Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnahm und drei Jahre später wieder stoppte, sieht sich durch das Brexit-Votum noch weiter von der EU entfernt. Der Finanzminister und der Vorsitzende der Unabhängigkeitspartei Bjarni Benediktsson sagte, das gesamte Projekt der Europäischen Kooperation werde nun eine Inventur durchlaufen, welche eine Mitgliedschaft noch unwahrscheinlicher mache. Auch Birgitta Jonsdottir, die Vorsitzende der Piratenpartei, die laut Umfragen die Parlamentswahlen im Herbst gewinnen könnte, meinte, dass „Europa auseinanderbricht“. Sie schätzt aber Brexit als negativ ein; der Austritt Großbritanniens könne sich auch in einer sinkenden Zahl britischer Touristen niederschlagen. Der ausscheidende Präsident Ólafur Ragnar Grímsson sagte indes, dass der Brexit eine gute Nachricht für Island sei, da sich nun der gesamte nordatlantische Raum außerhalb der EU befinden werde. Island und Norwegen werden in den Verhandlungen über

die Zukunft Großbritanniens außerhalb der EU eine große Rolle spielen, sagte Grimsson, der im August nach 20 Jahren das Amt des Präsidenten verlassen wird.

Die Premierministerin *Norwegens*, Erna Solberg, zeigte sich nach der Abstimmung besorgt um die politische Zukunft Europas: Es bestehe die Gefahr, Europa werde sich mit organisatorischen Fragen auseinandersetzen müssen, anstatt drückende Probleme wie mangelndes Wirtschaftswachstum oder Arbeitslosigkeit anzupacken. Die Beziehungen Norwegens mit der EU und Großbritannien bleiben auch nach dem Referendum intakt, sagte Solberg. Noch vor dem Referendum hatte sie die Briten gewarnt, sie würden ein „norwegisches Modell“, das auf der Einhaltung der meisten EU-Regeln ohne Mitspracherecht beruht, nicht mögen.

### Polen (Dr. Christian Schmitz)

Medien: Alle Medien berichten ausführlich über die Reaktionen auf den Ausgang des EU-Referendums in Großbritannien. Das Thema war Aufmacher aller wichtigen Tageszeitungen und Wochenzeitschriften in Polen. Zum Thema haben sich prominente Politiker aller Parteien, darunter auch die Premierministerin Beata Szydło (PiS), geäußert.

In den Kommentaren liberaler, konservativer sowie nationalkonservativer Medien wird vor allem den negativen Konsequenzen des Brexits für Polen viel Platz eingeräumt. Es wird auf die Auswirkungen für die polnische Wirtschaft verwiesen. Großbritannien ist mit 7 % Polens drittstärkster Exportpartner. Ungefähr 800.000 Polen arbeiten in Großbritannien. Alle Medien diskutieren nun die Frage, was aus diesen Menschen wird. Es wird eine mögliche Marginalisierung Polens durch die Stärkung eines Kerneuropas diskutiert. In der konservativen Rzeczpospolita spricht sich der Chefredakteur, Bogusław Chrabota, dafür aus, sich mit Paris und Berlin an die Spitze der EU-Reformer zu stellen, damit Polen in der EU nicht ins Abseits platziert werde. Binnenmarkt und Sicherheit sollten gestärkt werden. Das Referendum sei ein Misstrauensvotum gegen die europäische Elite, neue charismatische Führer sollten sie ablösen. Gazeta Wyborcza sieht durch das Referendum eine Rückkehr der Ost-West Spaltung in Europa, wobei Polen drohe, innerhalb der EU an den Rand gerückt zu werden. Um weiter mit den wichtigsten EU-Ländern in die Lösungsfindung für aktuelle Krisen einbezogen zu werden, müssten Polens Politiker über ihren eigenen Schatten springen und bewährte Partnerschaften, wie die zu Deutschland, stärken. Auch das Weimarer Dreieck könne eine neue Bedeutung erhalten.

Politik: Zur Situation der polnischen Migranten in Großbritannien betonte Staatspräsident Andrzej Duda in seiner ersten Stellungnahme am 24. Juni: „Nun muss alles unternommen werden, damit die Rechte der polnischen Einwanderer in Großbritannien nicht geschmälert werden.“ Ebenfalls am 24. Juni äußerte sich die Regierungschefin, Beata Szydło, auf einer Pressekonferenz zur Entscheidung der Briten: „Das Resultat des Referendums in Großbritannien ist aus den europäischen Krisen abzuleiten, die nicht gelöst, sondern unter den Teppich gekehrt wurden. Europa braucht eine sinnvolle und pragmatische Politik.“ Am Wochenende sagte Polens Außenminister, Witold Waszczykowski, dass der Ausgang des Referendums für Polen nicht gut sei. Der neue Status Großbritanniens werde für Polen bedeuten, dass es nach 2020 Nettozahler werde. Es wäre jetzt falsch, nach „mehr Europa“ zu rufen. Man müsse sich jetzt auf die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Umsetzung der Verträge, insbesondere die Stärkung des Binnenmarktes, fokussieren. Polens Europaminister, Konrad Szymański, sagte, dass Polen aktiv bei der Gestaltung des Austrittsvertrags und bei der Reform der EU sein werde. Das Berliner Treffen der Außenminister der sechs Gründerstaaten am 25. Juni sei ein unzureichender Anachronismus, da alle EU-Länder beraten sollten. Polens Vizepremier und Wirtschaftsminister, Mateusz Morawiecki, sieht die wirtschaftliche Entwicklung Polens durch den Brexit nicht gefährdet.

Die nationalkonservative PiS sieht im Brexit zukünftig eine Herausforderung für die Ordnung der EU. Das vermeintliche Demokratiedefizit und die Bürokratisierung der Union machten Reformen notwendig, die die Stärkung der Mitgliedstaaten gegenüber den EU-Organen bewirken sollen. PiS-Vorsitzender, Jarosław Kaczyński, sieht die EU vor einem Neuanfang, nachdem das Integrationsmodell des Lissabonner Vertrags gescheitert sei. Um die Desintegration Europas zu verhindern, müsse Polen neue Initiativen einbringen und die Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten neu definiert werden. Aufgabe der EU sei der Binnenmarkt und die kollektive Verteidigung mit der NATO. Die zukünftige Gestalt der EU sieht Kaczyński in einer Konföderation von Nationalstaaten. Die liberalen Parteien, PO und Nowoczesna, wollen der Krise durch eine Vertiefung der europäischen Integration begegnen und weitere Kompetenzen an europäische Institutionen abtreten. Einige Intellektuelle aus diesem politischen Umfeld drängen auf eine schnelle Einführung des Euro in Polen.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Die Wirtschaftsexperten sind sich uneinig über das Ausmaß, indem der Brexit der Eurozone und Polen schaden wird. Investoren suchen aber bereits neue, sichere Anlagen. Das hat zur Folge, dass der Zloty gegenüber dem Euro schon am Freitag nach dem Referendum stark abwertete. Schätzungen gehen davon aus, dass der Brexit das Bruttoinlandsprodukt in Polen bis 2018 um ein Prozent reduzieren wird. Mariusz Adamiak, Analyst der PKO BP Bank, kommentierte, dass ein Brexit einen Rückgang der Exporte polnischer Lebensmittel bedeuten würde, denn Großbritannien sei einer der Top-Importeure von polnischen Fruchtsäften und Milchprodukten. Großbritannien sei auch ein wichtiges Ziel für Exporte. Im Falle eines Brexits würde es zwar nicht zu einem Ende dieser Handelsverbindung kommen, aber im Verlauf des Austrittsprozesses würden immer mehr kleine Probleme sichtbar werden. Von diesen Problemen wäre dann die gesamte Wirtschaft betroffen. Der Wirtschaftsexperte Piotr Soroczynski äußerte sich über die positiven Folgen für Polen: „Firmen, die auf dem britischen Markt aktiv sind, würden wahrscheinlich ihre Absatzmöglichkeiten innerhalb der EU ausbauen wollen und die Produktion innerhalb der EU auslegen. Polen könnte dank niedriger Arbeitskosten und hoher Qualität ein attraktiver Standort für sie werden.“

Die größte außerparlamentarische Oppositionsbewegung, Komitet Obrony Demokracji (KOD), veröffentlichte am 26.06. auf ihrer Webseite einen Artikel von Szymon Karsz mit dem Titel „Pyrrussieg“, in dem der Autor ein schwarzes Szenario mit sehr negativen Konsequenzen für Polen vorhersieht. Der Ausgang des Referendums werfe die Frage auf, was mit den über 800.000 in Großbritannien lebenden Polen geschehen werde. Entgegen der Einladung des Außenministers Waszczykowski und des Vizepremiers Morawiecki sei die Regierung nicht im Stande, die große Zahl von rückkehrenden Arbeitnehmern aufzunehmen.

Bewertung: Der Brexit wird auch in Polen eine Diskussion über die künftige politische Ausgestaltung der EU anstoßen (mehr oder weniger Integration), deren Ausgang derzeit noch nicht zu bewerten ist. Auf die Auswahl der Ansprechpartner im Einsatzland wird das Thema nach derzeitiger Sicht keine Auswirkungen haben.

### Rumänien (Norbert Beckmann-Dierkes)

Medien: Die rumänischen Medien haben dem Brexit eine intensive Berichterstattung gewidmet. Insbesondere in den Nachrichtensendern Digi24 und Realitatea TV gab es Sondersendungen sowohl am Tag der Volksabstimmung, als auch am nachfolgenden Tag. Das Thema Brexit fand auch bei den kommerziellen Fernsehsendern Einzug.

Der Tenor der Berichterstattung in den Nachrichtensendern, bei Sendungen in Form von Talk-Shows unter Beteiligung von Experten, war gegenüber dem Ausgang der Volksabstimmung kritisch. Es wurde hervorgehoben, dass Großbritannien an den Auswirkungen des Brexit politisch wie wirtschaftlich leiden würde. Außerdem wurde insbesondere die ungewisse Zukunft der ca. 180.000 in Großbritannien lebenden Rumänen thematisiert. Diese würden ggf. in Zukunft nur noch mit Arbeitsgenehmigung eine Erwerbstätigkeit aufnehmen bzw. nur gegen Bezahlung höherer Gebühren studieren können. Auch die Auswirkungen auf die rumänische Volkswirtschaft wurden angesprochen, u.a. ein möglicher Verfall der Landeswährung, der jedoch nicht eingetreten ist.

Politik: Präsident Klaus Iohannis stellte fest, dass Großbritannien auch nach dem Austritt aus der EU ein wichtiger Partner von Rumänien bleiben werde. In der Beziehung zur EU werde Großbritannien jedoch keine privilegierte Stellung mehr haben. Rumänien bleibe dem europäischen Projekt verpflichtet. In den Austrittsverhandlungen werde Rumänien auf die Wahrung der eigenen Interessen achten und insoweit agieren, um die in Großbritannien lebenden und arbeitenden Rumänen zu schützen. Iohannis versicherte auch, dass die Konsequenzen für die Landeswährung gering und kontrollierbar seien. Premierminister Dacian Cioloș versicherte, dass es „keine kurzfristig signifikante wirtschaftliche Auswirkung“ der Volksabstimmung auf die Wirtschaft von Rumänien geben werde. Rumänien befinde sich in einer guten wirtschaftlichen Lage, aus der ein Vorteil für die Stimme des Landes innerhalb der EU erwachsen könne.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (PSD), Liviu Dragnea, erklärte, dass die PSD die Entscheidung des britischen Volkes respektiere. Die Sozialdemokraten würden „mit Stärke und Entschiedenheit den europäischen Weg von Rumänien“ unterstützen. Der Co-Vorsitzende der Nationalliberalen Partei (PNL), Vasile Blaga, bedauerte die Entscheidung der Briten, die aber von der PNL respektiert werde. Die Co-Vorsitzende der PNL, Alina Gorghiu, hob hervor, dass Rumänien wirtschaftliche und politische Stabilität im neuen Kontext brauche. Sie verwies auch indirekt darauf, dass das Ergebnis des Referendums auf „Populismus und schlecht verstandenen Nationalismus“ zurückzuführen sei. Der ehemalige Präsident und Vorsitzender der Partei „Volksbewegung“ (PMP), Traian Băsescu, schrieb in einem Facebook-Post, dass die Brexit-Mehrheit für den EU-Austritt gestimmt hätte, ohne die Mechanismen und Folgen dieses Schrittes zu verstehen. Die Solidarität der übrigen 27 Mitglieder der EU sei gefordert.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Bislang gibt es aus der Wirtschaft keine Reaktionen. Am 24.6. stellte jedoch ein Bericht der ING Bank Romania fest, dass die Landeswährung Leu im Vergleich zu anderen Währungen in der Region den vom Brexit auf den Märkten verursachten Turbulenzen viel besser standgehalten habe. Dabei sei nicht auszuschließen, dass die Nationalbank interveniert habe, um eine Destabilisierung des Wechselkurses zu verhindern.

Bewertung: Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die Wahrnehmung Europas in Rumänien vom Brexit negativ beeinflusst werden könnte. Dies liegt insbesondere daran, dass antieuropäische Parteien faktisch bedeutungslos sind und unter den Mainstream-Parteien ein langjähriger pro-europäischer Konsens besteht. Die EU und die damit verbundenen Möglichkeiten, in anderen Ländern zu arbeiten und zu studieren, werden in der rumänischen Gesellschaft geschätzt. Rumänien verliert allerdings durch den Austritt von Großbritannien einen wichtigen Partner, eine offizielle Strategische Partnerschaft gibt es seit 2003. Zum einen gilt Großbritannien als wichtiger sicherheitspolitischer Verbündeter, zumal in der Vergangenheit Ex-Präsident Traian Basescu vom Aufbau einer „Achse Bukarest-London-Washington“ gesprochen hatte. Zum anderen war in der Flüchtlingskrise eine ähnliche Positionierung in London und Bukarest festzustellen, im Sinne einer Skepsis gegenüber der quotenbasierten Verteilung von Flüchtlingen. Ebenfalls war Großbritannien in der Ostpolitik mit seiner russlandkritischen Haltung ein wichtiger Verbündeter von Rumänien innerhalb der EU. Inwieweit Großbritannien als „Ansprechpartner“ ersetzt werden kann, ist kaum abzusehen. Der gemäßigte Ton in der Reaktion von Präsident Iohannis dürfte aber ein Zeichen sein, dass zumindest die sicherheitspolitische Dimension der Zusammenarbeit bilateral bzw. innerhalb der NATO fortgesetzt werden soll.

### **Russland (Claudia Crawford)**

Medien: In Russland ist wie an vielen anderen Orten auch der Brexit nicht erwartet worden. Vor diesem Hintergrund gab es auf allen Ebenen ein breites Echo. Der Tenor geht dabei vor allem in zwei Richtungen: neutrale Berichterstattung einerseits, die vor allem die wirtschaftlichen Auswirkungen für Russland im Blick hat, besonders die Möglichkeiten eines neuen Ölpreis- und Währungsverfalls und Spekulationen über das Ende der EU (nicht selten mit einem Unterton der Schadenfreude) andererseits. Diskutiert wird dabei vor allem die Frage, ob durch den Austritt Großbritanniens aus der EU der Einfluss der USA auf die Politik der EU abnehmen könnte. Zudem wird die Hoffnung geäußert, dass dadurch die Sanktionen der EU gegen Russland ein schnelleres Ende finden könnten, da Großbritannien in der Sanktionsfrage eine starke Rolle gespielt hat.

In den Medien herrschten nach dem Ausgang des Referendums zwei Strömungen vor: Die einen orakelten vom Untergang des Abendlandes – zumindest der EU, die anderen befürchteten Panik an den Märkten. Die Berichterstattung machte deutlich, dass der Ausgang des Referendums sowohl für die Medien als auch für den russischen Finanzmarkt unerwartet kam. Föderale Fernsehkanäle bezeichneten das Referendum als ein "bedeutsames" und "historisches" Ereignis und sagen den "Untergang" des Vereinigten Königreichs und ganz Europas voraus. Der Brexit wird durch die russische Führung und die Medien kaum negativ wahrgenommen. Vielmehr triumphieren und freuen sich die russischen

Medien grundsätzlich, insbesondere die regierungsfreundlichen Medien. Der Austritt Großbritanniens aus der EU wird die EU nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geopolitisch schwächen. Auch war das Vereinigte Königreich einer der wichtigsten Unterstützer der Politik der Sanktionen gegen Russland. Die Abschaffung der Sanktionen wird für wahrscheinlicher gehalten, wenn auch nicht schon in kurzer Zeit. Aber in der längerfristigen Perspektive sehen die Medien die Hoffnung, dass der Brexit zur Aufhebung der Sanktionen führen könnte. Zusammenfassend könnte man sagen, dass die russischen Medien einen europakritischen Kurs fördern, aber gleichzeitig über die möglichen finanziellen Folgen für Russland besorgt sind (weitere Senkung des Ölpreises und folgend des Rubelwerts). Die Bindung von Großbritannien an die USA könnte nun gestärkt werden, was eher negativ betrachtet wird.

Politik: Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Brexit-Entscheidung Großbritanniens als Protest gegen eine zunehmende Machtfülle der Brüsseler Bürokratie bezeichnet: "Die Konzentration der Macht ist in den leitenden Strukturen der EU sehr hoch." Manchen Menschen wiederum gefalle dieses "Verwischen von Ländergrenzen" nicht. In der Entscheidung spiegle sich auch die Unzufriedenheit vieler Briten mit der Zuwanderung sowie in Sicherheitsfragen wider. Putin schloss eine Änderung der russischen Wirtschaftspolitik nicht aus, um den Einfluss des britischen EU-Austritts zu mindern. Putin ist der Meinung, dass das Votum in Großbritannien keinen Einfluss auf die russisch-europäischen Beziehungen hat und die Türen für Gespräche hinsichtlich der Beziehung aus russischer Sicht offen stehen. Sergei Lawrow, russischer Außenminister: „Das ist eine innere Angelegenheit des britischen Volkes. Das ist der Wille der Völker Großbritanniens. Wenn jetzt die politischen Kräfte in verschiedenen EU-Staaten nach dem britischen Referendum erklären, sie möchten ähnliche Referenden organisieren, ist auch das eine reine innere Angelegenheit der jeweiligen Länder und der Europäischen Union.“

Der Chef der Republik Krim, Sergej Axjonow, meinte, dass die Fliehkräfte innerhalb der EU zunehmen und letztendlich zum Zerfall der Europäischen Union führen würden. Sergei Sobyannin, Bürgermeister Moskaus: "Großbritannien ist als Hauptquelle der antirussischen Haltung in Europa zu sehen. Ohne Großbritannien in der EU wird niemand die Sanktionen gegen uns verteidigen." Konstantin Kosachev, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrats, verwies darauf, dass die EU-Bürokratie die Fähigkeit, auf Herausforderungen und neue Probleme wie den Terrorismus und die Migration zu reagieren, begrenzt.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Unter den durch die staatliche Presseagentur TASS befragten Firmen (Rusagro, Transcontainer, Mail.ru Group, Rostelecom, Megafon) hat niemand Sorgen geäußert, dass der Brexit ihr Geschäft beeinflussen würde. Boris Titov, Ombudsmann für Unternehmer: „Meiner Meinung nach ist die wichtigste langfristige Konsequenz des Austritts, dass sich Europa vom angelsächsischen Einfluss lösen wird, das heißt, von den USA. Es ist nicht die Unabhängigkeit Großbritanniens von Europa, sondern die Unabhängigkeit Europas von den USA.“

Geäußert haben sich Experten aus den Fachbereichen Internationale Beziehungen, Politik, Sicherheit und Wirtschaft: Timofei Bordachev, Leiter des Zentrums für Europäische und Internationale Forschung an der HSE Moskau meint, dass für die EU selbst der Brexit negativ sein wird, da Deutschlands Dominanz zu innerer Instabilität führen wird. Nach Meinung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

von Dimitrij Danilov, Leiter des Departments für Europäische Sicherheit am Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften, werden die verbliebenen EU-Staaten versuchen, die Union zu konsolidieren und zu schützen, einschließlich bezogen auf die Lösung politischer Probleme. Das könnte auch eine starke Haltung gegen Russland beinhalten. Gleichzeitig könnte die EU nach neuen externen Partner Ausschau halten, vor allem in Richtung USA, aber es ist auch denkbar, dass die EU versucht, ihre Beziehungen zu Russland zu aktivieren.

Bewertung: Unterschwellig ist bei den Medien in Russland – aber durchaus auch in der Politik – Schadenfreude zu spüren. In russischen Augen ist die EU deutlich geschwächt. Es wird die Hoffnung ausgedrückt, dass der Brexit für Russland ein Ende der Sanktionspolitik bedeuten könnte. Nicht zuletzt hofft man auf einen geringer werdenden Einfluss der USA auf Europa. Gedämpft wird der russische Optimismus durch die Aussichten auf die wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexits. Noch wird gehofft, dass sich die ersten Reaktionen (Abschwächung des Ölpreises und Unsicherheiten auf den Finanzmärkten) in den nächsten Wochen wieder korrigieren werden. Diese Entwicklungen sind allerdings vom weiteren Prozedere innerhalb der EU abhängig.

Es ist nicht auszuschließen, dass Russland vor diesem Hintergrund weiter Stärke demonstrieren wird. Die Verhandlungspositionen für die EU sind verschlechtert, erst recht, wenn es sich zeigen sollte, dass die EU ihre Einigkeit in Bezug auf Russland verliert. Für die Entwicklungen in der Ostukraine sind die Bedingungen dadurch nicht verbessert, auch nicht für die Auseinandersetzungen um die Sicherheitsfragen in Europa. In der Gesamtschau sind damit die Auswirkungen des Brexits in Bezug auf Russland klar negativ zu beurteilen.

Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung wird nach jetzigem Stand nicht wesentlich beeinflusst werden. Die Kooperationspartner werden ihre Zusammenarbeit nicht aufkündigen. Viele offizielle Ansprechpartner sind schon in den letzten zwei Jahren zunehmend negativ gegenüber der EU eingestellt. Die Arbeitsbedingungen der KAS hängen vor allem von den innenpolitischen Entwicklungen ab, die derzeit im Ganzen gesehen negativ sind.

### **Serbien** (Norbert Beckmann-Dierkes)

Medien: Die serbischen Medien haben ausführlich über den Brexit berichtet und auf mögliche Konsequenzen hingewiesen. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass das Vereinte Königreich gespalten ist und vermutlich weitere Referenden in Schottland und Nordirland zu erwarten sind. Darüber hinaus wurden die Reaktionen wichtiger europäischer Politiker kundgegeben und verdeutlicht, dass Länder wie Deutschland und Frankreich weiterhin das europäische Bündnis verteidigen werden. Im Hinblick auf Serbien wurde erwähnt, dass der Brexit auch Implikationen für die westlichen Balkanländer haben wird, da das Vereinte Königreich ein Befürworter der EU-Erweiterung ist. Die Stellungnahme des serbischen Ministerpräsidenten Aleksandar Vučić wurde besonders hervorgehoben. Demnach wird Serbien weiterhin einen proeuropäischen Kurs fahren.

Die Medien in der Republik Serbien berichten von einer gespaltenen Gesellschaft. Auf der einen Seite stehen die EU-Befürworter auf der anderen stehen Russland zugewandte Bürger. Die Pro-Europäer erwarten

nach dem Brexit eine schnelle Reformation der EU und neue bessere Strukturen, die auch positiv auf Serbien auswirken könnten. Die EU-Gegner sehen in dem durch den Brexit verursachten Chaos einen Vorteil für Russland. Durch die Unsicherheit und fehlender Einigkeit in der EU kann Russland seine Macht ausbauen. Zusätzlich wird berichtet, dass der Brexit einen Dominoeffekt auslösen könnte und sich auch andere EU Länder zum Austritt aus der Europäischen Union entschließen könnten. Die Medien sehen den EU-Beitritt Serbiens durch den Brexit gefährdet, da eines der wichtigsten Länder, welches sich für eine EU-Erweiterung einsetzte, aus der EU austritt. Darüber hinaus erwartet man innere politische Reformen der EU, wodurch EU-Erweiterungen verzögert werden könnten.

Politik: Der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vučić sagte, dass ein EU-Referendum in Serbien ein ähnliches Bild liefern würde wie in Großbritannien. Dennoch werde Serbien nicht von seinem proeuropäischen Kurs abweichen, da die Bürger nur so eine bessere Zukunft haben werden. Zudem seien Stabilität und Wohlstand das Wichtigste für sein Land. Daher werde Serbien weiterhin für einen EU-Beitritt eintreten. Mit der diesjährigen Parlamentswahl haben die Bürger bereits ein Votum für die EU abgegeben. Er schloss jedoch nicht aus, sich auch nach Investoren aus der Türkei, Russland oder den USA umzusehen, da durch den Brexit die EU an Bedeutung verloren hat. Auch der serbische Außenminister Ivica Dačić bestätigte, dass Serbien nicht von seinem proeuropäischen Kurs abweicht und unverändert seinen Teil der Vereinbarungen erfüllen wird. Des Weiteren verdeutlichte er, dass der Brexit nicht zu einer Auflösung der EU und zu keinem Verschwinden der europäischen Idee führen wird.

Die Vertreter aus der Politik haben sehr verschieden auf den Brexit reagiert. Der Parteivorsitzende der Liberaldemokratischen Partei Serbiens (LDP) Čedomir Jovanović sagte, dass der Brexit nur verdeutliche, wie sehr sich Serbien um einen EU-Beitritt bemühen sollte. Es müsse unbedingt ein europäisches Serbien entstehen. Sanda Rašković Ivić, Parteivorsitzende der Demokratischen Partei Serbiens (DSS), äußerte sich hingegen kritisch. Es müsse eine öffentliche Debatte über die Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts geführt werden, sodass die Bürger sich eine eigene Meinung dazu bilden und in einem Referendum darüber abstimmen können. Der Brexit sei ein Sieg für die britischen Bürger, die ihre verlorengegangene Souveränität wieder haben. Der vom Internationalen Strafgerichtshof freigesprochene Vojislav Šešelj, Vorsitzender der Serbischen Radikalen Partei (SRS), twitterte am Tag nach dem Referendum, von einem wunderbaren Tag, und dass Großbritanniens Entscheidung ein Dolch in das Herz der EU gerammt habe.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Serbiens Wirtschaftsvertreter sind verunsichert, da die Weltwirtschaft eine Krise befürchtet und die Aktienkurse stark schwanken. Erste Reaktionen sind aber noch abzuwarten. Es sei nun wichtig, die Attraktivität Serbiens für ausländische Investoren durch Reformen zu steigern. Der Präsident der deutsch-serbischen Handelskammer machte darauf aufmerksam, dass sich der europäische Markt zwar verkleinern wird, es aber weiterhin Handelsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich geben wird. Nun sei es wichtig, die Kapitel 23 und 24 in den Beitrittsverhandlungen zu fokussieren. Eine Protestgruppe zeigte sich hinsichtlich des Brexits besorgt. Etwa 20.000 Serben haben Kredite in Schweizer Franken aufgenommen. Mit dem Brexit sind erneut Änderungen der Wechselkurse

zu erwarten. Die Betroffenen haben durch die Stärkung der Schweizer Franken keine Möglichkeit mehr, dass sie ihre Kreditraten zurückzahlen können. Darüber hinaus haben sich jedoch bisher keine gesellschaftlichen Gruppen zu Wort gemeldet.

Bewertung: Der Brexit wird vermutlich eine Diskussion über einen möglichen EU-Beitritt auslösen. Der Bevölkerung könnten dadurch unabhängig von wirtschaftlichen Faktoren die Werte und Chancen der EU näher gebracht werden. Die Regierung würde so in ihrem proeuropäischen Kurs gestärkt werden. Dennoch gibt es aber auch Ängste, dass Serbien nicht mehr der EU beitreten wird, da die EU zu sehr mit eigenen Reformen beschäftigt ist. Es sind jedoch erst noch die Verhandlungen abzuwarten, um die Auswirkungen richtig einschätzen zu können.

### **Spanien** (Dr. Wilhelm Hofmeister)

Medien: Wie aus dem Resümee der spanischen Berichterstattung deutlich wird, nehmen die Spanier die Entscheidung der Briten, die europäische Union zu verlassen, mehrheitlich negativ auf. Der Grundtenor der Presse und öffentlichen Meinung ist dabei, dass es auf beiden Seiten des Ärmelkanals unter den Institutionen und demokratischen Parteien nur Verlierer gibt. Einige Autoren warnen vor der Gefahr eines Zerfalls der Europäischen Union, falls die Verantwortungsträger nun nicht ganz entschieden handelten. Die einzigen Gewinner, die von der Situation profitieren könnten, seien die nationalistischen populistischen Bewegungen, die in vielen EU-Staaten an Zulauf gewinnen. Im Grundton aller Analysen schwingt auch die Sorge vor den Auswirkungen auf die spanische Wirtschaft mit, die innerhalb der EU besonders intensiv mit Großbritannien verbunden ist. Allerdings schätzt eine Mehrzahl der Berichtersteller und Analysten, dass die Konsequenzen für das Vereinigte Königreich noch wesentlich durchschlagender sind, als dies für den Rest Europas der Fall sein dürfte. Eine Minderheit glaubt, dass die deutliche Abwertung des Pfunds es Großbritannien ermöglichen wird, ein höheres Wirtschaftswachstum und eine höhere Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen, wodurch das Land mittelfristig besser dastünde als dies gegenwärtig der Fall sei.

Politik: Die Brexit/Remain-Kampagne fiel in die letzten Tage des spanischen Wahlkampfes zu den Abgeordnetenhaus- und Senatswahlen vom 26.06.2016. Dementsprechend positionierten sich die Spitzenkandidaten im Vorfeld des Referendums öffentlich zu diesem Thema.

Der Interims-Regierungschef und Parteichef der Volkspartei (PP), Mariano Rajoy, unterstrich noch während der laufenden Abstimmungen am 23.06., dass er davon überzeugt sei, die Briten würden einen Austritt des Landes aus der EU ablehnen. Seiner Meinung nach mache es weder für die Briten noch für den Rest Europas Sinn, Rechte wie die Güter- und Kapitalfreiheit zu verlieren und die Stabilität Europas aufs Spiel zu setzen. Er präsentierte seine Partei dem Wähler angesichts der anstehenden Neuwahlen als Stabilitätsgarant der Mitte und warnte vor den Konsequenzen, die solche populistischen Bewegungen auslösten.

Der sozialistische Spitzenkandidat Pedro Sánchez (PSOE) zeigte sich am 24.06. sehr betroffen über den Ausgang des Referendums. Er bekräftigte, dass die Entscheidung ein herber Rückschlag für alle Pro-Europäer sei. Er

fügte hinzu, dass die Angelegenheit durch die Politik, und nicht durch ein Referendum hätte gelöst werden müssen. Die Schuld für das Desaster trägt seiner Meinung nach eine "unverantwortliche Rechte, die mit dem Populismus zusammenfließe".

Der Spitzenkandidat der linkspopulistischen Podemos, Pablo Iglesias, mahnte an, dass Europa nun tiefgreifende Reformen brauche und versichert: "Aus einer gerechten und solidarischen Europäischen Union hätte niemand austreten wollen". Obwohl er sich selbst zu der Angelegenheit äußerte, rief er die anderen Kandidaten dazu auf, das Thema Brexit nicht im Wahlkampf zu verwenden.

Der Spitzenkandidat der Zentrumspartei Ciudadanos, Albert Rivera, griff direkt David Cameron an. Demnach sei es "eine Unverantwortlichkeit" gewesen, das Referendum überhaupt auszurufen, nachdem "der britische Regierungschef seit Jahren den Euroskeptizismus anheizt". Man dürfe die europäischen Völker nicht spalten. Er stellt fest, dass wir nun "mutige politische Führungspersönlichkeiten" brauchen.

Am Tag nach dem Brexit, nur wenige Minuten nachdem David Cameron das amtliche Ergebnis bekanntgab, wandte sich Rajoy mit einer offiziellen Regierungserklärung an die spanische Öffentlichkeit. Er bekundete darin, dass die spanische Regierung mit Bedauern den Austritt Großbritanniens aus der EU zur Kenntnis nehme. An die Spanier gerichtet bat er um Ruhe und Bedachtheit angesichts der zu erwartenden Herausforderungen und Unsicherheiten.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Die spanische Wirtschaft gilt innerhalb der EU als besonders stark mit Großbritannien vernetzt. Dementsprechend gab besonders der spanische Aktienindex IBEX-35 am Freitag, den 24.06., historisch stark nach und verlor zwischenzeitlich bis zu 12% seines Wertes. Zu den wichtigsten betroffenen Sektoren gehören die Bankenwirtschaft, die Telekommunikationsbranche, die Ölindustrie sowie Infrastruktur-, Transport- und Konstruktionsfirmen. In den letzten Jahren, nach der Wirtschaftskrise in Spanien und den wachsenden Investitionsunsicherheiten in Lateinamerika hat auch eine wachsende Zahl von Mittelständlern damit begonnen, ihre Aktivitäten nach Großbritannien auszuweiten. Der Investitionsstock der spanischen Unternehmen im Vereinigten Königreich belief sich im Jahr 2014 auf insgesamt 62,12 Mrd. EUR, während britische Firmen in Spanien im gleichen Zeitraum Kapital in Höhe von 37,67 Mrd. EUR investiert hatten. Damit sind die Spanier dort die drittgrößten europäischen Investoren nach Frankreich (127 Mrd. EUR) und Deutschland (94 Mrd. EUR). Drei der 20 europäischen Konzerne, deren Geschäftstätigkeiten massiv vom Vereinigten Königreich abhängen, sind die Banco Santander, Telefónica und Ferrovial. Keines der Unternehmen gibt an, größere Turbulenzen zu erwarten. Banco Santander ist auf dem englischen Markt stark vertreten und sehr gut aufgestellt. Die Bank erwirtschaftete in London im Jahr 2015 mit 23% (475 Mio. EUR) die höchste Ertragsquote im Gesamtkonzern. 29,9% des Eigenkapitals der Bank liegen im Vereinigten Königreich (231,96 Mrd. EUR). Nichtsdestotrotz versicherte das Unternehmen am 27.06. öffentlich, dass die Abspaltung "dieses Jahr keine relevanten Auswirkungen auf den Jahresabschluss haben wird". Mit Überraschung wurde am 24.06. vernommen, dass auch diejenigen Banken, die hauptsächlich auf dem spanischen Markt aktiv sind, ebenfalls zwischenzeitlich bis zu 20% ihres Börsenwertes verloren. Telefónica betreibt seit 2006 Mobilfunknetze in Großbritannien und zählt dort 25 Mio. Kunden und 450 Geschäftsflächen im Land. Das Unternehmen gab

bekannt, als Konsequenz aus der jüngsten Entwicklung den geplanten Börsengang der Tochterfirma Telxius zu verschieben. Auch das Verkaufsverfahren für O2 soll zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen werden. Die Konstruktionsgesellschaft Ferrovial beschäftigt mit knapp 21.000 Personen rund ein Viertel ihrer Belegschaft in Großbritannien. In der Dienstleistungssparte des Konzerns wurden 2015 bis zu 63% der Verkäufe in dem Land abgewickelt.

Raymond Torres, Leiter für Konjunkturforschung bei der spanischen Sparkassenstiftung, geht davon aus, dass sich das hohe spanische Wachstum durch die enge Verflechtung beider Märkte zwar abschwächen, Spanien jedoch weiterhin stärker wachsen wird als die anderen Eurostaaten. Yolanda Gómez (ABC) weist darauf hin, dass Großbritannien für Spanien der fünftwichtigste Exportmarkt ist und die Iberer im vergangenen Jahr im direkten bilateralen Vergleich einen Außenhandelsbilanzüberschuss von 1,1% des spanischen BIP (11 Mrd. EUR) erzielten. 7% aller spanischen Exporte gehen ins Vereinigte Königreich. Um die Exporte aufrechterhalten zu können, wird Spanien also mit Großbritannien ein bilaterales Außenhandelsabkommen abschließen müssen, wobei abzuwarten bleibt, ob Zölle eingeführt werden, welche die Exporte unattraktiver machen. Auch bleibt abzuwarten, inwiefern EU-Gesetze in den bilateralen Verhandlungen anzuwenden sein werden. Auch wenn kein akuter Anlass zur Sorge besteht, so weisen die spanische Interimsregierung, Analysten und Tageszeitungen auf die Wichtigkeit hin, eine unnötige Verunsicherung der Märkte frühzeitig zu verhindern.

Im Vereinigten Königreich wohnen und arbeiten die meisten spanischen Expats. Die Auswirkungen des Brexits für die rund 200.000 Spanier, die gegenwärtig in Großbritannien wohnen, sind momentan nicht vorhersehbar. Auf die rund 250.000 bis 300.000 Briten, die in Spanien dauerhaft wohnen, sowie weitere 500.000 Briten, die zeitweise in Spanien leben, kommen ebenfalls unsichere Zeiten zu. Eine bedeutende Anzahl sind Rentner, die an der spanischen Küste leben. Es ist völlig unklar, wie die Eingliederung in das spanische Sozialversicherungs- und Gesundheitswesen künftig neu strukturiert werden könnte. Ebenso bleibt abzuwarten, wie stark sich die Wechselkursschwankungen auf die Rentenzahlungen auswirken. Fest steht, dass der Wegfall der Portabilität von Sozialversicherungsansprüchen für Studenten, Expats und Rentner aus Großbritannien noch Konsequenzen hat.

Der Immobilienmarkt könnte ebenfalls durch fallende Preise an der Küste betroffen sein, auch wenn dies noch ungewiss ist. Rund 22% aller Immobilienkäufe in Spanien durch Ausländer in den spanischen Küstenregionen, werden momentan durch Briten vollzogen. Sie nehmen damit den ersten Rang ein. Im Jahr 2015 kamen 15,5 Mio. britische Touristen nach Spanien, die zusammengerechnet rund 14 Mrd. EUR ausgaben. Dies entspricht einem Fünftel des spanischen Tourismussektors (20,9%), womit die Briten den ersten Platz der Herkunftsländer belegen. Sollte die dramatische Abwertung des britischen Pfunds, so wie sie vergangene Woche zu beobachten war, anhalten, würden sich damit Urlaubsaufenthalte in Spanien für diese Zielgruppe verteuern und unattraktiver machen.

Bewertung: Der Brexit hat zum einen dazu beigetragen, tendenziell die moderaten Kräfte um die PP zu stabilisieren. Zugleich jedoch, während in Holland und Frankreich rechtspopulistische Kräfte an einer Diskreditierung Europas arbeiten, sind es in Spanien und Portugal eher

die linksextremen und populistischen Parteien, die zwar pro-europäisch sind, jedoch die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene kritisch einschätzen und ein Ende der Sparpolitik fordern. Die linkspopulistischen Bewegungen führen den Austritt des Vereinigten Königreiches als Argument für eine vermeintlich nicht erfolgsversprechende Wirtschaftspolitik und eine allgemeine Enttäuschung der Bürger über die EU ins Feld.

Der Diskurs der spanischen und portugiesischen Linksparteien sollte über die kommenden Jahre weiterverfolgt und nicht aus dem Auge verloren werden. Je nachdem, welche Konsequenzen der Brexit in der Praxis haben wird, könnte dieser auch noch schärfer werden. Die öffentliche Meinung ist folglich nach wie vor überwiegend pro-europäisch eingestellt, wobei im linken und rechten Spektrum eher über die konkrete Ausgestaltung der zukünftigen gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftspolitik gestritten wird. Die Mitgliedschaft Spaniens in der EU an sich stellt keine Partei ernsthaft in Frage. Durch die enge Verflechtung Großbritanniens und Spaniens wird die weitere Entwicklung in der spanischen Wirtschaft mitzuverfolgen sein. Viele Analysten gehen davon aus, dass dieses Ereignis über genug Eigenmoment verfügen könnte, um das Wirtschaftswachstum zu schwächen und die Zinssätze für die Neuschuldenaufnahme steigen zu lassen.

Nach dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU könnte Spanien als viertgrößte Volkswirtschaft auch eine wichtigere Rolle bei der Abstimmung politischer Positionen einnehmen. Spanien (und auch Portugal) sind immer sehr offen gegenüber deutschen Positionen. Zusammen mit spanischen Partnern sollte die Konrad-Adenauer-Stiftung in beiden Ländern ihre europapolitischen Dialoge erweitern, um diese Partner noch stärker in einen gesamteuropäischen Dialog über die künftige Ausgestaltung der Europäischen Union einzubeziehen.

### **Südafrika (Dr. Holger Dix)**

Medien: In südafrikanischen Medien findet eine detaillierte Berichterstattung über den Ausgang des „Brexit“-Referendums nur im Rahmen der entsprechenden Wirtschaftsberichterstattung statt. Hier wird vor allem auf den im Vergleich mit anderen Schwellenländern überproportionalen Währungsverlust des südafrikanischen Rand eingegangen. Der sowieso schon geringe Kurs des Rands verlor am 24.06.2016 acht Prozent gegenüber dem US-Dollar. Ansonsten ist die Berichterstattung eher überschaubar.

Politik: Die Reaktionen aus der Politik (Finanzministerium, Handelsministerium) waren beschwichtigend und eher zurückhaltend. Es wurde darauf hingewiesen, dass kurzfristig keine Auswirkungen auf den südafrikanischen Handel mit der EU bzw. mit dem Vereinigten Königreich zu erwarten seien. Präsident Jacob Zuma wies zudem darauf hin, dass das „Brexit“-Referendum nichts an den politischen Beziehungen zu Großbritannien und der EU ändern würde.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Von Seiten der Wirtschaft sowie der Wissenschaft wird deutlich darauf hingewiesen, dass durch die enge historisch bedingte Verknüpfung des britischen bzw. europäischen Markts mit dem südafrikanischen Markt wirtschaftliche Nachteile zu erwarten sind. Großbritannien stellt derzeit den viertgrößten Absatzmarkt für südafrikanische Exporte dar, dazu ist das Volumen britischer

Direktinvestitionen in Südafrika das größte unter allen Partnerländern Südafrikas. Nachdem im letzten Jahr die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) schon um 74 Prozent eingebrochen sind, könnte der Ausgang des „Brexit“-Referendums diese weiter abschwächen. Insgesamt wird vermutet, dass das südafrikanische Wirtschaftswachstum durch den „Brexit“ um 0,1-0,2 Prozent pro Jahr geschwächt werden könnte. Da das Wirtschaftswachstum für 2016 jedoch nur auf knapp 0,5 Prozent prognostiziert wird, könnte auch ein Abschwung von 0,1-0,2 Prozent sich im Land negativ spürbar machen.

Bewertung: Insgesamt sind die Vor- und Nachteile für Südafrika noch nicht eindeutig absehbar. Zunehmende Währungsschwankungen des Rand werden jedoch auch in Zukunft erwartet. Politisch galt vor allem Großbritannien stets als erstes Einfallstor für Südafrika nach Europa, zumindest dies wird zukünftig nicht mehr der Fall sein.

### **Tschechien (Dr. Werner Böhler)**

Medien: Das Thema Brexit wurde auch in Tschechien zum wichtigsten Thema in der Berichterstattung in den Medien. In der Berichterstattung wurden neben der faktischen Analyse des Referendums in Großbritannien (Junge gegen Alte, Land gegen Städte) und der politischen (Aufspaltung von Großbritannien) sowie wirtschaftlichen (Kursverfall auf den Börsen sowie des Pfunds) Folgen in Großbritannien auch die Folgen für die Tschechische Republik bewertet. Auch über ein mögliches Czexit oder Czech-Out wurde in manchen Medien diskutiert. In zahlreichen Medien wurde berichtet, dass die EU reformiert werden sollte und es ein einfaches „weiter so“ nicht geben könne. Weiterhin wurde berichtet, dass Tschechien in Großbritannien einen nahe stehenden Partner hatte, den es jetzt verloren habe. Außerdem wurden offen Befürchtungen geäußert, dass die Dominanz von Deutschland in Europa weiter zunehmen könnte. Auch ein stärkerer Einfluss Frankreichs sowie der Eurozone an sich wurde thematisiert. In diesem Kontext wurde das Treffen der sechs Außenminister der EU-Gründungsländer in Berlin heftig kritisiert. Dem deutsch-französischen Vorschlag zur flexiblen Union steht Tschechien ablehnend gegenüber. Weiterhin wurde über den Vorschlag von Kommissionspräsident Juncker und Parlamentspräsident Schulz zur Ausweitung und Vertiefung der Eurozone berichtet sowie über die Reaktion aus Polen, dass man den Euro schnell einführen sollte. Laut aktuellen Umfragen der Agentur CVVM lehnen 78 Prozent der Tschechen die Euroeinführung ab. Für die Einführung des Euro sprechen sich nur 17 Prozent der Tschechen aus (April 2016). Die Ablehnung ist die höchste seit dem Beitritt Tschechiens zur EU in 2004.

Politik: Premierminister Bohuslav Sobotka (ČSSD) will keinen Druck auf Großbritannien für einen schnellen Austritt ausüben. Dabei spielt die Überlegung eine Rolle, dass, solange Großbritannien in der EU ist, tschechische Staatsbürger ohne Probleme in Großbritannien arbeiten können und Großbritannien auch seinen Beitrag zum EU-Haushalt zahlt. Er schließt aus, dass Tschechien in seiner verbleibenden Amtszeit den Euro einführen würde. Die gleiche Meinung teilt auch der Finanzminister Andrej Babiš (ANO). Laut Außenminister Lubomír Zaorálek ist die Freizügigkeit sehr wertvoll und sie sei einer der wichtigsten Gründe gewesen, warum Tschechien der EU beigetreten sei. Die Lehre für Tschechien sei nun, dass die Politiker die Bürger informieren und mit den Unzufriedenen sprechen, anstatt ihnen zu sagen, dass sie die Entscheidungen der Politiker respektieren müssten. Weiterhin glaubt er,

dass Juncker nicht der richtige Mann als Präsident der EU-Kommission sei. Die EU sollte ein Teil der Verantwortung für den Brexit übernehmen und deshalb sollte Juncker zurücktreten. Diese Position teilt auch Agrarminister Marian Jurečka (KDU-ČSL). Vize-Premierminister Pavel Bělobrádek (KDU-ČSL) glaubt, es wurde eher über einen fiktiven Feind abgestimmt als über die EU. Für alles, was in Großbritannien nicht funktionierte, wurde von Parteien und Politikern die EU verantwortlich gemacht. Nun wird es sich zeigen, ob es wirklich so war. Nach Verteidigungsminister Martin Stropnický (ANO) muss Tschechien weiterhin mit Großbritannien zusammenarbeiten, da Großbritannien ein wichtiger sicherheitspolitischer Partner ist. Tschechien darf sich nicht zu sehr auf die militärische Fähigkeit der Partner verlassen und muss selbst mehr in die Verteidigung investieren. Hynek Kmoníček, Leiter der Auslandsabteilung von Staatspräsident Zeman sieht im Brexit keine Niederlage des europäischen Gedankens. Es ist ein „nein“ zu der gegenwärtigen Denkweise der Europapolitiker. Es wird ein böses Erwachen sein, wenn Großbritannien versteht, dass es nicht mehr groß sondern klein ist. Die Regierung gründete eine Arbeitsgruppe zum Brexit, die die Fragen der zukünftigen Richtung der EU beantworten soll. Die Arbeitsgruppe wird vom Europa-Staatsekretär Tomáš Prouza geleitet.

Im gesamten politischen Spektrum überwiegt die Meinung, dass sich die Europäische Union reformieren sollte. Dies ist vor allem darauf hinzuwirken, dass die Unterstützung der EU seitens der tschechischen Bürger seit der Finanzkrise dramatisch gesunken ist. Dagegen sehen die meisten Parteien zur EU keine Alternative. Mit Ausnahme der Rechtsextremisten wollen alle Parlamentsparteien in einer reformierten EU bleiben. Es gibt jedoch keine detaillierten Vorstellungen, wie eine solche Reform aussehen sollte.

Die Sozialdemokraten (CSSD) glauben nicht, dass der Brexit den Bestand der EU gefährden würde. Sie fordern jedoch eine Reform der EU, um mehr Zustimmung der Bürger und neues Vertrauen für die EU zu gewinnen. Sie wollen, dass Europa aktionsfähiger, flexibler, weniger bürokratisch wird und mit der Vielfalt der Interessen der Mitglieder sensibler umgeht. Gefordert wird, die EU dort zu stärken, wo es im Kontext der globalisierten Welt wichtig ist, die übrigen Entscheidungen jedoch den Nationalstaaten zu überlassen.

Die Bewegung ANO sieht in dem Brexit „eine Ohrfeige“ für die EU, die ein Weckruf für Brüssel sein sollte. Die kritische britische Stimme werde fehlen und es sollte nicht dazu kommen, dass ein Kern der EU die anderen Mitglieder zwingt, sich weiter zu integrieren.

Die Kommunistische Partei sieht in dem Brexit einen Beweis dafür, dass wichtige Entscheidungen nicht mit den Bürgern diskutiert werden und diese sich mit den in Brüssel getroffenen Entscheidungen nicht identifizieren. Dies führte zu einer Legitimitätskrise in der EU. Für die tschechischen Bürger werde es interessant sein zu beobachten, welche positiven und negativen Schritte der Brexit auf das Leben der Briten haben wird.

Auch die TOP 09 sieht Bedarf an Veränderungen in der EU und weist auf die Notwendigkeit hin, den Zusammenhalt der EU zu stärken. Die Tschechische Republik soll eine klare Position haben und definieren, was für eine EU sie anstrebt und welche Rolle sie in einer reformierten EU spielen will. Eine solche Positionsbestimmung Tschechiens gab es in der Vergangenheit nicht.

Die ODS ist der Auffassung, man sollte die Austrittsverhandlungen mit Großbritannien dafür nutzen, um einige tschechischen Prioritäten durchzusetzen. Sie schlägt vor, ein permanentes Opt-Out aus dem Euro sowie ein Opt-Out aus der gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik aufgrund der Verteilungsquoten zu fordern.

Die Christdemokratische Partei sieht in der EU den einzigen Weg, Frieden und Freiheit in Europa zu erhalten. Man muss jedoch die Gründe der Unzufriedenheit der Bürger ernst nehmen und Veränderungen in der EU initiieren.

Die rechtspopulistische SPD glaubt, dass diktatorische Euroföderalisten die Briten aus der EU vertrieben haben. Merkel und Juncker fördern laut der SPD die Vertiefung der EU und sind für die böswillige Unterstützung der muslimischen Kolonisation Europas verantwortlich, was zum Zusammenbruch der ganzen EU führen werde.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Die Wirtschaftsexperten vertreten übereinstimmend die Auffassung, dass es schwer ist, die tatsächlichen Folgen für die Wirtschaft zutreffend vorherzusagen. Laut dem Vizepräsident des Verbandes der Industrie und Verkehr, Radek Špicar, wird der Brexit vor allem für den Automobilsektor und den Dienstleistungssektor spürbar sein. Er warnte vor den Stimmen, die sich einen Cxexit wünschen. Er glaubt, Brüssel sollte hart mit London verhandeln. Der Kompromiss muss beiden Seiten Vorteile bringen. Es ginge nicht, dass Großbritannien beispielsweise den Zugang zu dem freien Markt behalte, aber die freie Mobilität der Bürger einschränkt. Der Präsident der Konferenz der Gewerkschaftsverbände (ČMKOS), Josef Středula, warnt davor, den Brexit dazu zu nutzen, um den Anstieg von Löhnen in Tschechien zu bremsen. Er glaubt aber nicht, dass diese Gefahr bereits für 2016 besteht.

Bewertung: Ebenso wie in Tschechien insgesamt bestehen auch bei Partnerorganisationen der Konrad-Adenauer-Stiftung Befürchtungen, dass es nicht zu den notwendigen grundlegenden Reformen der EU kommt. Mit diesen Reformen ist die Erwartung verbunden, dass sich die EU auf die wesentlichen Themen wie Sicherheit, Außenpolitik, Wirtschaft und Finanzen konzentriert und sich nicht weiter mit Detailfragen wie der in Tschechien beliebten Streichbutter oder den Glühbirnen beschäftigt. In diesem Zusammenhang gibt es Befürchtungen, dass vor allem von Deutschland und Frankreich ein stärker integriertes Kerneuropa (Eurozone) vorangetrieben werden könnte. In Tschechien ist der Beitritt zur Eurozone derzeit sehr unpopulär und wird von fast 80% der Bevölkerung abgelehnt. Deshalb ist in absehbarer Zeit ein Beitritt Tschechiens zur Eurozone nicht zu erwarten. Die Partnerorganisationen der KAS in Tschechien und die beiden EVP-Parteien KDU-CSL und TOP 09 sind pro-europäisch eingestellt. Allerdings bezieht sich das auf eine EU, die sich auf die Kernfragen beschränkt und ansonsten aus (starken) Nationalstaaten besteht. Erwartet werden von der EU und vor allem von Deutschland positive Signale und Reformen in der EU, wodurch die positive Haltung der tschechischen Bevölkerung wieder gesteigert werden könnte und damit langfristig auch ein Beitritt zur Eurozone realistisch möglich wäre. Zu wenig Gewichtung erfährt bei dieser Haltung die eigene Verantwortung für eine positive Stimmung in der Bevölkerung gegenüber Europa und der EU. Ein starkes Motiv für die pro-europäische Haltung der Partner der KAS ist auch die Furcht vor einem stärkeren Druck Russlands

auf die tschechische Politik und der Einfluss Russlands aufgrund von gezielten Desinformationskampagnen in den sozialen Medien.

**HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT**

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

**Ukraine** (Gabriele Baumann)

Präsident Petro Poroschenko erklärte, er hoffe, dass Großbritannien trotz der Ergebnisse des Referendums Teil des „vereinten Europas“ bleibe und europäische Werte verteidigen werde. Er hoffe auch, dass die Sanktionen gegen Russland fortgesetzt würden. Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman betonte, dass die Ukraine weiter für ein „starkes Europa“ kämpfen und „Prozesse der europäischen Integration mit neuer Energie füllen“ werde. Die Ukraine stehe ein für die europäischen Werte und werde weiter für ein starkes Europa kämpfen. Vize-Ministerpräsidentin für europäische und euroatlantische Integration Iwanna Klympusch-Zynzadse und Außenminister Pawlo Klimkin meinen, dass die EU dennoch der Ukraine Visafreiheit bis Ende 2016 gewähren werde. Die 1. Stellvertretende Parlamentsvorsitzende Iryna Heraschtschenko (BPP) sowie die Vorsitzende des Ausschusses der Rada für auswärtige Angelegenheiten, Hanna Hopko, sind überzeugt, dass der Brexit negative Folgen auch für die Ukraine haben werde: die Visaliberalisierung könnte verschoben werden, die Lösung des Konflikts in der Ost-Ukraine werde zur Nebensache. Ein abgeschwächtes und gespaltenes Europa sei ein Traum für Russland. Der Ausgang des Referendums werde auch zu mehr EU-Skepsis führen.

Experten aus dem Partnerspektrum der Konrad-Adenauer-Stiftung weisen darauf hin, dass die Gefahr bestehe, dass sich die EU jetzt mehr auf interne Probleme konzentrieren werde und die Ukraine aus dem Blickfeld gerate. Großbritannien sei zudem bislang einer der stärksten Befürworter der Sanktionspolitik gegen Russland gewesen. Auffallend ist, dass es keine Stellungnahme der Parteivorsitzenden der EVP-assozierten Partnerparteien (Vitali Klitschko für BPP und Julija Timoschenko für Batkiwschtschyna) zum Brexit gab.

**Ungarn** (Frank Spengler)

Medien: Über den Brexit wird in den ungarischen Medien sehr sachlich berichtet. Herausgehoben werden die unterschiedlichen Ergebnisse in den verschiedenen Teilen des Vereinigten Königreichs sowie die Divergenz des Wahlverhaltens von alten und jungen Wählern. Berichtet wird insbesondere von der Möglichkeit, dass Schottland und eventuell auch Nordirland sich aufgrund ihrer EU-Nähe vom Vereinigten Königreich lossagen könnten. Auch wird die Situation der ungarischen Arbeitnehmer im Vereinigten Königreich angesprochen sowie mögliche wirtschaftliche Auswirkungen auf Ungarn thematisiert. Die Berichterstattung dominierte die Samstagsausgaben der Zeitungen und Nachrichtenportale. Der Tenor der Brexit-Berichterstattung in Ungarn wird bestimmt vom Zustand der Europäischen Union und die möglichen Folgen des Brexit für Europa. Auf innerenglische Hintergründe wird weniger eingegangen, auch finden sich nur vereinzelt Analysen der divergierenden Meinung der britischen Wähler.

Politik: Als einer der ersten unter den europäischen Regierungschefs meldete sich Ministerpräsident Viktor Orbán bereits am frühen Freitagmorgen zu Wort: „Brüssel muss die Stimme der Menschen hören“ und „Wir müssen die Entscheidung der Briten respektieren“. Nach seiner

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

HAUPTABTEILUNG  
EUROPÄISCHE UND  
INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT

Juni 2016

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Meinung hat vor allem das Thema Einwanderung die Entscheidung bestimmt. Ungarn sei an einer starken EU interessiert, diese könne aber nur dann Kraft schöpfen, wenn auf große Schicksalsfragen wie die Migration Antworten gegeben werden könnten, die Europa stärkten und nicht schwächten. Bezüglich der Zukunft der EU rechnet der Ministerpräsident damit, dass die EU sich nun schnell ändere. Da mit dem Vereinigten Königreich nunmehr ein Offizier vom Schachbrett genommen worden wäre, müsse „alles neu gedacht“ werden. Auch Parlamentspräsident László Köver bedauerte den Brexit und stellte fest, dass Ungarn und Großbritannien in vielen Sachfragen hinsichtlich der Europäischen Union einer Meinung gewesen seien.

Die an der Regierung beteiligte Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) meldete sich als eine der ersten Parteien zu Wort. In ihrer Stellungnahme betrachtet sie den Brexit als warnendes Zeichen: Führung, Funktionsweise und Effizienz der EU müssten sich ändern. Die EU müsse mehr auf die Stimme der Bürger hören, man könne die Nationalstaaten nicht knebeln. Seitens der Regierungspartei Fidesz wurde durch den Fraktionsvorsitzenden Lajos Kósa verlautbart, dass der Grund der Brexit-Zustimmung die EU-Einwanderungspolitik sei. Die Entscheidung des britischen Volkes müsse akzeptiert werden, ein jedes Land hätte das Recht, selber über die Zugehörigkeit zur EU zu entscheiden, so Kósa. Zugleich sei das Ergebnis aber auch ein Zeichen an alle, Volkes Stimme nicht zu überhören. Anders als die sozialliberale europäische Führungselite seien die Bevölkerungen nämlich der Auffassung, dass man nicht unkontrolliert Menschen in das Land lassen dürfe, folgerte der Fraktionsvorsitzende.

Der Vorsitzende der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP), József Tóbiás, erklärte noch vor seiner Abwahl am Samstag, dass Ungarn mit dem Brexit verloren hätte. Das von der ungarischen Regierung angestrebte Referendum über die EU-Quote würde den Weg aus der EU bedeuten, so Tóbiás. Der Brexit hätte auch erhebliche negative Folgen für die ungarische Wirtschaft. Auch der neugewählte MSZP-Vorsitzende Gyula Molnár erklärte in seiner ersten Pressekonferenz wohl auch im Hinblick auf die ungarische Politik, dass man „keine populistische Politik betreiben dürfe“.

Die rechtsextreme Jobbik sieht im Brexit eine Chance dazu, dass Brüssel seine Konzepte überdenken solle. Ungarn würde dieses Ergebnis klar vor Augen führen, dass es durchaus möglich sei, neue Bedingungen auszuhandeln. Sofern sich die EU nicht ändere, würde Jobbik für eine Neuverhandlung der EU-Verträge sowie des Beitrittsvertrags eintreten. Hinsichtlich eines möglichen ungarischen Austritts würde man aber abwarten, so der Abgeordnete Márton Gyöngyösi.

Die grüne LMP gibt die Schuld am Brexit eindeutig der EU-Führung. Péter Ungár, Vorstandsmitglied der Europäischen Grünen Partei, erklärte, dass die Entscheidung der Briten zu respektieren und die EU auf eine neue Grundlage zu stellen sei. Andernfalls könnten auch andere Mitgliedsländer ähnlich wie die Briten entscheiden.

Die Demokratische Koalition (DK) appellierte an die ungarische Regierung, das für Herbst geplante Referendum über die verpflichtende EU-Quote zurückzunehmen. Diese führe nämlich zur Beendigung der EU-Mitgliedschaft Ungarns. Die Entscheidung der Briten sei zu respektieren, das Vereinigte Königreich hätte in Zukunft aber keinen Anspruch auf Sonderbehandlung.

Dialog für Ungarn (PM) forderte seitens ihres EP-Abgeordneten Benedek Jávor die ungarische Regierung auf, unverzüglich Verhandlungen hinsichtlich - seinen Angaben zufolge - gut 300.000 ungarischer Arbeitnehmer in Großbritannien aufzunehmen. Hinsichtlich der EU meinte Jávor, es sei an der Zeit, eine stärkere, demokratischere, transparentere und lösungsorientierte EU zu schaffen. Die Schlüsselfrage sei, ob Ungarn hierbei mitmachen könne oder aber außen vor bleibe.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Im Vorfeld des Referendums hat der ungarische Wirtschaftsminister sich in einer Pressekonferenz bereits über die möglichen Folgen des Brexits geäußert. Er erwarte einen Rückgang des BNP um 0,3 %-0,4 %. Die Wirtschaftsanalysten befürchten auch eine erhebliche Reduzierung der EU-Mittel für Ungarn. Sorge bereitet auch der zukünftige Status der in Großbritannien arbeitenden Ungarn. Ihre Zahl wird auf 150.000 bis 200.000 Personen geschätzt. Nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses äußerte sich der ungarische Bankenverband knapp und sehr sachlich: Man sei bestrebt, die Folgen des Brexits abzufedern und Privat- sowie Geschäftskunden die Qualität der Bankdienstleistungen in gewohnter Weise zu gewährleisten.

Bewertung: Alle wichtigen politischen Gruppierungen in Ungarn bedauern, dass Großbritannien sich gegen eine EU-Mitgliedschaft ausgesprochen hat, weil dadurch Europa geschwächt würde. Die ungarische Regierung fühlt sich vor allem in ihrer Forderung bestätigt, dass die Meinung der Bevölkerung stärker bei der Politikumsetzung berücksichtigt und dass die intergouvernementale Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ausgeweitet werden müsse („Europa der Vaterländer“). Der Brexit stärkt darüber hinaus die Position der ungarischen Regierung in der Flüchtlingsfrage. Einige Kommentatoren verweisen auf die Chancen, die auch in dieser Krise liegen würden. So wird eine umfassende Debatte über die gemeinsamen europäischen Werte gefordert. Die britische und ungarische Regierung waren oft Verbündete gegen die Bürokratie in Brüssel und die Übertragung von nationaler Souveränität. Auch in Wirtschafts- und Finanzfrage gab es eine Übereinstimmung, dennoch darf diese nicht überbewertet werden. Ungarn könnte versuchen, das Ausscheiden der Briten durch eine stärkere Kooperation im Rahmen der Visegrád-Staaten zur Durchsetzung ihrer Interessen auszugleichen. Wichtigster Partner der Ungarn in Europa war bisher und bleibt eindeutig Deutschland. Die Verantwortung Deutschlands in der EU wird durch den Brexit sicherlich zunehmen. Dies könnte auch eine Belebung des deutsch-ungarischen Dialogs zur Folge haben.

Die Auswirkungen des Brexits müssen zunächst sachlich analysiert und die endgültigen umfassenden Veränderungen abgewartet werden. Fest steht, dass der Abstimmungs- und Diskussionsbedarf sich mit und in den EU-Ländern erhöht hat. Als einer der wenigen Regierungschefs der Europäischen Volkspartei kommt Viktor Orbán dabei eine wichtige Bedeutung zu. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Austrittsverhandlungen auf eine mögliche EU-Erweiterung auswirken. Ungarn war bisher ein sehr starker Befürworter der EU-Erweiterung um die Länder des Westbalkans. Für das KAS-Büro in Ungarn bedeutet dies vor allem, dass im Gastland, aber auch bilateral und grenzüberschreitend, der Dialog über europapolitische Themen mit unseren Partnern intensiviert werden muss.

Medien: In den USA ist das Ergebnis der Umfrage von politischen Beobachtern, aber auch in der Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Der Kontext für das Interesse sind vor allem der Präsidentschaftswahlkampf und gesellschaftliche Veränderungen in den USA, insbesondere Auswirkungen der Globalisierung auf die Mittelschicht und den Arbeitsmarkt und Immigration. Das britische Votum wird zudem im Kontext der transatlantischen Beziehungen – insbesondere in Bezug auf Handel und Sicherheit –, sowie die Rolle des Westens bei der Bewältigung globaler Herausforderungen gesehen.

Generell standen in der Berichterstattung vor allem Wirtschaftsaspekte im Vordergrund und die Frage, welche Auswirkungen sich für die US-Wirtschaft ergeben. Man ist sich jedoch auch bewusst, dass der Brexit eine Neuausrichtung der Beziehung USA zu Europa fordert. So schreibt das Wall Street Journal, ein Handelsabkommen mit Großbritannien sei im Interesse der USA und rief zu einem parallelen Verhandlungsprozess mit der EU und Großbritannien auf. Dies könne die Stellung von Großbritannien gegenüber der EU stärken, aber auch den TTIP-Verhandlungen neue Impulse geben. Das Wall Street Journal kritisiert zudem, dass die USA sich in den vergangenen acht Jahren zu wenig um Europa gekümmert habe und dies nun eine Chance sei, sich neu zu einem stärkeren Engagement zu verpflichten.

Die Berichterstattung ist jedoch nicht selten politisch und vom gegenwärtigen Wahlkampf beeinflusst. Konservative Stimmen sehen im Brexit eher eine Chance für Großbritannien, sich jetzt wieder auf das eigene Land konzentrieren zu können. Der konservative TV-Sender Fox-News brachte so vor allem Stimmen, welche den Ausstieg Großbritanniens aus der EU begrüßen, zum Teil enthusiastisch. Großbritannien habe damit ein Zeichen für Souveränität und Selbstbestimmung gesetzt – vor allem in wichtigen Fragen wie Immigration – und sei nun stärker als zuvor. Fox-News ist generell sehr EU-kritisch und sieht die EU als „überregulierende“ Institution. Auch die Flüchtlingspolitik wird häufig als zu offen kritisiert. Dies findet Resonanz bei vielen Trump-Wählern, welche häufig ähnlich kritisch gegenüber Immigration und für eine starke nationale Orientierung eintreten.

Die liberaleren Medien betonen jedoch eher die Auswirkungen auf die EU und das transatlantische Verhältnis sowie auf die liberale Weltordnung. Die LA-Times sieht im Brexit eine „isolationistische Katastrophe“. Hier wird Verständnis für die Brexit-Wähler gezeigt, welche u.a. durch die Globalisierung zu viel verloren hätten. Jedoch verschärfe eine Orientierung nach innen die Probleme nur, anstatt sie zu lösen. Ähnlich katastrophal wäre ein Sieg Trumps in den Präsidentschaftswahlen, der national-isolationistische Töne anschlägt. Die Washington Post stellt ebenso den Bezug zum Wahlkampf her und fragt, ob der Brexit eine Bestätigung der Kampagne Trumps sei. Der Brexit sei eine Revolte gegen das Establishment, welche zu wenig Verständnis zu den einfachen, arbeitenden Menschen habe. Der Slogan Clintons „stronger together“ klinge ähnlich wie die Botschaften der Brexit-Gegner wie David Cameron. Auch Clinton tritt für kleine Schritte bei Veränderungen ein und gegen radikale Lösungen. Diese Botschaft hätte in Großbritannien nicht gewirkt.

Politik: Offizielle Reaktionen und Stellungnahme aus der US-Regierung sind eher zurückhaltend. Viele Politiker sind sich einig, dass ein starkes und einiges Europa, aber auch gute Beziehungen zu Großbritannien im

klaren Interesse der USA sind. Für die USA bleibt auch Großbritannien nach einem Ausscheiden aus Europa ein wichtiger Partner. Es wird deutlich gesehen, dass mit dem Brexit Europa noch fragiler geworden ist.

So sagte Präsident Barack Obama: "Das Volk des Vereinigten Königreichs hat gesprochen, und wir respektieren seine Entscheidung." Obama erklärte, die Mitgliedschaft Großbritanniens in der NATO bleibe für die USA ein wesentlicher Eckstein ihrer Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Gleiches gelte für die Beziehungen zur Europäischen Union. Er rief zudem dazu auf, besonnen und nicht hysterisch auf das Votum zu reagieren. Er erwarte keine "kataklysmischen" Veränderungen. Weder die EU noch die NATO, noch die transatlantischen Beziehungen fielen auseinander. Das Votum erkläre sich daraus, dass vielen die europäische Integration zu schnell gegangen sei. Die europäischen Werte wie die freiheitliche, marktwirtschaftlich orientierte Demokratie bleibe. Auch die gemeinsamen Interessen der USA mit Europa blieben bestehen, so Obama im öffentlichen Rundfunk. In Bezug auf die Handelsbeziehungen sagte Obama, dass Großbritannien "nicht von einem Handelsabkommen profitierte, welches die USA mit der EU verhandeln." Großbritannien profitiere jedoch von der "special relationship". Damit wich Obama von einer harten Position zurück, wonach Großbritannien sich bei Verhandlungen über Freihandel "hinten anstellen" müsse. US-Außenminister John Kerry rief in Brüssel die EU dazu auf, mit Besonnenheit und nicht vorschnell auf das Votum der Briten zu reagieren. Er betonte zudem, dass eine "starke EU" für Washington wichtig sei und bot an, gemeinsam mit Europa nach Wegen zu suchen, "die Interessen und Werte zu erhalten, die uns ursprünglich zusammenbrachten". Generell unterstützt die US-Regierung das eher vorsichtige Vorgehen der Bundeskanzlerin nach dem britischen Votum.

Im Kongress ist häufig zu hören, dass die besonderen Beziehungen zu Großbritannien nicht leiden werden. Der republikanische Senator Lindsey Graham (R-S.C.) zeigte Verständnis für britische Sorgen über Überregulierung aus Brüssel, stellt die Entscheidung aber in einen größeren strategischen Zusammenhang. Die britische Entscheidung, die EU zu verlassen, schwäche Europa als Ganzes in einer Zeit, wo Putin versucht die Sanktionen gegen sein Land abzuwenden, die EU zu spalten und die transatlantische Einheit zu schwächen, so Senator Graham. Parteipolitisch reagierte Senator Ted Cruz (R-TX) auf Twitter: „Die Ergebnisse des Referendums sollten als Weckruf dienen für internationalistische Bürokraten in Brüssel und DC“. Damit schlug er ein Thema an, welches auch im Wahlkampf eine Rolle spielt: Internationalismus vs. Nationalismus, bürokratische und politische Eliten vs. breite Bevölkerung. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat, Senator Bob Corker (R-TN), reagierte optimistisch in Bezug auf die Beziehungen USA-Großbritannien. Etwas wirklich Gutes könne aus der britischen Entscheidung entstehen. Daran müsse aber nun gemeinsam gearbeitet werden.

Donald Trump, der sich gerade in Schottland zur Einweihung eines Golfplatzes befand, begrüßte das Ergebnis des Referendums. Er bezog einen Satz, welchen er im US-Wahlkampf häufig benutzt, auf die Briten: "They took their country back, just like we will take America back." Die Menschen hätten gesprochen. Der Ausstieg mache Großbritannien stärker. Viele Beobachter sehen, dass das Ergebnis des Referendums Donald Trump's Anti-Establishment-Narrativ stützt und er davon profitieren kann. Ein Rückgang in den Umfragen konnte Trump nach dem Referendum wieder aufholen und liegt nach jüngsten Umfragen mit Hillary Clinton gleich auf.

Auf die politische Unerfahrenheit und Sprunghaftigkeit Donald Trumps anspielend sagte Hillary Clinton: „Diese unsicheren Zeiten machen nur die Notwendigkeit einer ruhigen, stetigen und erfahrenen Führung im Weißen Haus deutlich“. Darüber hinaus betonte auch sie die Bedeutung der „special relationship“ zu Großbritannien und zur transatlantischen Allianz mit Europa. Das britische Referendum wird auch von Clintons Kampagnenmanagern als Abkehr von Eliten interpretiert. Sie warnen angesichts des überraschenden Ausgangs des Referendums davor, sich zu stark darauf zu verlassen, dass viele Wähler Trump aufgrund seiner politischen Unerfahrenheit und Unberechenbarkeit nicht wählen werden. Clinton gilt als Teil einer politischen Elite, welcher Lösungen für die Zukunft von vielen nicht mehr zugetraut werden. Sie gilt deshalb als gefährdet, dass ihr das gleiche Schicksal widerfährt, wie der (rationalen) Remain-Kampagne.

Wirtschaft und Zivilgesellschaft: Großbritannien ist der fünftgrößte Exportpartner der USA (2015), nach Kanada, Mexiko, China und Japan. Ein Brexit könnte laut ersten Schätzungen von Wirtschaftsexperten einen Verlust von etwa 0,25 Prozent des US-Wirtschaftswachstums für das Jahr 2016 mit sich bringen. Stärker als auf die Wirtschaftsentwicklung werden die monetären Auswirkungen eingeschätzt. Der Dollar gewann bereits gegenüber Euro und Pfund an Stärke. Das durch den Brexit gegebene fragile Umfeld wird nach allgemeiner Auffassung auch dazu führen, dass die Zinsen weiter niedrig bleiben und es – wenn überhaupt – erst gegen Ende des Jahres einen Zinsschritt der US-Zentralbank geben wird. Jared Bernstein, ehemaliger Wirtschaftsberater der Obama-Administration, sieht demgegenüber wenig Risiken innerhalb der US-Wirtschaft. Allerdings könne der Brexit auch nach seiner Auffassung die Inflation weiter verlangsamen und das Handelsbilanzdefizit weiter vergrößern.

In einem größeren Kontext wird davor gewarnt, dass der Brexit ein Warnzeichen für die Grenzen der Globalisierung sein könnte und dies Auswirkungen auf die Strategien weltweit agierender Unternehmen haben wird. Adam Posen, Präsident des Petersen Institutes, befürchtet, dass London die regulatorischen Barrieren zu weit abbauen könnte, um weiter Konkurrenzfähig zu sein und der Finanzplatz London zu einem offshore-Hafen werden könnte. Auch über die Auswirkungen auf die Verhandlungen über TTIP werden häufig Überlegungen angestellt. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie die US-Regierung ihre Handelspolitik weiter betreiben wird. Gary Hufbauer, Senior Fellow beim Peterson Institute, befürchtet, dass TTIP in absehbarer Zeit nicht realistisch sei, nicht zuletzt, weil Großbritannien als starker Befürworter von TTIP nun ausfalle und das Gewicht der kritischen Stimmen zunehmen könnte.

Viele konservativ ausgerichtete Think Tanks und Organisationen in den USA (wie z.B. Heritage Foundation, Americans for Tax Reform) betrachten innenpolitische Themen unter dem Gesichtspunkt der Beziehung zwischen Zentralregierung und der Ebene der Bundesstaaten. Die Zentralregierung wird gemeinhin als zu mächtig angesehen, die Bundesstaaten sollten mehr Kompetenzen bekommen. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es unter diesen Think Tanks viele Befürworter eines Brexit, das britische Votum wird hier als Chance und nicht als Nachteil sehen. Nach häufig anzutreffender Meinung hat eine Vertiefung der EU-Integration zu einer unangemessenen Schwächung der einzelnen Mitgliedstaaten und des demokratischen Prozesses geführt. Ein unabhängiges Großbritannien wäre politisch und wirtschaftlich stärker

und könnte besser gemeinsam mit den USA globale Interessen verfolgen. Außenpolitische Think Tanks und Institute betonen die globalen Implikationen und die Folgen für die transatlantischen Beziehungen. Walter Russel Mead, früherer Professor bei Yale, sieht nach dem Votum den Westen deutlich geschwächt. NATO, die EU, Großbritannien und Deutschland seien nun in einer jeweils schlechteren Position. In der EU würden sich die Gewichte verschieben von einen nach außen orientierten europäischen Norden, hin zu einem eher protektionistischen und weniger dynamischen Süden. Der Präsident des Chicago Council on Global Affairs und früherer US-Botschafter bei der NATO, Ivo Daalder, äußerte sich ähnlich und meinte, dass der Brexit an sich noch nicht ein Auseinanderbrechen der EU (und in einem größeren Kontext der liberalen Weltordnung) bedeute. Es bestünde aber eine deutliche Gefahr eines Präzedenzfalls, der weitere Erosion nach sich ziehen könne. Ein gespaltenes Europa stelle eine große Bedrohung für Amerika dar. Daalder ruft deshalb dazu auf, dass die USA sich nun prioritär in Europa zu engagieren.

Bewertung: Die USA haben traditionell gute Beziehungen zu Großbritannien. An der „special relationship“ wird sich auch in Zukunft vermutlich nichts ändern. Der nächste Präsident steht – durch den Brexit verstärkt – jedoch vor einer strategischen Entscheidung in Bezug auf Europa.

Nachdem die USA nach dem Zweiten Weltkrieg den Neuanfang in Europa intensiv mitbegleitet und die Europäische Integration gefördert hatte, wurde nach dem Ende des Kalten Krieges Europa weitgehend als „erledigt“ betrachtet und das Engagement zurückgenommen. Europa spielte seither vor allem als Partner eine wichtige Rolle für die Bewältigung globaler Herausforderungen. Insofern haben die USA Interesse an einem starken, einigen, friedlichen und prosperierenden Europa. Gleichzeitig wurden die in den vergangenen Jahren sichtbar gewordenen Zentrifugalkräfte in Europa mit Sorge betrachtet. Diese Sorge wird weiter verstärkt. Deutschland dürfte in diesem Kontext eine noch weiter gewachsene Bedeutung für die USA erlangen. Auch die Bedeutung der NATO dürfte angesichts der neuen Unsicherheiten in der EU eher wachsen.

Die USA müssen sich jetzt entscheiden, ob sie sich wieder stärker für Europa und die transatlantischen Beziehungen engagieren wollen und gemeinsam für eine liberale Weltordnung arbeiten, oder ob sie sich weiter von Europa als "erledigt", aber auch mit sich selbst beschäftigten und zunehmend als irrelevant angesehenen Partner weiter abwenden. Ein erstes Zeichen könnte das weitere Agieren in Bezug auf TTIP sein: Werden die USA nun deutlichere Schritte auf die EU zugehen oder TTIP ganz aufgeben? Auch in Bezug auf den „pivot to Asia“ wird die weitere politische Rhetorik instruktiv sein. Wird es rhetorisch und praktisch ein „re-pivoting to Europe“ geben? Welche konkreten Schritte werden von der nächsten Administration gegangen? Diese strategischen Fragen stellen sich für die USA nach dem Brexit-Votum mit neuer Dringlichkeit.